



Der
Bundeswahlleiter

WAHL ZUM 18. DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 22. SEPTEMBER 2013

Heft 5, Teil 1

Textliche Auswertung (Wahlergebnisse)

Informationen des Bundeswahlleiters



Der
Bundeswahlleiter

WAHL ZUM 18. DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 22. SEPTEMBER 2013

Heft 5, Teil 1

Textliche Auswertung (Wahlergebnisse)

Informationen des Bundeswahlleiters

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden

Internet: www.bundeswahlleiter.de

Weitere Informationen zur Thematik dieser Publikation unter

Tel.: +49 (0) 611 / 75 48 63

Fax +49 (0) 611 / 72 40 00

<http://www.bundeswahlleiter.de/de/kontakt/>

Erscheinungsfolge: 4-jährlich

Erschienen im Oktober 2014

Preis: EUR 12,- [D]

Bestellnummer: 1051105-13900-1

Vertriebspartner: IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Tel.: + 49 (0) 3 82 04/ 6 65 43
Fax: + 49 (0) 3 82 04/ 6 69 19
E-Mail: destatis@ibro.de

© Statistisches Bundesamt, Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2014
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	6
1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung	7
1.1 Allgemeines	7
1.2 Wahlgebiet, Wahlkreise.....	7
1.3 Wahlsystem	8
1.4 Sitzverteilungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers	9
1.5 Rechtliche Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2009	10
1.6 Stimmzettel und Wahlvorschläge	12
1.7 Wahlrecht und Wählbarkeit	18
1.8 Wahlorgane, Wahlvorstand und Ergebnisfeststellung	20
2 Wahlberechtigte, Wähler/-innen und Wahlbeteiligung	29
3 Ungültige Stimmen	34
4 Gültige Erststimmen	36
4.1 Parteien	36
4.2 Im Wahlkreis Gewählte	37
5 Gültige Zweitstimmen	48
5.1 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern	48
5.2 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen	54
6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen	55
6.1 Sitzverteilungsverfahren	55
6.2 Erfolgswert der Stimmen	62
7 Die Gewählten	65

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Wahlkreise bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009	8
Tabelle 2:	Reihenfolge der Parteien auf dem Stimmzettel	13
Tabelle 3:	An der Bundestagswahl am 22. September 2013 beteiligte Parteien	16
Tabelle 4:	Wahlkreise in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter	25
Tabelle 5:	Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl 2013 durch die Kreiswahlausschüsse ...	26
Tabelle 6:	Wahlkreise mit gemeinsamer Kreiswahlleitung	27
Tabelle 7:	Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Ländern seit 2002	29
Tabelle 8:	Die zehn Wahlkreise mit der höchsten und geringsten Zahl von Wahlberechtigten 2013	31
Tabelle 9:	Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen seit 1990	31
Tabelle 10:	Die zehn Wahlkreise mit der höchsten und geringsten Wahl- beteiligung bei der Bundestagswahl 2013	32
Tabelle 11:	Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen seit 1953	34

Tabellenverzeichnis	Seite
Tabelle 12: Differenz Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien bei der Bundestagswahl 2013	36
Tabelle 13: Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten	38
Tabelle 14: Die zehn Wahlkreise 2013 mit dem jeweils höchsten Erststimmenanteil für CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU	39
Tabelle 15: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2013, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2009 auf 2013 auf eine andere Partei übergegangen ist	41
Tabelle 16: Stimmenmehrheiten der in den Wahlkreisen Gewählten	43
Tabelle 17: Erststimmen für die Parteien 2013 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen	45
Tabelle 18: Die 34 Bundestagswahlkreise 2013 mit einem Abstand des höchsten zum zweithöchsten Erststimmenergebnis von < 5 000 Stimmen	46
Tabelle 19: Wahlkreisabgeordnete des 18. Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien	47
Tabelle 20: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 und den jeweils letzten Landtagswahlen nach Ländern	50
Tabelle 21: Die 10 Wahlkreise 2013 mit dem jeweils höchsten Zweitstimmenanteil für CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU	52
Tabelle 22: Die 299 Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die zum Zeitpunkt der Wahl im 17. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien	54
Tabelle 23: Erst- und Zweitstimmen nach Parteien bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009	58
Tabelle 24: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009 nach Ländern	60
Tabelle 25: Sitzverteilung bei Bundestagswahlen.....	61
Tabelle 26: Wahlberechtigte ohne Einfluss auf die Sitzverteilung 2013.....	63
Tabelle 27: Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und der Zweitstimmen je Abgeordneter bzw. Abgeordneter 2013	64
Tabelle 28: Abgeordnete im 18. Deutschen Bundestag nach Altersgruppen, Geschlecht und Partei	65
Anhangtabellen.....	67

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1: Im Wählerverzeichnis eingetragene Deutsche im Ausland bei der Bundestagswahl 2013	30
Schaubild 2: Ausschöpfungsquoten der im jeweiligen Bundestag vertretenen Parteien und Anteil der Nichtwähler/-innen bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009	33
Schaubild 3: Ungültige Stimmabgabe der Wähler/-innen 1953 – 2009	35
Schaubild 4: Gültige Erststimmenanteile seit 1972	38
Schaubild 5: Anteile der Wahlkreissitze nach Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1949	39
Schaubild 6: Stimmenanteile der Parteien seit 1949	52
Schaubild 7: Sitze der Parteien im Deutschen Bundestag seit 1949	62

Gebietsstand

Die Angaben für „**Deutschland**“ beziehen sich hinsichtlich der Ergebnisse der Bundestagswahlen 1990 bis 2013 auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990, für die Bundestagswahlen 1949 bis 1987 nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, sie schließen Berlin-West nicht mit ein.

Die Angaben für das „**Frühere Bundesgebiet**“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „**Neuen Bundesländer**“ beziehen sich auf die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie das frühere Berlin-Ost.

Abkürzungen

Allgemein

Abs.	=	Absatz
Art.	=	Artikel
B90/Gr.	=	Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegungen
BGBL.	=	Bundesgesetzblatt
bzw.	=	beziehungsweise
d. h.	=	das heißt
einschl.	=	einschließlich
Mio.	=	Millionen
rd.	=	rund
RGBl.	=	Reichsgesetzblatt
S.	=	Seite
usw.	=	und so weiter
vgl.	=	vergleiche
z. B.	=	zum Beispiel

Länder

BB	=	Brandenburg
BE	=	Berlin
BW	=	Baden-Württemberg
BY	=	Bayern
HB	=	Bremen
HE	=	Hessen
HH	=	Hamburg
MV	=	Mecklenburg-Vorpommern
NI	=	Niedersachsen
NW	=	Nordrhein-Westfalen
RP	=	Rheinland-Pfalz
SH	=	Schleswig-Holstein
SL	=	Saarland
SN	=	Sachsen
ST	=	Sachsen-Anhalt
TH	=	Thüringen

Zeichenerklärung

–	=	kein Wert vorhanden
X	=	keine sinnvolle Aussage möglich

Vorbemerkung

In der Reihe „Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013“ sind folgende Einzelhefte erschienen bzw. werden erscheinen:

Ausgabe	Titel	Erschienen
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013	August 2013
Heft 1	Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise	September 2013
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen	23. September 2013
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen	Oktober 2013
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen	Januar 2014
Heft 5, Teil 1	Textliche Auswertung (Wahlergebnisse)	Oktober 2014
Heft 5, Teil 2	Textliche Auswertung (Repräsentative Wahlstatistik und Wahlbezirksstatistik)	Januar 2015

Das Heft 1 diente der Vorbereitung der Wahl, die Hefte 2, 3, 4 und 5 enthalten ausführliche Wahlergebnisse. Zudem ist im August 2013 das Sonderheft „Die Wahlbewerber für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013“ erschienen.

Das vorliegende Heft 5, Teil 1 erläutert die Rechtsgrundlagen der Wahl, die Ergebnisfeststellung und das ausgewertete Gesamtergebnis der Wahl. Zur Analyse der Wahlergebnisse standen die Unterlagen des Bundeswahlleiters zur Verfügung, in denen die von den Wahlorganen (Bundeswahlausschuss, Landeswahlausschüsse, Kreiswahlausschüsse, Wahlvorstände) festgestellten endgültigen Wahlergebnisse für das gesamte Wahlgebiet, die einzelnen Länder, Wahlkreise und Gemeinden nachgewiesen sind.

Die Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik sowie der Wahlbezirksstatistik für die Bundestagswahl 2013 werden gesondert in Heft 5, Teil 2 veröffentlicht.

Die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Veröffentlichungen ist ein Grundsatz der redaktionellen Arbeit im Statistischen Bundesamt. Beim Zitieren rechtlicher Bestimmungen wird jedoch das generische Maskulinum beibehalten.

Alle aufgeführten Begriffe entsprechen den Formulierungen im Bundeswahlgesetz, in der Bundeswahlordnung sowie den hierzu herausgegebenen Kommentaren.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

1.1 Allgemeines

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag, die siebte gesamtdeutsche Wahl, fand entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten über die Bundestagswahl 2013 vom 8. Februar 2013 (BGBl. I S. 165) am Sonntag, dem 22. September 2013, statt. Maßgebliche Rechtsgrundlagen für die Bundestagswahl sind die Artikel 38 und 39 des Grundgesetzes, in denen die Grundsätze für die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie für den Zusammentritt und die Wahlperiode des Deutschen Bundestages festgelegt sind, sowie insbesondere das Bundeswahlgesetz, in dem Regelungen zu Wahlsystem, Wahlorganen, aktivem und passivem Wahlrecht, Wahlhandlung und Ergebnisfeststellung getroffen sind. Die Durchführung des Bundeswahlgesetzes regelt die Bundeswahlordnung. Die Bundestagswahl 2013 wurde auf Grundlage des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084) geändert worden ist, durchgeführt.

1.2 Wahlgebiet, Wahlkreise

Der 18. Deutsche Bundestag besteht aus insgesamt 631 Abgeordneten, von denen 299 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt wurden.

Im Zuge der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurde das Wahlgebiet bei der Bundestagswahl im selben Jahr um 72 Wahlkreise erweitert. Für die Bundestagswahl 2002 wurde die Zahl der Wahlkreise in der Bundesrepublik Deutschland wiederum von 328 auf 299¹ verringert.

Das Gebiet der Wahlkreise für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag ist in der Anlage zu Artikel 1 des Zwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 12. April 2012 (BGBl. I S. 518) beschrieben. Gegenüber der Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2009 hat der Gesetzgeber mit dem Zwanzigsten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes insgesamt 32 Wahlkreise neu abgegrenzt. Davon wurden 21 Wahlkreise aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern bzw. in den Wahlkreisen angepasst. Dabei hat Hessen einen zusätzlichen Wahlkreis erhalten (und hat gegenüber der Bundestagswahl 2009 nunmehr 22 statt 21 Wahlkreise), während in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der Wahlkreise um einen reduziert wurde (6 statt 7 Wahlkreise). Die Notwendigkeit für diese Neuabgrenzungen folgte unter anderem aus der Regelung des § 3 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2, 3 und 5 Bundeswahlgesetz. Danach muss die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil so weit wie möglich entsprechen. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden. Bei der Ermittlung der Bevölkerungszahlen ist die deutsche Bevölkerung maßgeblich. Bezugsgröße war der Bevölkerungsstand zum 31. Dezember 2010.

Bei weiteren elf Wahlkreisen (drei in Sachsen-Anhalt, jeweils zwei in Brandenburg, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) wurden geringfügige Anpassungen der Wahlkreisgrenzen infolge vorausgegangener kommunaler Gebietsänderungen

¹ Nähere Einzelheiten hierzu siehe „Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, Heft 5: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse“, S. 10.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

vorgenommen. Elf Wahlkreise wurden ohne Änderung ihrer Abgrenzungen umbenannt. Zudem sind durch die Änderung der Wahlkreiseinteilung in Hessen und in Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche Wahlkreise neu nummeriert worden.

Durch Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Deutschen Bundestag vom 24. Juli 2013 (BGBl. I S. 2814) wurden 18 Wahlkreise mit den nach kommunalen Gebiets- und Namensänderungen am 30. Juni 2013 geltenden amtlichen Bezeichnungen von Kreisen, Gemeinden und Gemeindeverbänden neu beschrieben und bekannt gemacht. Die Abgrenzung der Wahlkreise wurde dadurch jedoch nicht berührt.

Die Verteilung der Wahlkreise für 2013 und 2009 auf die 16 Bundesländer ist in der folgenden Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Wahlkreise bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009

Land	Wahlkreis		Land	Wahlkreis	
	2013	2009		2013	2009
Schleswig-Holstein	11	11	Nordrhein-Westfalen	64	64
Mecklenburg-Vorpommern	6	7	Sachsen	16	16
Hamburg	6	6	Hessen	22	21
Niedersachsen	30	30	Thüringen	9	9
Bremen	2	2	Rheinland-Pfalz	15	15
Brandenburg	10	10	Bayern	45	45
Sachsen-Anhalt	9	9	Baden-Württemberg	38	38
Berlin	12	12	Saarland	4	4

1.3 Wahlsystem

Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 enthält das Grundgesetz keine Regelung des Wahlsystems, sondern überlässt dies dem Wahlgesetz. Als Grundtypen der Wahlsysteme sind das Verhältniswahlsystem und das Mehrheitswahlsystem zu unterscheiden. Bei Ersterem reichen die einzelnen Parteien ihre Wahlvorschläge als Listen ein, in denen die Wahlbewerber/-innen benannt sind. Die Zuteilung der Sitze erfolgt entweder im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen oder die einzelnen Listen erhalten für eine vorher bestimmte Zahl gewonnener Stimmen einen Sitz, je nachdem, ob die zahlenmäßige Zusammensetzung des Parlaments vorher festgesetzt wurde oder nicht. Beim Mehrheitswahlsystem werden die Abgeordneten dagegen direkt in den Wahlkreisen gewählt (Persönlichkeitswahl). Das Wahlgebiet ist (in der Regel) in so viele Wahlkreise eingeteilt wie Abgeordnete nach diesem System gewählt werden sollen. Die Parteien können dann für jeden Wahlkreis eine Bewerberin bzw. einen Bewerber aufstellen. Gewählt ist die Bewerberin oder der Bewerber, die oder der die (absolut oder relativ) meisten im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Verhältnis- und Mehrheitswahlsystem bestehen in unterschiedlichen Varianten und sind auch als Kombination miteinander möglich.

Nach dem Reichswahlgesetz vom 27. April 1920 (RGBl. I S. 627), das dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz der reinen Verhältniswahl folgte, zog von den eingereichten Vorschlagslisten für je 60 000 abgegebene gültige Stimmen eine Bewerberin

bzw. ein Bewerber in den Reichstag ein. Die Abgeordnetenzahl des Reichstags war damit in hohem Maße von der Bevölkerungsentwicklung und der Wahlbeteiligung abhängig. Abgesehen von möglichen Erhöhungen, die sich durch das zweistufige Sitzzuteilungsverfahren ergeben können, ist die Abgeordnetenzahl des Deutschen Bundestags dagegen gesetzlich bestimmt. Nach dem Bundeswahlgesetz wird ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl in Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Parteilisten gewählt. Bei den Parteilisten handelt es sich dem föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland entsprechend um Landeslisten.

Seit der 2. Bundestagswahl im Jahre 1953 haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen: eine Erststimme für die Wahl einer/eines Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. Die Zahl der Abgeordneten einer jeden Partei richtet sich grundsätzlich nach dem Anteil der für ihre Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die mit der Erststimme gewonnenen Wahlkreissitze sind auf die Abgeordnetensitze, die einer Partei in jedem Land nach den Zweitstimmen zustehen, anzurechnen. In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach dem Verhältnis der Zweitstimmen ermittelte Zahl der in einem Land errungenen Mandate übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die gesetzlich vorgegebene Gesamtzahl der Sitze des Deutschen Bundestags.

Grundsätzlich bestimmen die Wählerinnen und Wähler also mit der Zweitstimme, wie die Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien verteilt werden (Verhältniswahl), während sie mit der Erststimme Einfluss auf die konkrete personelle Zusammensetzung des Deutschen Bundestages ausüben können (Mehrheitswahl).

1.4 Sitzverteilungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers²

Die Sitzverteilung erfolgt bei der diesjährigen Bundestagswahl wie bereits bei der Bundestagswahl 2009 nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers. Dieses hatte erstmals zur Europawahl 2009 das früher für Europa- und Bundestagswahlen gesetzlich vorgeschriebene Verfahren nach Niemeyer abgelöst.

Der deutsche Physiker Hans Schepers, damals Leiter der Gruppe Datenverarbeitung des Deutschen Bundestages, schlug 1980 eine Modifikation des damals angewandten Sitzverteilungsverfahrens nach d'Hondt vor, um die Benachteiligung kleinerer Parteien bei diesem Verfahren zu vermeiden.

Das von Schepers vorgeschlagene Verfahren kommt mit einer anderen Berechnungsmethode zu identischen Ergebnissen wie ein 1912 von dem französischen Mathematiker André Sainte-Laguë entwickeltes Verfahren. Das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers wird bereits seit 1980 für die Sitzverteilung in den Ausschüssen und Gremien des Deutschen Bundestages angewandt. Zudem wird die Sitzverteilung in den Landesparlamenten zahlreicher Bundesländer nach diesem Verfahren vorgenommen.

Bei diesem Verfahren, auch Divisormethode mit Standardrundung genannt, werden die jeweiligen Anzahlen der Zweitstimmen für die einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Divisor geteilt. Die sich ergebenden Quotienten werden standardmäßig zu Sitzzahlen gerundet, das heißt, bei einem Bruchteilsrest von mehr oder weniger als 0,5 wird auf- bzw. abgerundet; bei einem Rest von genau 0,5 entscheidet das Los. Der Divisor wird dabei so bestimmt, dass die Sitzzahlen in der Summe mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmen. Zur Berechnung gibt es drei verschiedene Methoden, die im Ergebnis rechnerisch gleich und damit rechtlich gleichwertig sind:

² Siehe hierzu auch „Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen“, S. 255 ff.

- **Höchstzahlverfahren**

Diese Methode folgt dem Gedanken des Verfahrens nach d'Hondt, wobei die jeweilige Stimmenanzahl durch 0,5, 1,5, 2,5 und so weiter geteilt und die Sitze wiederum fortlaufend nach absteigenden Höchstzahlen zugeteilt werden. Hintergrund ist, dass bei der Berechnung nach d'Hondt der volle Anspruch auf einen Sitz zugrunde gelegt wird und deshalb ganze Zahlen zur Teilung verwendet werden, wodurch aber kleinere Parteien unverhältnismäßig spät den ersten Zugriff und weitere erhalten. Demgegenüber sind hier die Zuteilungsvoraussetzungen für einen Sitz herabgesetzt, sodass der Zugriff bereits dann erfolgt, wenn die Voraussetzungen hierfür erst zur Hälfte erfüllt sind, wenn also Anspruch auf mehr als einen halben Sitz besteht.

- **Rangmaßzahlverfahren**

Hier werden statt der Höchstzahlen die Kehrwerte betrachtet und die Sitze fortlaufend nach diesen aufsteigenden Rangmaßzahlen beschrieben.

- **Iteratives Verfahren**

Nach dieser Methode wird im ersten Schritt eine Näherungszuteilung berechnet, indem die Gesamtzahl aller zu berücksichtigenden Stimmen durch die Gesamtzahl der zu verteilenden Sitze geteilt und auf diese Weise ein vorläufiger Zuteilungsdivisor ermittelt wird. Etwa verbleibende Diskrepanzen werden in den folgenden Schritten durch Herauf- oder Herabsetzung des Zuteilungsdivisors so lange abgebaut, bis die Endzuteilung erreicht ist, bei der die Sitzzuteilung mit der Anzahl der zu vergebenden Sitze übereinstimmt.

Der Gesetzgeber hat sich bei der Einführung des Verfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers für die Sitzzuteilung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag für das letztgenannte iterative Verfahren entschieden.

1.5 Rechtliche Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2009

Das Wahlrecht für die Bundestagswahl 2013 entspricht in seinen wesentlichen Grundzügen dem der vorangegangenen Bundestagswahlen. Von Bedeutung sind insbesondere folgende Neuregelungen:

- Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011 (BGBl. I S. 2313):
 - Wegfall von § 7 und § 29 Bundeswahlgesetz
Die Möglichkeit einer Listenverbindung zwischen den einzelnen Landeslisten einer Partei ist weggefallen.
- Durch das Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen vom 12. Juli 2012 (BGBl. I S. 1501):
 - Änderung des § 9 Absatz 2 Bundeswahlgesetz
Der Bundeswahlausschuss wurde um zwei Richter/-innen des Bundesverwaltungsgerichtes und die Landeswahlausschüsse wurden um jeweils zwei Richter/-innen des Oberverwaltungsgerichts des jeweiligen Landes erweitert.
 - Änderung des § 18 Absatz 2 Bundeswahlgesetz
Vereinigungen, die infolge der Feststellung des Bundeswahlausschusses an der Einreichung von Wahlvorschlägen gehindert sind, haben nunmehr die Möglichkeit, diese Entscheidung noch vor der Wahl vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. Damit die gerichtliche Überprüfung in angemessener Zeit erfolgen kann, wurde der Stichtag, an dem Vereinigungen spätestens dem Bundeswahlleiter ihre Beteiligung schriftlich anzuzeigen haben, vom 90. Tag auf den 97. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr vorverlegt.

- Änderung des § 18 Absatz 4 Bundeswahlgesetz
Im Zusammenhang mit der Änderung des § 18 Absatz 2 Bundeswahlgesetz wurde der Tag der Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaften vom 72. auf den 79. Tag vor der Wahl vorverlegt.
- Einfügung des § 18 Absatz 4a Bundeswahlgesetz
Vereinigungen, deren Parteieigenschaft vom Bundeswahlausschuss nicht festgestellt wurde, wurde der Rechtsweg zum Bundesverfassungsgericht eröffnet. Statthafter Rechtsbehelf ist die Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht, die innerhalb von vier Tagen ab der Bekanntgabe der Feststellung des Bundeswahlausschusses durch den Bundeswahlleiter in der Sitzung erhoben werden muss.
- Durch das Einundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 27. April 2013 (BGBl. I S. 962) ergeben sich folgende Änderungen:
 - Änderung des § 12 Absatz 1 Bundeswahlgesetz
Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch am Wahltag dauerhaft im Ausland lebende Deutsche, sofern sie
 - nach Vollendung des vierzehnten Lebensjahres mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurückliegt oder
 - aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von ihnen betroffen sind.
- Durch das Zweiundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1082) ergibt sich:
 - die Neufassung des § 6 Bundeswahlgesetz
Das Bundesverfassungsgericht hatte mit Urteil vom 25. Juli 2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) entschieden, dass § 6 Absatz 1 und Absatz 2a sowie § 6 Absatz 5 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung des Neunzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011 (BGBl. I S. 2313) mit Artikel 21 Absatz 1 und Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes unvereinbar und die beiden erstgenannten Absätze nichtig sind. Die Sitzverteilung erfolgt im Wahlsystem der personalisierten Verhältniswahl, in dem die Personenwahl im Wahlkreis (Erststimme) nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl mit der Verhältniswahl von Landeslisten der Parteien (Zweitstimme) kombiniert wird. Dabei wird das Verfahren Sainte-Laguë/Schepers eingesetzt. Eine nähere Erläuterung zum neuen Verfahren der Sitzzuteilung ist in Kapitel 6 zu finden.
- Infolge der oben aufgeführten Gesetzesänderungen war außerdem die Bundeswahlordnung durch Artikel 1 der Zehnten Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 13. Mai 2013 (BGBl. I S. 1255) zu modifizieren.

1.6 Stimmzettel und Wahlvorschläge

Den Wählerinnen und Wählern stehen bei Bundestagswahlen je eine Stimme für die Mehrheitswahl (Erststimme) und eine für die Verhältniswahl (Zweitstimme) zur Verfügung. Mit der Erststimme wählen sie die Person ihres Vertrauens aus den Kreiswahlvorschlägen ihres Wahlkreises, die Zweitstimme erhält die Landesliste der präferierten Partei. Enthält der Stimmzettel nur die Erst- oder Zweitstimme, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

Mit der Erststimme haben die Wähler/-innen unmittelbaren Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. Bei der Abgabe der Zweitstimme ist ihnen diese Möglichkeit weitgehend entzogen. Welche Landeslistenbewerber/-innen gewählt werden, richtet sich (neben der Zahl der Zweitstimmen für eine Landesliste) nach der Rangfolge des Platzes, den sie auf den Landeslisten innehaben. Die Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Kreiswahlvorschläge und Landeslisten und die Bestimmung der Reihenfolge geschieht nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes durch die Parteiorgane.

Beide Stimmen werden auf einem Stimmzettel abgegeben. Die Reihenfolge der auf dem Stimmzettel rechts aufgeführten Landeslisten, die nur Parteien einreichen können, richtet sich nach der Zahl der Zweitstimmen, die sie bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Land auf sich vereinigen konnten. Die übrigen Landeslisten schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien an. Die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge (linke Seite des Stimmzettels) richtet sich nach der Reihenfolge der entsprechenden Landeslisten. Sonstige Kreiswahlvorschläge (Parteilose oder Wahlkreisbewerber/-innen, die von Parteien ohne Landesliste vorgeschlagen sind) schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien oder der Kennwörter an.

Infolgedessen ist auch die Reihenfolge von Land zu Land unterschiedlich und kann auch von Wahl zu Wahl wechseln (siehe Tabelle 2). Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind für die Abgabe der Erststimmen die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten auf der linken Seite des Stimmzettels auf gleicher Höhe mit der Landesliste ihrer Partei angegeben. Auf der linken Seite entsteht eine Leerzeile, wenn die Partei zwar mit einer Landesliste zugelassen ist, im Wahlkreis, in dem der Stimmzettel gilt, aber keinen Kreiswahlvorschlag eingereicht hat oder dieser wegen gesetzlicher Mängel nicht zugelassen wurde. Bei Parteilosen oder Wahlkreisbewerberinnen/-bewerbern, die von Parteien ohne Landesliste vorgeschlagen sind, bleibt die entsprechende Zeile auf der rechten Seite leer.

Kreiswahlvorschläge können von Parteien und von Einzelbewerberinnen und -bewerbern eingereicht werden, Landeslisten nur von Parteien. Jeder Kreiswahlvorschlag darf nur den Namen einer Bewerberin bzw. eines Bewerbers enthalten. Doppelbewerbungen im gleichen oder einem anderen Wahlkreis sind nicht zulässig. Landeslisten können von Parteien mit einer beliebigen Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern eingereicht werden. Die Bewerberinnen und Bewerber dürfen aber nur auf einer Landesliste stehen. Doppelkandidaturen in einem Wahlkreis und auf einer Landesliste sind dagegen erlaubt. Von dieser Möglichkeit wird z. B. von weniger aussichtsreichen Wahlkreisbewerberinnen und -bewerbern zur „Absicherung“ der Kandidatur häufig Gebrauch gemacht. Die Vorschriften zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern zu einer Bundestagswahl sind im Bundeswahlgesetz und in der Bundeswahlordnung enthalten. Als Angelegenheit der inneren Ordnung einer Partei nach Artikel 21 Absatz 1 Satz 3 Grundgesetz und zugleich als Teil der Wahl im Sinne des Artikels 38 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz hat das Aufstellungsverfahren nach zwingendem Verfassungsrecht der elementaren demokratischen Wahl und den ebenfalls in Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 festgelegten Wahlrechtsgrundsätzen zu entsprechen.

**HINWEIS & Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge¹ und der Landeslisten¹ auf den Stimmzetteln innerhalb der Länder
bei der Bundestagswahl 2013 gemäß § 30 Abs. 3 Bundeswahlgesetz**

Schleswig-Holstein		
1	CDU	E Z
2	SPD	E Z
3	FDP	E Z
4	GRÜNE	E Z
5	DIE LINKE	E Z
6	PIRATEN	E Z
7	RENTNER	E Z
8	NPD	E Z
9	MLPD	Z
10	AfD	E Z
11	FREIE WÄHLER	E Z
12	Tierschutzpartei	Z
13	Andere KWV ²	E

Mecklenburg-Vorpommern		
1	CDU	E Z
2	DIE LINKE	E Z
3	SPD	E Z
4	FDP	E Z
5	GRÜNE	E Z
6	NPD	E Z
7	PIRATEN	E Z
8	MLPD	E Z
9	REP	Z
10	AfD	Z
11	pro Deutschland	Z
12	FREIE WÄHLER	E Z
13	Andere KWV ²	E

Hamburg		
1	CDU	E Z
2	SPD	E Z
3	GRÜNE	E Z
4	FDP	E Z
5	DIE LINKE	E Z
6	PIRATEN	E Z
7	NPD	E Z
8	RENTNER	Z
9	ÖDP	E Z
10	MLPD	E Z
11	AfD	E Z
12	FREIE WÄHLER	E Z
13	Die PARTEI	E Z
14	Andere KWV ²	E

Niedersachsen		
1	CDU	E Z
2	SPD	E Z
3	FDP	E Z
4	GRÜNE	E Z
5	DIE LINKE	E Z
6	PIRATEN	E Z
7	NPD	E Z
8	Tierschutzpartei	Z
9	MLPD	E Z
10	AfD	E Z
11	pro Deutschland	Z
12	REP	Z
13	FREIE WÄHLER	E Z
14	PBC	E Z
15	Bündnis 21/RRP	E
16	BIG	E
17	FAMILIE	E
18	Andere KWV ²	E

Bremen		
1	SPD	E Z
2	CDU	E Z
3	GRÜNE	E Z
4	DIE LINKE	E Z
5	FDP	E Z
6	PIRATEN	E Z
7	Bündnis 21/RRP	E Z
8	NPD	E Z
9	MLPD	E Z
10	AfD	E Z
11	pro Deutschland	Z
12	FREIE WÄHLER	Z
13	Die PARTEI	E Z
14	Tierschutzpartei	Z

Brandenburg		
1	DIE LINKE	E Z
2	SPD	E Z
3	CDU	E Z
4	FDP	E Z
5	GRÜNE/B90	E Z
6	NPD	E Z
7	PIRATEN	E Z
8	REP	E Z
9	MLPD	Z
10	AfD	Z
11	pro Deutschland	Z
12	FREIE WÄHLER	E Z
13	DKP	E
14	Die PARTEI	E
15	Andere KWV ²	E

Sachsen-Anhalt		
1	DIE LINKE	E Z
2	CDU	E Z
3	SPD	E Z
4	FDP	E Z
5	GRÜNE	E Z
6	PIRATEN	E Z
7	NPD	E Z
8	MLPD	E Z
9	AfD	E Z
10	pro Deutschland	Z
11	FREIE WÄHLER	E Z
12	ÖDP	Z
13	Tierschutzpartei	E
14	Andere KWV ²	E

Berlin		
1	CDU	E Z
2	DIE LINKE	E Z
3	SPD	E Z
4	GRÜNE	E Z
5	FDP	E Z
6	PIRATEN	E Z
7	NPD	E Z
8	REP	Z
9	BüSo	E Z
10	ÖDP	Z
11	PSG	Z
12	MLPD	E Z
13	AfD	E Z
14	BIG	E Z
15	pro Deutschland	E Z
16	FREIE WÄHLER	E Z
17	Die PARTEI	E Z
18	B	E
19	Bündnis 21/RRP	E
20	DKP	E
21	DIE VIOLETTEN	E
22	Andere KWV ²	E

AfD – Alternative für Deutschland

B – Bergpartei, die "ÜberPartei"

BGD – Bund für Gesamtdeutschland

BIG – Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit

BP – Bayernpartei

Bündnis 21/RRP – Bündnis 21/RRP

BüSo – Bürgerrechtsbewegung Solidarität

CDU – Christlich Demokratische Union Deutschlands

CSU – Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.

DIE FRAUEN – Feministische Partei DIE FRAUEN

DIE LINKE – DIE LINKE

Die PARTEI – Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative

DIE RECHTE³ – DIE RECHTE

DIE VIOLETTEN – Die Violetten

DKP – Deutsche Kommunistische Partei

FAMILIE – Familien-Partei Deutschlands

FDP – Freie Demokratische Partei

FREIE WÄHLER – FREIE WÄHLER

GRÜNE – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

MLPD – Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

NEIN! – NEIN!-Idee

Nichtwähler³ – Partei der Nichtwähler

NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands

ÖDP – Ökologisch-Demokratische Partei

PARTEI DER VERNUNFT – Partei der Vernunft

PBC – Partei Bibeltreuer Christen

PIRATEN – Piratenpartei Deutschland

pro Deutschland – Bürgerbewegung pro Deutschland

PSG – Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale

RENTNER – RENTNER Partei Deutschland

REP – DIE REPUBLIKANER

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Tierschutzpartei – PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Volksabstimmung – Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung

¹ E = Direktkandidat für die Erststimme (Kreiswahlvorschläge); Z = Listenkandidaten für die Zweitstimme (Landeslisten).

² Andere Kreiswahlvorschläge: Wählergruppen und Einzelbewerber.

³ Aus technischen Gründen ist die Bildung einer Kurzbezeichnung notwendig.

E = Nicht in allen Wahlkreisen vertreten.

**HINWEIS: Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge¹ und der Landeslisten¹ auf den Stimmzetteln innerhalb der Länder
bei der Bundestagswahl 2013 gemäß § 30 Absatz 3 Bundeswahlgesetz**

Nordrhein-Westfalen		
1 CDU	E	Z
2 SPD	E	Z
3 FDP	E	Z
4 GRÜNE	E	Z
5 DIE LINKE	E	Z
6 PIRATEN	E	Z
7 NPD	E	Z
8 REP	E	Z
9 Bündnis 21/RRP	E	Z
10 Volksabstimmung	E	Z
11 ÖDP	E	Z
12 MLPD	E	Z
13 BüSo	E	Z
14 PSG	E	Z
15 AfD	E	Z
16 BIG		Z
17 pro Deutschland		Z
18 DIE RECHTE ³		Z
19 FREIE WÄHLER	E	Z
20 Nichtwähler ³		Z
21 PARTEI DER VERNUNFT		Z
22 Die PARTEI	E	Z
23 FAMILIE	E	
24 Andere KWV ²	E	

Sachsen		
1 CDU	E	Z
2 DIE LINKE	E	Z
3 SPD	E	Z
4 FDP	E	Z
5 GRÜNE	E	Z
6 NPD	E	Z
7 BüSo	E	Z
8 MLPD	E	Z
9 AfD		Z
10 pro Deutschland	E	Z
11 FREIE WÄHLER	E	Z
12 PIRATEN	E	Z
13 BGD	E	
14 Die PARTEI	E	
15 Andere KWV ²	E	

Hessen		
1 CDU	E	Z
2 SPD	E	Z
3 FDP	E	Z
4 GRÜNE	E	Z
5 DIE LINKE	E	Z
6 PIRATEN	E	Z
7 NPD	E	Z
8 REP	E	Z
9 BüSo	E	Z
10 MLPD	E	Z
11 AfD	E	Z
12 pro Deutschland		Z
13 FREIE WÄHLER	E	Z
14 Die PARTEI	E	Z
15 PSG		Z
16 Andere KWV ²	E	

Thüringen		
1 CDU	E	Z
2 DIE LINKE	E	Z
3 SPD	E	Z
4 FDP	E	Z
5 GRÜNE	E	Z
6 NPD	E	Z
7 PIRATEN	E	Z
8 ÖDP / Familie ..	E	Z
9 REP		Z
10 MLPD	E	Z
11 AfD	E	Z
12 FREIE WÄHLER	E	Z
13 PARTEI DER VERNUNFT	E	
14 Andere KWV ²	E	

Rheinland-Pfalz		
1 CDU	E	Z
2 SPD	E	Z
3 FDP	E	Z
4 GRÜNE	E	Z
5 DIE LINKE	E	Z
6 PIRATEN	E	Z
7 NPD	E	Z
8 REP	E	Z
9 ÖDP	E	Z
10 MLPD	E	Z
11 AfD	E	Z
12 pro Deutschland		Z
13 FREIE WÄHLER	E	Z
14 PARTEI DER VERNUNFT	E	Z
15 BüSo	E	
16 FAMILIE	E	
17 Die PARTEI	E	
18 Andere KWV ²	E	

Bayern		
1 CSU	E	Z
2 SPD	E	Z
3 FDP	E	Z
4 GRÜNE	E	Z
5 DIE LINKE	E	Z
6 PIRATEN	E	Z
7 NPD	E	Z
8 ÖDP	E	Z
9 REP	E	Z
10 Bündnis 21/RRP	E	Z
11 BP	E	Z
12 Tierschutzpartei		Z
13 DIE VIOLETTEN	E	Z
14 BüSo	E	Z
15 MLPD	E	Z
16 AfD	E	Z
17 pro Deutschland	E	Z
18 DIE FRAUEN		Z
19 FREIE WÄHLER	E	Z
20 PARTEI DER VERNUNFT	E	Z
21 NEIN!	E	
22 Die PARTEI	E	
23 Andere KWV ²	E	

Baden-Württemberg		
1 CDU	E	Z
2 SPD	E	Z
3 FDP	E	Z
4 GRÜNE	E	Z
5 DIE LINKE	E	Z
6 PIRATEN	E	Z
7 NPD	E	Z
8 REP	E	Z
9 Tierschutzpartei		Z
10 ÖDP	E	Z
11 PBC		Z
12 Volksabstimmung		Z
13 MLPD	E	Z
14 BüSo	E	Z
15 AfD	E	Z
16 BIG		Z
17 pro Deutschland		Z
18 FREIE WÄHLER	E	Z
19 PARTEI DER VERNUNFT		Z
20 RENTNER		Z
21 DKP	E	
22 DIE VIOLETTEN	E	
23 Die PARTEI	E	
24 Andere KWV ²	E	

Saarland		
1 CDU	E	Z
2 SPD	E	Z
3 DIE LINKE	E	Z
4 FDP	E	Z
5 GRÜNE	E	Z
6 FAMILIE		Z
7 PIRATEN	E	Z
8 NPD	E	Z
9 MLPD	E	Z
10 AfD	E	Z
11 pro Deutschland		Z
12 FREIE WÄHLER		Z
13 PARTEI DER VERNUNFT	E	

1 E = Direktkandidat für die Erststimme (Kreiswahlvorschläge); Z = Listenkandidaten für die Zweitstimme (Landeslisten).

2 Andere Kreiswahlvorschläge: Wählergruppen und Einzelbewerber.

3 Aus technischen Gründen ist die Bildung einer Kurzbezeichnung notwendig.

E = Nicht in allen Wahlkreisen vertreten.

Die Feststellung darüber, welche politischen Vereinigungen bei einer Bundestagswahl als Parteien auftreten können, trifft seit der Wahl 1965 der Bundeswahlausschuss für alle Wahlorgane verbindlich.

Die erste Sitzung des Bundeswahlausschusses zur Bundestagswahl 2013 fand am 4. und 5. Juli 2013 statt und hatte die Feststellung des Wahlvorschlagsrechts der Parteien zum Gegenstand. Denn bei Bundestagswahlen sind nur diejenigen Parteien berechtigt, Wahlvorschläge einzureichen, die

- im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind

oder

- die ihre Beteiligung an der Wahl bis zum 97. Tag vor der Wahl angezeigt haben und vom Bundeswahlausschuss als Partei anerkannt werden.

Die Feststellung bezüglich einer bereits vorhandenen parlamentarischen Vertretung traf der Bundeswahlausschuss in diesem Jahr in neun Fällen (CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE, CSU, PIRATEN, NPD sowie FREIE WÄHLER). Die bereits parlamentarisch vertretenen Parteien sind u. a. von der Pflicht zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften befreit.

58 Vereinigungen zeigten ihre Beteiligung an der Bundestagswahl bis zum 17. Juni 2013 (97. Tag vor der Wahl) beim Bundeswahlleiter an und führten damit die Feststellung des Bundeswahlausschusses über ihre Parteieigenschaft herbei³. Bei 29 dieser politischen Vereinigungen, und somit genau bei 50 %, hat der Bundeswahlausschuss in seiner Sitzung am 4. und 5. Juli 2013 die Parteieigenschaft anerkannt. Damit bleibt der Anteil seit der Bundestagswahl 1998 relativ konstant.

Zum ersten Mal bei Bundestagswahlen konnte Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses eingelegt werden, ob eine politische Vereinigung ihre Beteiligung an der Bundestagswahl dem Bundeswahlleiter ordnungsgemäß angezeigt hat und ob sie als Partei anzuerkennen ist. Zwölf Vereinigungen machten von diesem Recht Gebrauch. In einem Fall war die Beschwerde erfolgreich.

In der zweiten Sitzung des Bundeswahlausschusses wies dieser die Beschwerde einer Partei gegen die Nichtzulassung einer Landesliste durch den zuständigen Landeswahlausschuss zurück; drei weitere Beschwerden wurden als bereits unzulässig verworfen. Der Beschwerde gegen die Streichung eines Kandidaten auf einer Landesliste wurde stattgegeben.

Von den insgesamt 39 für die Bundestagswahl 2013 zugelassenen bzw. anerkannten Parteien reichten sodann 5 keine Wahlvorschläge ein. Von den somit insgesamt 34 Parteien, die Wahlvorschläge aufgestellt hatten, beteiligten sich, wie sich aus Tabelle 3 entnehmen lässt, 30 mit Landeslisten an der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag.

³ Eine weitere Vereinigung löste sich nach Anzeige ihrer Beteiligung noch vor der Sitzung des Bundeswahlausschusses auf.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Tabelle 3: An der Bundestagswahl am 22. September 2013 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in . . .	Wahlkreisbewerber/ -innen in . . .
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	allen Ländern außer Bayern	allen Wahlkreisen außer Bayern
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Freie Demokratische Partei (FDP)	allen Ländern	allen Wahlkreisen außer 229
DIE LINKE (DIE LINKE)	allen Ländern	allen Wahlkreisen außer 112
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	Bayern	allen Wahlkreisen in Bayern
Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)	allen Ländern	276 Wahlkreisen in allen Ländern
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	allen Ländern	258 Wahlkreisen in allen Ländern
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei)	Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Bayern, Baden- Württemberg	2 Wahlkreisen in Sachsen- Anhalt
DIE REPUBLIKANER (REP)	Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Brandenburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg	21 Wahlkreisen (1 in Branden- burg, 3 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Hessen, 3 in Rheinland-Pfalz, 5 in Bayern, 7 in Baden-Württem- berg)
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	Hamburg, Sachsen-Anhalt, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden- Württemberg	62 Wahlkreisen (1 in Hamburg, 3 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Thüringen, 6 in Rheinland-Pfalz, 30 in Bayern, 20 in Baden-Würt- temberg)
Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE)	Saarland	4 Wahlkreisen (1 in Nieder- sachsen, 1 in Nordrhein-West- falen, 2 in Rheinland-Pfalz)
Bündnis 21/RRP (Bündnis 21/RRP)	Bremen, Nordrhein-Westfalen, Bayern	17 Wahlkreisen (2 in Nieder- sachsen, 1 in Bremen, 1 in Berlin, 4 in Nordrhein-Westfalen, 9 in Bayern)
RENTNER Partei Deutschland (RENTNER)	Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg	1 Wahlkreis in Schleswig- Holstein
Bayernpartei (BP)	Bayern	11 Wahlkreisen in Bayern
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	Niedersachsen, Baden-Württemberg	5 Wahlkreisen in Niedersachsen
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Bayern, Baden- Württemberg	38 Wahlkreisen (11 in Berlin, 6 in Nordrhein-Westfalen, 8 in Sachsen, 3 in Hessen, 1 in Rhein- land-Pfalz, 7 in Bayern, 2 in Baden-Württemberg)
Die Violetten; für spirituelle Politik (DIE VIOLETTEN)	Bayern	5 Wahlkreisen (1 in Berlin, 2 in Bayern, 2 in Baden-Württemberg)

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Tabelle 3: An der Bundestagswahl am 22. September 2013 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in . . .	Wahlkreisbewerber/ -innen in . . .
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	allen Ländern	41 Wahlkreisen (2 in Mecklenburg-Vorpommern, 1 in Hamburg, 2 in Niedersachsen, 1 in Bremen, 3 in Sachsen-Anhalt, 3 in Berlin, 15 in Nordrhein-Westfalen, 1 in Sachsen, 1 in Hessen, 1 in Thüringen, 1 in Rheinland-Pfalz, 3 in Bayern, 6 in Baden-Württemberg, 1 im Saarland)
Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung; Politik für die Menschen (Volksabstimmung)	Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg	2 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen
Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen	keine
Alternative für Deutschland (AfD)	allen Ländern	158 Wahlkreisen (alle in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Berlin, Saarland sowie 17 in Niedersachsen, 3 in Sachsen-Anhalt, 41 in Nordrhein-Westfalen, 6 in Hessen, 3 in Thüringen, 1 in Rheinland-Pfalz, 29 in Bayern, 23 in Baden-Württemberg)
Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit (BIG)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg	6 Wahlkreisen (1 in Niedersachsen, 5 in Berlin)
Bürgerbewegung pro Deutschland (pro Deutschland)	Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg und Saarland	3 Wahlkreisen (1 in Berlin, 1 in Sachsen, 1 in Bayern)
DIE RECHTE	Nordrhein-Westfalen	keine
Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)	Bayern	keine
FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)	allen Ländern	174 Wahlkreisen (alle in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Sachsen-Anhalt, Berlin sowie 2 in Schleswig-Holstein, 22 in Niedersachsen, 4 in Brandenburg, 22 in Nordrhein-Westfalen, 5 in Sachsen, 6 in Hessen, 6 in Thüringen, 14 in Rheinland-Pfalz, 39 in Bayern, 21 in Baden-Württemberg)
Partei der Nichtwähler	Nordrhein-Westfalen	keine

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Tabelle 3: An der Bundestagswahl am 22. September 2013 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in . . .	Wahlkreisbewerber/-innen in . . .
Partei der Vernunft (PARTEI DER VERNUNFT)	Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg	6 Wahlkreisen (1 in Thüringen, 3 in Rheinland-Pfalz, 1 in Bayern, 1 im Saarland)
Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)	Hamburg, Bremen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen	32 Wahlkreisen (2 in Hamburg, 1 in Bremen, 1 in Brandenburg, 10 in Berlin, 6 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Sachsen, 4 in Hessen, 1 in Rheinland-Pfalz, 3 in Bayern, 2 in Baden-Württemberg)
Bergpartei, die „ÜberPartei“ (B)	keine	1 Wahlkreis in Berlin
Bund für Gesamtdeutschland (BGD)	keine	1 Wahlkreis in Sachsen
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	keine	6 Wahlkreisen (4 in Brandenburg, 1 in Berlin, 1 in Baden-Württemberg)
Nein!-Idee (NEIN!)	keine	1 Wahlkreis in Bayern

Neben den Parteien sind auch Einzelbewerber/-innen bzw. Wähler/-innengruppen bei der Bundestagswahl wahlvorschlagsberechtigt. Allerdings ist ihr Recht zur Aufstellung von Wahlvorschlägen auf Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten, also die sogenannten Direktkandidatinnen/-kandidaten, beschränkt. In diesem Jahr waren es 81 Wahlbewerberinnen und -bewerber, die als Wählerinnen-/Wählergruppen bzw. Einzelbewerber/-innen zur Wahl in den 299 Wahlkreisen antraten. Bei der Bundestagswahl 2009 hatten sich ungewöhnlich viele, nämlich 166 Einzelbewerber/-innen bzw. Wählerinnen-/Wählergruppen aufstellen lassen. Bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 waren es jeweils lediglich 60.

1.7 Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wahlberechtigt sind gemäß § 12 Absatz 2 Bundeswahlgesetz bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch diejenigen Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie

- nach Vollendung ihres vierzehnten Lebensjahres mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurückliegt oder
- aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von ihnen betroffen sind.

Eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt in den fünf neuen Ländern und Berlin-Ost ist entsprechend zu berücksichtigen. Bei Rückkehr einer/s Auslandsdeutschen in die Bundesrepublik Deutschland gilt die genannte Dreimonatsfrist nicht.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist nach § 13 Bundeswahlgesetz ein Deutscher, der infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt, sowie derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist. Außerdem sind Personen ausgeschlossen, die sich aufgrund einer Anordnung nach § 63 in Verbindung mit § 20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befinden.

Die Wahlbewerber/-innen müssen am Wahltag Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sein und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wählbar ist, wer vom aktiven Wahlrecht (§ 13 Bundeswahlgesetz) ausgeschlossen oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

Wählen kann in der Regel nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann – sofern er keinen Wahlschein besitzt – nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder durch Briefwahl teilnehmen. Durch die Verbindung mit dem jeweiligen Heimatwahlkreis ist eine Manipulation des Wahlausgangs durch absichtliche Konzentration von Wahlscheinstimmen (d. h. überwiegend von Briefwahlstimmen) auf bestimmte Wahlkreise ausgeschlossen.

Die Briefwahl ist seit der dritten Bundestagswahl (1957) möglich. Jede wahlberechtigte Person, die in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann ihr Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn sie einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellt. Seit der Bundestagswahl 2009 ist es nicht mehr erforderlich, einen wichtigen Grund für die Abwesenheit am Wahltag anzugeben.

Auch wer aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurde, kann unter bestimmten Voraussetzungen einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellen und seine Stimme durch Briefwahl abgeben.

Für die Briefwahl müssen Wahlberechtigte bei der Gemeinde ihres Hauptwohnortes die Erteilung eines Wahlscheines schriftlich (formlos) oder mündlich beantragen. Die Schriftform gilt auch durch Telegramm, Fernschreiben, Telefax, E-Mail oder durch sonstige dokumentierbare elektronische Übermittlung als gewahrt. Eine telefonische Antragstellung ist unzulässig. Der Antrag auf Briefwahlunterlagen sollte möglichst frühzeitig gestellt werden. Hierzu muss nicht der Erhalt der Wahlbenachrichtigung abgewartet werden. Briefwahlunterlagen können bis Freitag vor der Wahl, 18.00 Uhr, beantragt werden, in gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen noch bis zum Wahltag 15.00 Uhr. Die Ausgabe der Briefwahlunterlagen kann, weil dazu der Stimmzettel gehört, erst nach der endgültigen Zulassung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten sowie nach Druck der Stimmzettel erfolgen.

Briefwähler/-innen erhalten auf Antrag folgende Unterlagen ausgehändigt bzw. übersandt:

- Einen Wahlschein, der von dem/der mit der Erteilung beauftragten Bediensteten der Gemeindebehörde eigenhändig unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehen sein muss. Wird der Wahlschein mithilfe automatischer Einrichtungen erstellt, kann abweichend davon die Unterschrift fehlen; stattdessen kann der Name des/der beauftragten Bediensteten eingedruckt sein,
- einen amtlichen Stimmzettel,
- einen amtlichen Stimmzettelumschlag (blau),
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag (rot) und
- ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl, das alle wichtigen Hinweise enthält und die Briefwahl durch anschauliche Bilder näher erläutert.

Nach Ausfüllen des Stimmzettels und der Versicherung an Eides statt, dass der Stimmzettel von dem/der Wahlberechtigten persönlich gekennzeichnet wurde, sind diese Unterlagen an die auf dem Wahlbriefumschlag aufgedruckte Stelle zu senden. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden besondere Briefwahlvorstände gebildet. Der Wahlbrief muss spätestens am Wahlsonntag bis 18.00 Uhr bei der dafür zuständigen Stelle vorliegen, da um 18.00 Uhr der Wahlakt abgeschlossen und mit der Auszählung der Stimmen begonnen wird.

1.8 Wahlorgane, Wahlvorbereitung und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung einer Bundestagswahl sind nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung die Wahlorgane zuständig.

Gemäß § 8 Absatz 1 Bundeswahlgesetz sind Wahlorgane:

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuss für das Wahlgebiet,
- eine Landeswahlleitung und ein Landeswahlausschuss für jedes Land,
- eine Kreiswahlleitung und ein Kreiswahlausschuss für jeden Wahlkreis,
- ein/e Wahlvorsteher/-in und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
- mindestens ein/-e Wahlvorsteher/-in und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses⁴. Wie viele Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltage feststellen zu können, bestimmt die Kreiswahlleitung.

Das Schwergewicht der Vorbereitungsarbeiten für eine Bundestagswahl liegt bei den Gemeindebehörden. Die Gemeinden haben die Wählerverzeichnisse, in denen alle Wahlberechtigten mit Familienname, Vornamen, Geburtstag und Anschrift enthalten sein müssen, aufzustellen. Wählen kann grundsätzlich nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wahlberechtigte, die in mehreren Gemeinden eine Wohnung haben, sind im Wählerverzeichnis derjenigen Gemeinde zu führen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet. Stichtag für die Eintragung der Wahlberechtigten in die Wählerverzeichnisse von Amts wegen für die Bundestagswahl am 22. September 2013 war der 35. Tag vor der Wahl, d. h. der 18. August 2013. Für alle Wahlberechtigten, besonders bei Verlegung oder Neubegründung einer Wohnung, waren die in der folgenden Übersicht enthaltenen Termine zu beachten. Zur Harmonisierung des Wahlrechts mit dem Melderecht und aus datenschutzrechtlichen Gründen ist das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis grundsätzlich auf die Angaben zur eigenen Person beschränkt. Die Wahlberechtigten hatten an den Werktagen vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl (also vom 2. bis einschl. 6. September 2013) während der allgemeinen Öffnungszeiten der Gemeindebehörden das Recht, die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu ihrer Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen. Zur Überprüfung der Daten von anderen Personen haben Wahlberechtigte nur dann ein Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht zur Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß der § 21 Absatz 5 Melderechtsrahmengesetz

⁴ Seit der Bundestagswahl 1980 können zur Feststellung des Briefwahlergebnisses Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis auch für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für einzelne Kreise innerhalb eines Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung hierfür trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

entsprechenden Vorschriften der Landesmeldegesetze eingetragen ist. Eine Auskunftssperre im Melderegister wird auf Antrag oder von Amts wegen dann eingetragen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass der/dem Betroffenen oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen kann. Durch das Recht auf Einsichtnahme, auf das die Gemeinden durch öffentliche Bekanntmachung hingewiesen hatten, konnte jede Bürgerin und jeder Bürger feststellen, ob sie oder er für die Bundestagswahl 2013 als wahlberechtigt geführt wurde. Gegen Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses konnte Einspruch bei der Gemeindebehörde erhoben werden.

Für Wahlberechtigte wichtige Termine bei der Bundestagswahl 2013

(Aufnahme in das Wählerverzeichnis bei Neubegründung einer Wohnung, Wahlbenachrichtigung)

Endtermin		Gegenstand
Datum	. . Tag vor der Wahl	
18.8.2013	35.	Stichtag für die Eintragung von Amts wegen aller Wahlberechtigten, die an diesem Tag bei der Meldebehörde gemeldet sind in das Wählerverzeichnis (bei Umzügen innerhalb der Gemeinden erfolgt keine Aufnahme in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks)
1.9.2013	21.	Letzter Tag <ul style="list-style-type: none">• für die Benachrichtigung der Wahlberechtigten über ihre Eintragung ins Wählerverzeichnis• für die Stellung eines Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis durch Wahlberechtigte, die nur auf Antrag eingetragen werden
2.9. – 6.9.2013	20. bis 16.	Zeitraum für die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und des Einspruchs wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses

Über die Eintragung in das Wählerverzeichnis erhielten die Wahlberechtigten bis zum 1. September 2013 (21. Tag vor der Wahl) eine Mitteilung (Wahlbenachrichtigung), auf der unter anderem ihr Familienname und die Vornamen, der Wahlraum und die Wahlzeit sowie die Nummer des/der Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen waren. Die Wahlbenachrichtigung war in der Regel dem Vorstand im Wahlraum vorzulegen. Für Wahlberechtigte, die Briefwahl beantragten, erteilten und übersandten die Gemeindebehörden die Briefwahlunterlagen.

Außerdem hatten die Gemeindebehörden für Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützten, jeweils sogenannte Wahlrechtsbescheinigungen auszustellen. Für Wahlbewerber/-innen mussten sie deren Wahlbarkeit bescheinigen. Die Wahlrechtsbescheinigung ist Teil des Formblatts für eine Unterstützungsunterschrift und weist nach, dass die Person, die einen Wahlvorschlag mit ihrer Unterschrift unterstützt, in dem betreffenden Wahlgebiet wahlberechtigt ist.

Eine bestimmte Anzahl an Unterstützungsunterschriften ist eine der formellen Bedingungen, die Parteien, politische Vereinigungen, Wählerinnen-/Wählergruppen und Einzelbewerberinnen und -bewerber für die Zulassung ihrer Wahlvorschläge bei Europa-

und Bundestagswahlen erfüllen müssen. Bei Bundestagswahlen müssen Parteien, die nicht mit mindestens fünf Abgeordneten im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit der jeweils letzten Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten sind, eine bestimmte Anzahl an Unterstützungsunterschriften für ihre Landeslisten einreichen (von einem Tausendstel der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, maximal jedoch 2 000 Unterschriften je Landesliste). Ebenso müssen Parteien, politische Vereinigungen, Wählerinnen-/Wählergruppen oder Einzelbewerberinnen und -bewerber in den Wahlkreisen für ihre Kreiswahlvorschläge mindestens 200 Unterstützungsunterschriften vorlegen.

Wählbarkeitsbescheinigungen bestätigen, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber am Wahltag Deutsche(r) im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz ist und nicht nach § 15 Absatz 2 des Bundeswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus hatten die Gemeinden die Wahlräume zu bestimmen und einzurichten. Bei der Bundestagswahl 2013 gab es insgesamt 73 522 Urnen- und 14 349 Briefwahlbezirke, wobei die einzelnen Wahlbezirke nach den örtlichen Verhältnissen so abzugrenzen waren, dass möglichst allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl erleichtert wird. Nach § 12 Bundeswahlordnung sollte kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner/-innen umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten darf andererseits aber auch nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Die Kreiswahlleitung konnte daher bevölkerungsmäßig kleine Gemeinden oder Teile von Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigen. Dabei bestimmte sie, welche Gemeinde die Wahl durchführt.

Eine schwierige Aufgabe für die Gemeinden ist vor jeder Bundestagswahl die Gewinnung einer ausreichend großen Zahl ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger für die Wahlvorstände in den Wahlräumen, die sich jeweils aus dem Wahlvorsteher bzw. der Wahlvorsteherin und seiner bzw. ihrer Stellvertretung sowie weiteren drei bis sieben Beisitzerinnen/Beisitzern zusammensetzen. Hierfür werden etwa 630 000 Bürgerinnen und Bürger benötigt.

Zur Erleichterung für die Gemeinden bei der Gewinnung von Wahlvorständen wurden durch das 15. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 27. April 2001 (BGBl. I S. 698) die gesetzlichen Voraussetzungen für das Anlegen von Wahlhelferdateien geschaffen. Auf Ersuchen der Gemeindebehörden sind die Behörden des Bundes, der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts verpflichtet, aus dem Kreis ihrer Bediensteten unter Angabe von Name, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift zum Zweck der Berufung als Mitglieder der Wahlvorstände Personen zu benennen, die im Gebiet der ersuchenden Gemeinde wohnen.

Aufgaben und Termine der Wahlorgane ergeben sich im Einzelnen aus nachfolgender Übersicht. So hatten z. B. diejenigen Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren und an der Bundestagswahl 2013 teilnehmen wollten, dem Bundeswahlleiter bis spätestens zum 97. Tag vor der Wahl, d. h. bis zum 5. Juli 2013, ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes, darunter der Unterschrift der bzw. des Vorsitzenden oder einer Stellvertretung, anzuzeigen. Die schriftliche Satzung, das Programm und ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Bundesvorstandes waren beizufügen. Hatte eine Partei keinen Bundesvorstand, so trat der Vorstand der jeweils obersten Parteiorganisation an die Stelle des Bundesvorstandes.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Aufgaben und Termine der Wahlorgane bei der Bundestagswahl 2013

Endtermin		Gegenstand
Datum	. . Tag vor der Wahl	
		a) Bundeswahlausschuss/Bundeswahlleiter
17.6.2013, 18.00 Uhr	97.	Letzter Tag für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl beim Bundeswahlleiter durch Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren
5.7.2013	79.	Letzter Tag für die Feststellung und Bekanntgabe, <ul style="list-style-type: none"> • welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren • welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind
1.8.2013	52.	Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste
		b) Kreis- und Landeswahlausschüsse/ Kreis- und Landeswahlleitungen
15.7.2013, 18.00 Uhr	69.	Letzter Tag für die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen bei der Kreiswahlleitung und von Landeslisten bei der Landeswahlleitung
26.7.2013	58.	Fristablauf <ul style="list-style-type: none"> • für die Zurücknahme oder Änderung eines Wahlvorschlages • für die Beseitigung von Mängeln des Wahlvorschlages, die seine Gültigkeit nicht berühren Entscheidung über die Zulassung <ul style="list-style-type: none"> • der Kreiswahlvorschläge durch den jeweiligen Kreiswahlausschuss • der Landeslisten durch den jeweiligen Landeswahlausschuss
1.8.2013	52.	Letzter Tag für die Entscheidung der Landeswahlausschüsse über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlages

Neben den Aufgaben der Wahlorgane kommt es dem Bundesverfassungsgericht zu, über Beschwerden von Parteien oder Vereinigungen gegen die Ablehnung der Anerkennung als Partei durch den Bundeswahlausschuss zu entscheiden. Gemäß § 18 Absatz 4a Bundeswahlgesetz können diese Beschwerden binnen vier Tagen nach Bekanntgabe erhoben werden. In diesem Fall ist die Partei oder Vereinigung von den Wahlorganen bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, längstens bis zum Ablauf des 59. Tages vor der Wahl, wie eine wahlvorschlagsberechtigte Partei zu behandeln.

Der Bundeswahlausschuss⁵ hatte in seiner Sitzung am 4. und 5. Juli 2013 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, welche politischen Vereinigungen für die Bundestagswahl 2013 als Parteien anzuerkennen waren und sich infolgedessen als solche auch mit Landeslisten (und Kreiswahlvorschlägen) an der Bundestagswahl beteiligen konnten. Der Bundeswahlausschuss war im Vorfeld der Wahl auch die letzte Entscheidungsinstanz, wenn eine Partei gegen die Zurückweisung ihrer Landesliste oder eine Landeswahlleitung gegen die Zurückweisung bzw. Zulassung einer Landesliste durch den zuständigen Landeswahlausschuss Beschwerde eingelegt hatte. Diese Entscheidungen mussten grundsätzlich spätestens am 52. Tag vor der Wahl (1. August 2013) getroffen sein.

Den Kreiswahlleitungen waren grundsätzlich spätestens am 69. Tag vor der Wahl (15. Juli 2013) bis 18.00 Uhr die Kreiswahlvorschläge für die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten und den Landeswahlleitungen bis zum gleichen Zeitpunkt die Landeslistenvorschläge der Parteien einzureichen. Aufgabe der Kreis- und Landeswahlleitungen war es dann u. a., vorzuprüfen, ob

- die Zustimmungserklärungen der Bewerberinnen und Bewerber für ihre Kandidatur vorlagen,
- die Bewerberinnen und Bewerber wählbar waren,
- die Bewerberinnen und Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt wurden,
- die gegebenenfalls beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in ausreichender Zahl und der vorgeschriebenen Form eingereicht wurden und
- für jede Unterschrift auch eine Wahlrechtsbescheinigung vorlag.

Die Landes- und Kreiswahlleitungen hatten darauf hinzuwirken, dass die bei der Vorprüfung festgestellten Mängel beseitigt wurden. Damit bereiteten sie zugleich die Sitzungen der Wahlausschüsse vor, die grundsätzlich am 58. Tag vor der Wahl (26. Juli 2013) über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten zu entscheiden hatten.

Den Wahlorganen oblag auch die Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses für ihr jeweiliges Wahlgebiet sowie die Bekanntgabe und Weitermeldung der Ergebnisse. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk durch den Wahlvorstand meldete der/die Wahlvorsteher/-in dieses auf dem schnellsten Weg (z. B. telefonisch oder auf elektronischem Weg) der Gemeindebehörde. Diese fasste die aus den Wahlbezirken eingegangenen Meldungen zu einem Gemeindeergebnis zusammen und meldete dieses der Kreiswahlleitung. Diese leitete das Wahlkreisergebnis wiederum an die Landeswahlleitung weiter, welche die Wahlkreisergebnisse und, nach Vorliegen aller Wahlkreisergebnisse des Landes, das Landesergebnis dem Bundeswahlleiter mitteilte. Der Bundeswahlleiter ermittelte das vorläufige amtliche Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet und gab es noch in der Wahlnacht bekannt.

⁵ Der Bundeswahlausschuss besteht aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und acht von ihm auf Vorschlag der Parteien berufenen Beisitzerinnen und Beisitzern sowie zwei Richter/-innen des Bundesverwaltungsgerichts. Für die Ablehnung der Anerkennung als Partei für die Wahl ist im Bundeswahlausschuss eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Bei den so genannten „Schnellmeldungen“ trafen die ersten Wahlergebnisse aus den Wahlkreisen 227 (Deggendorf) und 240 (Kulmbach) um 20.35 Uhr ein. Bis 24.00 Uhr lagen dem Bundeswahlleiter bereits die Ergebnisse von 254 Wahlkreisen vor. Die letzten Wahlkreise 18 (Hamburg-Mitte) und 80 (Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf) gingen am 23. September 2013 um 1.34 Uhr ein. Das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag lag um 3.15 Uhr vor.

Zu welcher Uhrzeit die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise eingingen und bis wann jeweils alle Wahlkreisergebnisse der Länder vorlagen, damit Landesergebnisse berechnet werden konnten, sagt Tabelle 4 aus.

Tabelle 4: Wahlkreise in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldungen beim Bundeswahlleiter

Uhrzeit	Vorliegende Meldungen insgesamt	Eingang erste und letzte Ergebnisse der Wahlkreise	Landesergebnis (mit Nummer des letzten Wahlkreises)
22. September 2013			
20.35	2	227 Deggendorf 240 Kulmbach	
20.37	3	254 Donau-Ries	
20.40	4	239 Hof	
20.43	5	231 Straubing	
20.44	6	234 Schwandorf	
20.47	7	242 Erlangen	
20.50	8	211 Pirmasens	
20.55	13	149 Olpe – Märkischer Kreis I 214 Erding – Ebersberg 229 Passau 230 Rottal-Inn 270 Aalen – Heidenheim	
20.57 – 21.15	26		
21.16 – 21.30	50		
21.31 – 21.45	69		
21.46 – 22.00	103		Saarland (299)
22.01 – 22.15	134		
22.16 – 22.30	159		
22.31 – 22.45	187		Rheinland-Pfalz (203)
22.46 – 23.00	204		
23.01 – 23.15	228		
23.16 – 23.30	237		Thüringen (194)
23.31 – 23.45	248		
23.46 – 24.00	254		Baden-Württemberg (264)
23. September 2013			
00.01 – 00.15	270		Bayern (243), Schleswig-Holstein (10)
00.16 – 00.30	283		Sachsen-Anhalt (69), Mecklenburg-Vorpommern (16)
00.31 – 00.45	287		Niedersachsen (42), Brandenburg (59)
00.46 – 01.00	291		
01.01 – 01.06	293		Sachsen (164)
01.17	295	83 Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost 179 Wiesbaden	Nordrhein-Westfalen (116)
01.27	296	55 Bremen II – Bremerhaven	Bremen (55)
01.33	297	86 Berlin-Lichtenberg	
01.34	299	18 Hamburg-Mitte 80 Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	Hamburg (18)
01.38			Berlin (80)
01.43			Hessen (179)

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse war Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses nach Prüfung der Wahl-niederschriften durch die jeweilige Wahlleitung.

Die Kreiswahlausschüsse sind berechtigt, Feststellungen der Wahlvorstände zu berich-tigen und dabei auch über die Gültigkeit abgegebener Stimmen abweichend zu be-schließen (§ 76 Bundeswahlordnung). Weiterhin dürfen die Landeswahlausschüsse rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Wahlvorstände und der Kreis-wahlausschüsse vornehmen (§ 77 Bundeswahlordnung). Der Bundeswahlausschuss hat seit der Bundestagswahl 1987 die Befugnis, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Landeswahlausschüsse vorzunehmen (§ 78 Bundeswahlordnung).

Die Kreiswahlausschüsse haben für die 299 Wahlkreise in der Zeit vom 25. September bis 2. Oktober 2013 die endgültigen Wahlergebnisse festgestellt (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl 2013 durch die Kreiswahlausschüsse

Land	Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses durch die Kreiswahlausschüsse am ...				
	25.9.	26.9.	27.9.	30.9.	2.10.
	3.	4.	5.	8.	10.
	Tag nach der Wahl				
	Für ... Wahlkreise				
Schleswig-Holstein	1	7	3	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	–	5	1	–	–
Hamburg	–	–	6	–	–
Niedersachsen	3	24	3	–	–
Bremen	–	–	–	2	–
Brandenburg	–	4	5	1	–
Sachsen-Anhalt	–	7	2	–	–
Berlin	1	1	2	8	–
Nordrhein-Westfalen	20	24	17	3	–
Sachsen	3	3	10	–	–
Hessen	–	4	15	2	1
Thüringen	1	3	5	–	–
Rheinland-Pfalz	3	9	3	–	–
Bayern	24	21	–	–	–
Baden-Württemberg	5	21	12	–	–
Saarland	–	2	2	–	–
Deutschland ...	61	135	86	16	1

Gemäß § 8 Absatz 2 Bundeswahlgesetz kann für mehrere benachbarte Wahlkreise eine gemeinsame Kreiswahlleitung und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet werden. Die Anordnung hierzu trifft die Landeswahlleitung. Diese Vorschrift fand bei den in der folgenden Tabelle 6 aufgeführten Wahlkreisen Anwendung.

Die Landeswahlausschüsse stellten die Zweitstimmenergebnisse für das jeweilige Land fest:

am 2.10.2013 in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen

sowie

am 4.10.2013 in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Tabelle 6: Wahlkreise mit gemeinsamer Kreiswahlleitung

Nr.	Gemeinsame Kreiswahlleitungen Nr. und Namen der Wahlkreise	Nr.	Gemeinsame Kreiswahlleitungen Nr. und Namen der Wahlkreise
1	41 Stadt Hannover I 42 Stadt Hannover II	14	152 Leipzig I 153 Leipzig II
2	43 Hannover-Land I 47 Hannover-Land II	15	159 Dresden I 160 Dresden II – Bautzen II
3	54 Bremen I 55 Bremen II – Bremerhaven	16	163 Chemnitzer Umland – Erzgebirgs- kreis II
4	93 Köln I 94 Köln II 95 Köln III	164	Erzgebirgskreis I
5	97 Rhein-Sieg-Kreis I 98 Rhein-Sieg-Kreis II	17	175 Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten
6	104 Mettmann I 105 Mettmann II	18	180 Hanau 182 Frankfurt am Main I 183 Frankfurt am Main II
7	106 Düsseldorf I 107 Düsseldorf II	19	218 München-Nord 219 München-Ost 220 München-Süd
8	110 Krefeld I – Neuss II 114 Krefeld II – Wesel II	221	München-West/Mitte
9	115 Duisburg I 116 Duisburg II	20	244 Nürnberg-Nord 245 Nürnberg-Süd
10	119 Essen II 120 Essen III	21	258 Stuttgart I 259 Stuttgart II
11	121 Recklinghausen I 122 Recklinghausen II	22	261 Esslingen 262 Nürtingen
12	124 Steinfurt I – Borken I 128 Steinfurt III	23	265 Ludwigsburg 266 Neckar-Zaber
13	142 Dortmund I 143 Dortmund II	24	269 Backnang – Schwäbisch Gmünd 270 Aalen – Heidenheim
		25	272 Karlsruhe-Land 278 Bruchsal – Schwetzingen

Der Bundeswahlausschuss stellte das endgültige Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet am 9. Oktober 2013 fest. Neben der Zahl der Wahlberechtigten, der Wählerinnen und Wähler und der abgegebenen Stimmen im Bund und in den Ländern stellte der Bundeswahlausschuss auch die Namen der Bewerberinnen und Bewerber fest, die über die Landeslisten gewählt waren. Die Benachrichtigung dieser Gewählten erfolgte durch die Landeswahlleitungen, die Benachrichtigung der gewählten Wahlkreisabgeordneten durch die Kreiswahlleitungen.

Die von den Wahlausschüssen festgestellten und von den Kreiswahlleitungen, Landeswahlleitungen und dem Bundeswahlleiter öffentlich bekannt gemachten Ergebnisse können noch im Wahlprüfungsverfahren geändert werden.

Eine Wahlprüfung wird nur auf Einspruch durchgeführt und obliegt dem Deutschen Bundestag selbst (Artikel 41 Grundgesetz). Näheres regelt das Wahlprüfungsgesetz. Ein Einspruch muss beim Deutschen Bundestag binnen zwei Monaten nach dem Wahltag eingegangen sein. Einspruch kann jede/-r Wahlberechtigte, jede Gruppe von Wahlberechtigten und in amtlicher Eigenschaft der Bundeswahlleiter, die Landeswahlleitungen

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

und der Präsident des Deutschen Bundestages schriftlich einlegen. Laut § 81 Absatz 1 Bundeswahlordnung sind der Bundeswahlleiter und die Landeswahlleitungen gesetzlich dazu verpflichtet, zu prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung durchgeführt worden ist und gegebenenfalls Einspruch zu erheben. Der Einspruch ist zu begründen. Gegen die Entscheidung des Deutschen Bundestages kann innerhalb von zwei Monaten Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben werden. War es hierfür ehemals erforderlich, dass der Beschwerde 100 Wahlberechtigte beitreten, wurde dieses Quorum mit dem Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen vom 12. Juli 2012 (BGBl. I S. 1501) aufgehoben.

2 Wahlberechtigte, Wähler/-innen und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 2013 waren 61,9 Millionen Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler betrug 44,3 Millionen. Daraus ergab sich eine Wahlbeteiligung von 71,5 %. Sie lag damit um 0,7 Prozentpunkte leicht über der von 2009 (70,8 %) und um 6,2 Prozentpunkte unter der von 2005 (77,7 %). In acht Ländern lag die Wahlbeteiligung über dem Bundesdurchschnitt, und zwar in Baden-Württemberg mit 74,3 %, in Niedersachsen mit 73,4 %, in Hessen mit 73,2 %, in Schleswig-Holstein mit 73,1 %, in Rheinland-Pfalz mit 72,8 % sowie im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin mit jeweils 72,5 %. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 62,1 % und 70,3 %. Die niedrigste Wahlbeteiligung war in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung, wie bereits seit der Bundestagswahl 2002, unter dem Bundesdurchschnitt (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Ländern seit 2002
in %

Land	Wahlbeteiligung			
	2013	2009	2005	2002
Baden-Württemberg	74,3	72,4	78,7	81,1
Bayern	70,0	71,6	77,9	81,5
Berlin	72,5	70,9	77,4	77,6
Brandenburg	68,4	67,0	74,9	73,7
Bremen	68,8	70,3	75,5	78,8
Hamburg	70,3	71,3	77,5	79,6
Hessen	73,2	73,8	78,7	80,1
Mecklenburg-Vorpommern	65,3	63,0	71,2	70,6
Niedersachsen	73,4	73,3	79,4	81,0
Nordrhein-Westfalen	72,5	71,4	78,3	80,3
Rheinland-Pfalz	72,8	72,0	78,7	80,0
Saarland	72,5	73,7	79,4	80,0
Sachsen	69,5	65,0	75,7	73,7
Sachsen-Anhalt	62,1	60,5	71,0	68,8
Schleswig-Holstein	73,1	73,6	79,1	80,7
Thüringen	68,2	65,2	75,5	74,8
Deutschland	71,5	70,8	77,7	79,1

Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch sogenannte Auslandsdeutsche wahlberechtigt⁶. Da sie jedoch nicht mehr über einen Wohnsitz im Inland verfügen und daher nicht automatisch auf der Grundlage der Melderegister in das Wählerverzeichnis der Wohngemeinde eingetragen werden, müssen Auslandsdeutsche einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen. Für die dauerhaft im Ausland lebenden Deutschen kam für die Bundestagswahl 2013 eine geänderte Regelung zur Anwendung. Im überwiegenden Teil der Fälle ist der Antrag an die Gemeinde zu richten, in der die oder der Auslandsdeutsche zuletzt gewohnt hat. Nach Antragstellung prüft die Gemeinde das Vorliegen der für die Wahlberechtigung erforderlichen Voraussetzungen und übersendet sodann die Briefwahlunterlagen.

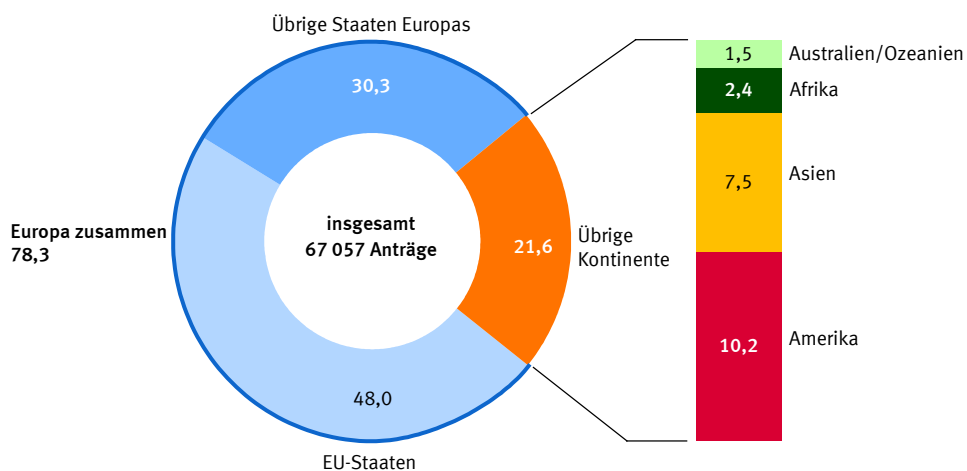
⁶ Zu den gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelnen siehe Gisart, B.: „Grundlagen und Daten der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013“ in *Wirtschaft und Statistik*, 8/2013, S. 528 ff., hier: S. 533.

2 Wahlberechtigte, Wähler/-innen und Wahlbeteiligung

In diesem Bundestagswahljahr waren 67 057 Anträge von Auslandsdeutschen zu verzeichnen. Aus den Staaten der Europäischen Union (ohne Kroatien) wurden 32 212 und aus den übrigen Europaratsstaaten 20 209 Anträge auf Eintragung in die Wählerverzeichnisse gestellt; aus den restlichen Staaten Europas haben lediglich 122 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus den Ländern Afrikas haben 1 642, aus denen Amerikas 6 833, aus denen Asiens 5 024 und aus denen Ozeaniens und Australiens 1 015 Deutsche entsprechende Anträge gestellt (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1

Im Wählerverzeichnis eingetragene Deutsche im Ausland bei der Bundestagswahl 2013
nach Kontinenten in %



Der Bundeswahlleiter

Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949 hat sich im Verlauf folgendermaßen entwickelt:

Bundestagswahl am ...	Wahlbeteiligung in %	Bundestagswahl am ...	Wahlbeteiligung in %
14.8.1949	78,5	6.3.1983	89,1
6.9.1953	86,0	25.1.1987	84,3
15.9.1957	87,8	2.12.1990	77,8
17.9.1961	87,7	16.10.1994	79,0
19.9.1965	86,8	27.9.1998	82,2
28.9.1969	86,7	22.9.2002	79,1
19.11.1972	91,1	18.9.2005	77,7
3.10.1976	90,7	27.9.2009	70,8
5.10.1980	88,6	22.9.2013	71,5

Der Wahlkreis mit der höchsten Zahl von Wahlberechtigten war bei der Bundestagswahl 2013 der hamburgische Wahlkreis 18 (Hamburg-Mitte) mit 256 862 Wahlberechtigten; derjenige mit der niedrigsten Zahl von Wahlberechtigten war der bayrische Wahlkreis 227 (Deggendorf) mit 155 082 Wahlberechtigten (siehe Tabelle 8).

2 Wahlberechtigte, Wähler/-innen und Wahlbeteiligung

Tabelle 8: Die zehn Wahlkreise mit der höchsten und geringsten Zahl von Wahlberechtigten 2013

Nr.	Höchste Zahl von Wahlberechtigten			Nr.	Niedrigste Zahl von Wahlberechtigten		
	Wahlkreis	Land	Anzahl		Wahlkreis	Land	Anzahl
18	Hamburg-Mitte	HH	256 862	227	Deggendorf	BY	155 082
54	Bremen I	HB	256 547	238	Coburg	BY	160 103
206	Mainz	RP	256 317	57	Uckermark – Barnim I	BB	160 234
217	Ingolstadt	BY	254 661	56	Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I	BB	162 624
243	Fürth	BY	253 603	230	Rottal-Inn	BY	163 308
226	Weilheim	BY	252 724	292	Biberach	BW	163 772
59	Märkisch-Oderland – Barnim II	BB	251 583	237	Bayreuth	BY	164 828
228	Landshut	BY	251 273	105	Mettmann II	NW	165 493
216	Fürstenfeldbruck	BY	251 146	116	Duisburg II	NW	166 103
58	Oberhavel – Havelland II	BB	250 706	286	Schwarzwald-Baar	BW	166 191

Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber der Bundestagswahl 2009 um 0,7 Prozentpunkte. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung wird auch bei der Betrachtung der Wahlkreise deutlich, wie aus Tabelle 9 hervorgeht. Wie schon 2009 gab es auch bei der Bundestagswahl 2013 keine Wahlkreise mit einer Wahlbeteiligung von mehr als 80 % (2005 waren es noch 61, 2002 sogar 162). 212 Wahlkreise wiesen eine Wahlbeteiligung von 70 % oder mehr auf, 87 Wahlkreise lagen unter dieser Marke.

Tabelle 9: Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen seit 1990

Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise nach Wahlbeteiligung						
	2013	2009	2005	2002	1998	1994	1990
< 56	–	–	–	–	–	–	–
56 – 58	–	1	–	–	–	–	–
58 – 60	2	4	–	–	–	–	–
60 – 62	3	7	–	–	–	–	–
62 – 64	10	15	–	–	–	–	–
64 – 66	16	24	–	1	–	–	1
66 – 68	16	17	–	1	–	3	–
68 – 70	40	31	3	9	–	11	10
70 – 72	66	61	16	10	–	22	20
72 – 74	66	75	19	17	2	20	29
74 – 76	50	40	36	26	5	28	51
76 – 78	21	20	78	20	26	41	53
78 – 80	9	4	86	53	46	43	61
80 – 82	–	–	49	104	57	69	63
82 – 84	–	–	12	46	95	67	29
84 – 86	–	–	–	11	82	23	8
86 – 88	–	–	–	1	15	1	2
≥ 88	–	–	–	–	–	–	1
Insgesamt	299	299	299	299	328	328	328

2 Wahlberechtigte, Wähler/-innen und Wahlbeteiligung

Die Namen der Wahlkreise mit der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung enthält Tabelle 10. Vier der zehn Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung liegen in Nordrhein-Westfalen, drei in Baden-Württemberg sowie jeweils einer in Berlin, Hessen und Niedersachsen. Sechs der zehn Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung liegen in Sachsen-Anhalt, zwei in Bayern sowie je einer in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

Tabelle 10: Die zehn Wahlkreise mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013

Nr.	Höchste Zahl der Wahlbeteiligung			Nr.	Niedrigste Zahl der Wahlbeteiligung		
	Wahlkreis	Land	Wahlbeteiligung in %		Wahlkreis	Land	Wahlbeteiligung in %
79	Berlin-Steglitz-Zehlendorf	BE	79,8	68	Harz	ST	58,9
258	Stuttgart I	BW	79,8	71	Anhalt	ST	59,4
129	Münster	NW	79,1	227	Deggendorf	BY	60,6
94	Köln II	NW	79,0	74	Mansfeld	ST	61,1
181	Main-Taunus	HE	78,9	73	Burgenland – Saalekreis	ST	61,6
127	Coesfeld – Steinfurt II	NW	78,5	67	Börde – Jerichower Land	ST	62,2
36	Harburg	NI	78,4	66	Altmark	ST	62,6
100	Rheinisch-Bergischer Kreis	NW	78,2	17	Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III	MV	62,6
266	Neckar-Zaber	BW	78,1	57	Uckermark – Barnim I	BB	62,8
274	Heidelberg	BW	77,9	229	Passau	BY	63,0

Das amtliche Ergebnis zeigt, dass sich im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-West mehr Wahlberechtigte an der Wahl beteiligten (72,4 %) als in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost (67,6 %). Der Abstand, der bei der Bundestagswahl 2009 noch 7,5 Prozentpunkte betrug, fiel somit auf 4,8 Prozentpunkte.

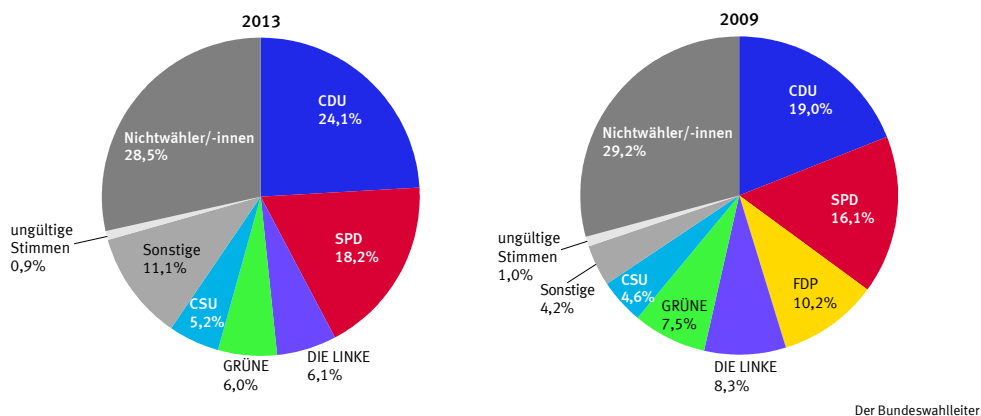
Historisch bedingt ist ein langfristiger Vergleich der Beteiligung an Bundestagswahlen nur für die Stimmen des früheren Bundesgebietes ohne Berlin-West möglich. Der seit 1983 abwärts gerichtete Trend der Wahlbeteiligung hat sich von 1987 bis 1990 noch beschleunigt. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 wurde in den alten Bundesländern nur noch eine Wahlbeteiligung von 78,4 % erzielt. Damit war der Tiefpunkt im Vergleich der vier Bundestagswahlen von 1980 bis 1990 (1980: 88,6 %; 1983: 89,1 %; 1987: 84,3 %) erreicht. Der Rückgang der Wahlbeteiligung im Vergleich 1987 zu 1983 lag bei rund fünf, zwischen 1990 und 1987 sogar bei fast sieben Prozentpunkten. Bei der Bundestagswahl 1994 betrug die Wahlbeteiligung für die alten Bundesländer ohne Berlin 80,6 %, 1998 war mit 82,8 % das Ergebnis von 1987 annähernd wieder erreicht. Nachdem die Wahlbeteiligung seit 2002 stetig gesunken war, blieb sie bei der Bundestagswahl 2013 mit 72,4 % im Vergleich zu 2009 (72,2 %) nahezu konstant.

Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler wächst auf 29 % an

Der Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler an den Wahlberechtigten ist gegenüber der Bundestagswahl 2009 nach dem amtlichen Endergebnis von 29,2 % auf 28,5 % gesunken. Er lag um 4,4 Prozentpunkte über dem Anteil der Stimmen, die die CDU mit 24,1 % als stärkste Partei ausschöpfen konnte (siehe Schaubild 2). 17,6 Millionen Wahlberechtigte haben somit auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichtet.

Schaubild 2

Ausschöpfungsquoten der im jeweiligen Bundestag vertretenen Parteien und Anteil der Nichtwähler/-innen bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009



3 Ungültige Stimmen

Gemäß § 39 Bundeswahlgesetz sind Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel

- nicht amtlich hergestellt ist,
- keine Kennzeichnung enthält,
- für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
- den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
- einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den ersten beiden Fällen sind beide Stimmen ungültig; im Fall des dritten Punktes ist nur die Erststimme ungültig, wenn der Stimmzettel für einen anderen Wahlkreis in demselben Land gültig ist. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht im amtlichen Stimmzettelumschlag oder in einem Stimmzettelumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung aus diesen Gründen nicht erfolgt ist.

Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig. Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen. Ist der Stimmzettelumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Diese Fallgestaltungen konnten nur bei der Briefwahl vorkommen, da seit der Bundestagswahl 2002 für die Urnenwahl keine Wahlumschläge mehr verwendet werden.

Bei der Bundestagswahl 2013 waren 684 883 Erststimmen, das sind 1,5 % der abgegebenen Stimmen, und 583 069 Zweitstimmen, die 1,3 % der insgesamt abgegebenen Stimmen entsprechen, ungültig. Die Zahlen sind somit seit der Bundestagswahl 1972 auf niedrigem Niveau annähernd konstant (siehe Tabelle 11 und Schaubild 3).

Tabelle 11: Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen seit 1953

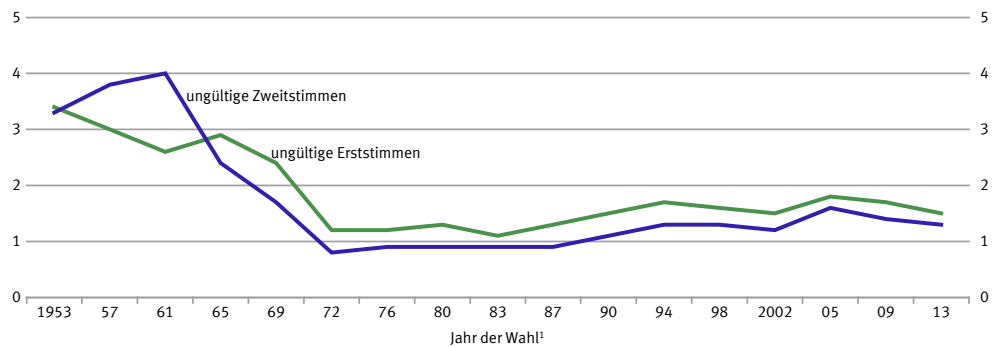
Wahljahr ¹	Ungültige Stimmen			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	In %	Anzahl	In %
1953 ²	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8
1976	470 109	1,2	343 253	0,9
1980	485 645	1,3	353 195	0,9
1983	434 176	1,1	338 841	0,9
1987	482 481	1,3	357 975	0,9
1990	720 990	1,5	540 143	1,1
1994	788 643	1,7	632 825	1,3
1998	780 507	1,6	638 575	1,3
2002	741 037	1,5	586 281	1,2
2005	850 072	1,8	756 146	1,6
2009	757 575	1,7	634 385	1,4
2013	684 883	1,5	583 069	1,3

¹ Ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

² Ohne das Saarland.

Schaubild 3

Ungültige Stimmabgabe der Wähler/-innen seit 1953 in %



¹ 1953: Ohne Saarland. Ab 1990: Nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Der Bundeswahlleiter

Die höchsten Anteile ungültiger Stimmen bei der Bundestagswahl 2013 hatte Hessen mit 2,8 % der Erst- und 2,6 % der Zweitstimmen zu verzeichnen. Über der 2 %-Marke lagen bei den ungültigen Erststimmen außerdem das Saarland (2,7 %), Rheinland-Pfalz (2,3 %) und Brandenburg (2,1 %). Bei den ungültigen Zweitstimmen lag neben Hessen nur das Saarland mit 2,6 % über der 2 %-Marke.

4 Gültige Erststimmen

4.1 Parteien

Bei der Bundestagswahl 2013 wurden insgesamt 43 625 042 gültige Erststimmen (2009: 43 248 000) abgegeben. Diese entscheiden darüber, welche Wahlkreisabgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen. Vergleicht man die Erststimmen der CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2009, so haben die CDU 5,2 und die CSU 0,7 Prozentpunkte sowie die SPD 1,5 Prozentpunkte gewonnen⁷. Die FDP hat mit 7,1 Prozentpunkten den größten Verlust an Erststimmen gegenüber der Bundestagswahl 2009 zu verzeichnen, DIE LINKE und die GRÜNEN verloren 2,9 bzw. 1,9 Prozentpunkte an Erststimmen. Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass die SPD in den Wahlkreisen des früheren Bundesgebietes mit 31,5 % einen um 11,9 Prozentpunkte höheren Erststimmenanteil erzielte als in den Wahlkreisen der neuen Länder und Berlin-Ost (19,6 %). Hingegen verzeichnet DIE LINKE in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 24,4 % einen deutlich höheren Erststimmenanteil als im früheren Bundesgebiet, wo sie nur 4,7 % erzielte. Weitere Einzelheiten zum Vergleich der neuen und alten Bundesländer sind Tabelle 23 zu entnehmen.

Wie Tabelle 12 zeigt, erzielte die CDU 1 311 765 mehr Erststimmen als sie Zweitstimmen erhalten hat (+ 3,1 Prozentpunkte). Auch die SPD hat – ähnlich wie bei früheren Wahlen – bei der Bundestagswahl 2013 mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten (+ 1 591 243 Stimmen). Ihr Erststimmenanteil von 29,4 % lag um 3,7 Prozentpunkte über ihrem Zweitstimmenanteil. Die CSU gewann 300 510 mehr Erst- als Zweitstimmen. Die übrigen Parteien erhielten mehr Zweit- als Erststimmen: Auf die FDP entfielen 1 054 888 mehr Zweit- als Erststimmen (2009 war die Differenz rund 1,2 Millionen Stimmen größer). DIE LINKE erhielt bei der diesjährigen Bundestagswahl 170 521 mehr Zweit- als Erststimmen und damit eine niedrigere Differenz als noch zur Bundestagswahl 2009 (364 809 mehr Zweit- als Erststimmen). Bei den GRÜNEN waren es 513 758 (– 1,2 Prozentpunkte) weniger Erst- als Zweitstimmen. Bei der Bundestagswahl 2009 hatten die GRÜNEN einen um 1,5 Prozentpunkte niedrigeren Erststimmenanteil erzielt.

**Tabelle 12: Differenz Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien
bei der Bundestagswahl 2013**

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz Erst- zu Zweitstimmen	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	Prozentpunkte
CDU	16 233 642	37,2	14 921 877	34,1	+ 1 311 765	+ 3,1
SPD	12 843 458	29,4	11 252 215	25,7	+ 1 591 243	+ 3,7
FDP	1 028 645	2,4	2 083 533	4,8	– 1 054 888	– 2,4
DIE LINKE	3 585 178	8,2	3 755 699	8,6	– 170 521	– 0,4
GRÜNE	3 180 299	7,3	3 694 057	8,4	– 513 758	– 1,2
CSU	3 544 079	8,1	3 243 569	7,4	+ 300 510	+ 0,7
Sonstige	3 209 741	7,4	4 775 906	10,9	– 1 566 165	– 3,6
Insgesamt	43 625 042	100	43 726 856	100	– 101 814	X

⁷ Die Reihenfolge der Parteien im Text und in den Tabellen richtet sich nach ihrer Reihenfolge in der Veröffentlichung des Bundeswahlleiters (Herausgeber): „Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen“, Wiesbaden 2013.

Bei den Bundestagswahlen vor der deutschen Vereinigung hatten – von Sonderfällen abgesehen – nur Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten der SPD, CDU und CSU Aussichten, Wahlkreismandate zu gewinnen. Bei der Bundestagswahl 1990 konnten FDP und PDS in je einem Wahlkreis das Direktmandat erringen. Wie bereits 1994 hatte bei der Bundestagswahl 1998 – außer SPD, CDU und CSU – die PDS vier Direktmandate erhalten, und zwar in den Wahlkreisen 249 (Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg) mit 36,6 %, 258 (Berlin-Friedrichshain – Lichtenberg) mit 42,2 %, 260 (Berlin-Hellersdorf – Marzahn) mit 46,7 % und 261 (Berlin-Hohenschönhausen – Pankow – Weißensee) mit 35,8 % (Wahlkreise jeweils in der Abgrenzung der 1994 bzw. 1998 gültigen Wahlkreiseinteilung). Bei der Bundestagswahl 2002 konnte die PDS nur noch zwei Direktmandate erringen, und zwar in den Wahlkreisen 86 (Berlin-Marzahn – Hellersdorf) mit 37,7 % und 87 (Berlin-Lichtenberg) mit 39,6 %. 2005 gewann DIE LINKE⁸ wieder drei Direktmandate: zu den erneut gewonnenen Wahlkreisen 86 und 87 kam der Wahlkreis 85 (Berlin-Treptow – Köpenick) hinzu. Bei der Bundestagswahl 2009 konnte sich DIE LINKE nicht nur in den Wahlkreisen 85, 86 und 87 erneut behaupten, sondern errang weitere 13 Direktmandate (alle übergegangen von der SPD), davon eines in Mecklenburg-Vorpommern, vier in Brandenburg, fünf in Sachsen-Anhalt, ein weiteres in Berlin und zwei in Thüringen. Bei der Bundestagswahl 2013 musste DIE LINKE wiederum zwölf Direktmandate abgeben, alle an die CDU. Erneut für sich gewinnen konnte sie die vier Wahlkreise in Berlin, die sie auch 2009 erhalten hatte: 76 (Berlin-Pankow) mit 28,3 %, 84 (Berlin-Treptow – Köpenick) mit 42,2 %, 85 (Berlin-Marzahn – Hellersdorf) mit 38,9 % und 86 (Berlin-Lichtenberg) mit 40,3 %.

Wie bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 konnten die GRÜNEN auch 2013 wieder das Wahlkreismandat im Wahlkreis 84 (Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost) erringen, im Vergleich zu 2009 allerdings mit einem um 6,8 Prozentpunkte niedrigeren Erststimmenanteil (39,9 % in 2013 gegenüber 46,7 % in 2009).

Viele Anhänger der übrigen Parteien dürften ihre Erststimme nicht der/dem Wahlkreiskandidatin bzw. -kandidaten ihrer Partei, sondern einem bzw. einer „aussichtsreichen“ Wahlkreisbewerber/-in gegeben haben. Das erklärt teilweise, weshalb die SPD seit 1953 sowie die CDU seit 1957 jeweils mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten haben.

4.2 Im Wahlkreis Gewählte

Die Erststimme entspricht der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler für einen Wahlkreiskandidaten bzw. eine Wahlkreiskandidatin. Gewählt ist, wer in dem jeweiligen Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält (relative Mehrheit). Die Verteilung der gültigen Erststimmenanteile bei den Bundestagswahlen seit 1972 zeigt Schaubild 4.

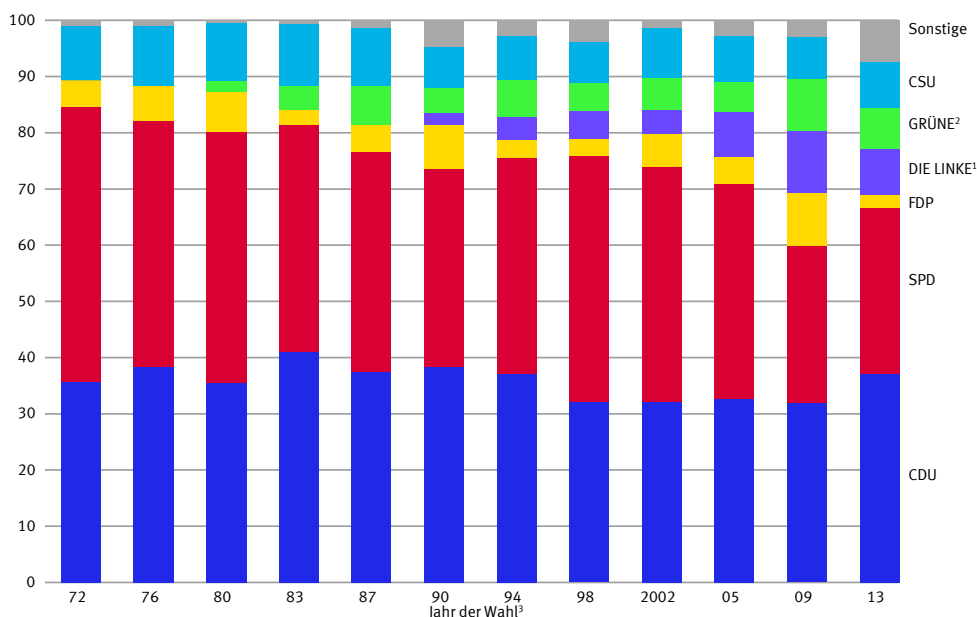
⁸ Bis 17. Juli 2005: PDS.

4 Gültige Erststimmen

Schaubild 4

Gültige Erststimmenanteile seit 1972

in %



¹ Bis 17. Juli 2005: PDS.

² 1990: Einschl. B90/Gr.

³ Ab 1990: Nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Der Bundeswahlleiter

Die CDU hat 191 Wahlkreise gewonnen, auf die SPD entfielen 58 und auf die CSU 45 Wahlkreissitze. DIE LINKE erreichte vier Wahlkreissitze und die GRÜNEN errangen einen Wahlkreissitz (siehe Tabelle 13 und Schaubild 5).

Tabelle 13: Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen ¹ nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten seit 1949

Wahljahr	Wahlkreis- sitze insgesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten						
		CDU	SPD	FDP	DIE LINKE ²	GRÜNE	CSU	Sonstige
1949	242	91	96	12	–	–	24	19 ³
1953	242	130	45	14	–	–	42	11 ⁴
1957	247	147	46	1	–	–	47	6 ⁵
1961	247	114	91	–	–	–	42	–
1965	248	118	94	–	–	–	36	–
1969	248	87	127	–	–	–	34	–
1972	248	65	152	–	–	–	31	–
1976	248	94	114	–	–	–	40	–
1980	248	81	127	–	–	–	40	–
1983	248	136	68	–	–	–	44	–
1987	248	124	79	–	–	–	45	–
1990	328	192	91	1	1	–	43	–
1994	328	177	103	–	4	–	44	–
1998	328	74	212	–	4	–	38	–
2002	299	82	171	–	2	1	43	–
2005	299	106	145	–	3	1	44	–
2009	299	173	64	–	16	1	45	–
2013	299	191	58	–	4	1	45	–

¹ 1949 und 1953 ohne das Saarland; ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

² Bis 17. Juli 2005: PDS.

³ Davon BP: 11, DP: 5, Wählerinnen-/Wählergruppen: 3.

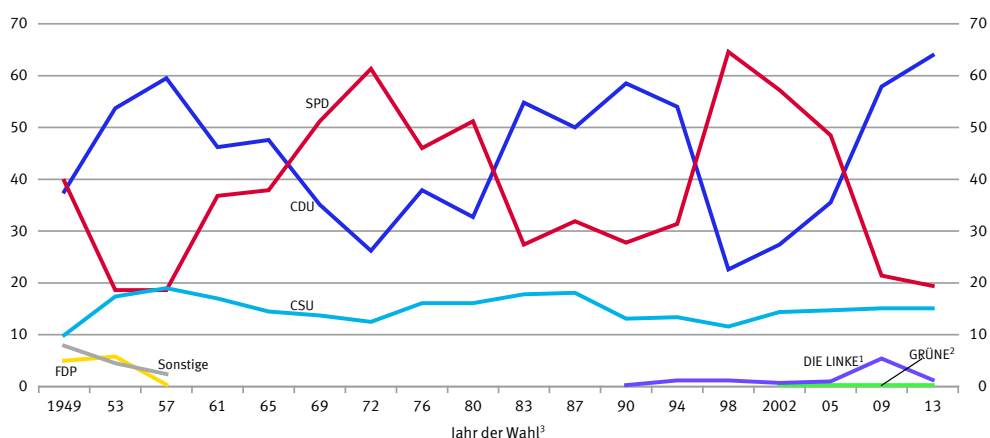
⁴ Davon DP: 10, Zentrum: 1.

⁵ DP.

4 Gültige Erststimmen

Schaubild 5

Anteile der Wahlkreissitze nach Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1949
in %



1 Bis 17. Juli 2005: PDS.
2 1990 einschl. B90/Gr.
3 Ab 1990: Nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Der Bundeswahlleiter

Wie in Tabelle 14 ersichtlich ist, erreichte die CDU fünf ihrer zehn besten Ergebnisse in Baden-Württemberg, zwei in Niedersachsen, zwei in Nordrhein-Westfalen und eins in Hessen. Die SPD konnte acht ihrer zehn besten Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen und zwei weitere in Niedersachsen erzielen. Drei der besten zehn Wahlkreisergebnisse der FDP stammen aus Bayern, zwei weitere aus Nordrhein-Westfalen sowie jeweils eins aus Sachsen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen. DIE LINKE konnte die auf sie entfallenden Erststimmen vor allem in Berlin (vier von zehn Wahlkreisen), Sachsen-Anhalt (drei von zehn), Brandenburg (zwei) und Mecklenburg-Vorpommern (einer) gewinnen. Die GRÜNEN erzielten fünf ihrer zehn besten Erststimmenergebnisse in Berlin, vier in Baden-Württemberg und eins in Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 14: Die 10 Wahlkreise 2013 mit dem jeweils höchsten Erststimmenanteil für CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Erststimmen in %
Nr.	Name		
Höchster Erststimmenanteil für die CDU			
32	Cloppenburg – Vechta	NI	66,3
295	Zollernalb – Sigmaringen	BW	60,7
137	Paderborn – Gütersloh III	NW	59,1
276	Odenwald – Tauber	BW	59,1
31	Mittelems	NI	59,0
292	Biberach	BW	59,0
100	Rheinisch-Bergischer Kreis	NW	58,5
280	Calw	BW	58,5
174	Fulda	HE	58,3
285	Rottweil – Tuttlingen	BW	57,8

4 Gültige Erststimmen

Tabelle 14: Die 10 Wahlkreise 2013 mit dem jeweils höchsten Erststimmenanteil für CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Erststimmen in %
Nr.	Name		
Höchster Erststimmenanteil für die SPD			
123	Gelsenkirchen	NW	50,5
24	Aurich – Emden	NI	50,2
141	Herne – Bochum II	NW	48,7
119	Essen II	NW	48,3
138	Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I	NW	47,1
143	Dortmund II	NW	46,7
144	Unna I	NW	46,7
49	Salzgitter – Wolfenbüttel	NI	46,6
115	Duisburg I	NW	46,6
125	Bottrop – Recklinghausen III	NW	45,8
Höchster Erststimmenanteil für die FDP			
224	Starnberg	BY	7,4
164	Erzgebirgskreis I	SN	6,5
96	Bonn	NW	6,0
279	Pforzheim	BW	5,8
129	Münster	NW	5,7
3	Steinburg – Dithmarschen Süd	SH	5,1
206	Mainz	RP	5,0
241	Ansbach	BY	4,5
181	Main-Taunus	HE	4,3
219	München-Ost	BY	4,1
Höchster Erststimmenanteil für DIE LINKE			
84	Berlin-Treptow-Köpenick	BE	42,2
86	Berlin-Lichtenberg	BE	40,3
85	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	BE	38,9
59	Märkisch-Oderland – Barnim II	BB	32,9
14	Rostock – Landkreis Rostock II	MV	30,7
66	Altmark	ST	30,3
71	Anhalt	ST	28,8
76	Berlin-Pankow	BE	28,3
63	Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	BB	28,0
74	Mansfeld	ST	27,6
Höchster Erststimmenanteil für die GRÜNEN			
83	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	BE	39,9
258	Stuttgart I	BW	27,5
281	Freiburg	BW	20,9
81	Berlin-Tempelhof-Schöneberg	BE	20,4
75	Berlin-Mitte	BE	18,4
290	Tübingen	BW	16,5
76	Berlin-Pankow	BE	14,7
80	Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	BE	14,7
94	Köln II	NW	14,5
259	Stuttgart II	BW	13,9

Tabelle 14: Die 10 Wahlkreise 2013 mit dem jeweils höchsten Erststimmenanteil für CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Erststimmen in %
Nr.	Name		
Höchster Erststimmenanteil für die CSU			
213	Altötting	BY	65,8
225	Traunstein	BY	62,6
217	Ingolstadt	BY	61,5
227	Deggendorf	BY	61,4
231	Straubing	BY	61,2
230	Rottal-Inn	BY	61,1
256	Oberallgäu	BY	60,7
253	Augsburg-Land	BY	60,6
254	Donau-Ries	BY	60,6
229	Passau	BY	59,8

Wie Tabelle 15 zeigt, ging bei der Bundestagswahl 2013 in 11 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit von der SPD an die CDU sowie in fünf Wahlkreisen von der CDU an die SPD über. Von der DIE LINKE wechselten zwölf Wahlkreise an die CDU. 2009 hatte die CDU 173, die SPD 64, die CSU 45, DIE LINKE 16 sowie die GRÜNEN einen Wahlkreissitz erhalten.

Tabelle 15: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2013, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2009 zu 2013 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Anteil der Erststimmen in %						Gewinne/Verluste 2013 gegenüber 2009 in Prozentpunkten		
		CDU		SPD		DIE LINKE				
Nr.	Name	2013	2009 ¹	2013	2009 ¹	2013	2009 ¹	CDU	SPD	DIE LINKE
Übergang von der SPD an die CDU										
43	Hannover-Land I	44,3	38,2	38,5	38,7	X	X	+ 6,1	– 0,2	X
48	Hildesheim	42,3	36,5	41,3	39,0	X	X	+ 5,8	+ 2,2	X
56	Prignitz – Ostprignitz- Ruppin – Havelland I .	33,5	21,9	29,6	32,1	X	X	+ 11,7	– 2,5	X
58	Oberhavel – Havel- land II	37,5	27,7	28,0	29,2	X	X	+ 9,8	– 1,2	X
61	Potsdam – Potsdam- Mittelmark II – Teltow- Fläming II.....	32,6	24,0	32,2	28,7	X	X	+ 8,6	+ 3,5	X
62	Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald- Lausitz I	37,0	24,8	27,2	32,4	X	X	+ 12,2	– 5,3	X
80	Berlin-Charlottenburg- Wilmsdorf	37,1	30,2	31,5	32,0	X	X	+ 6,9	– 0,6	X
120	Essen III	39,5	36,1	39,5	38,6	X	X	+ 3,5	+ 0,8	X
167	Waldeck	41,5	35,3	41,3	37,8	X	X	+ 6,1	+ 3,5	X
207	Worms	42,0	36,0	37,0	37,6	X	X	+ 6,0	– 0,7	X
281	Freiburg	34,9	28,8	30,0	33,0	X	X	+ 6,0	– 3,0	X

1 In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 2013.

4 Gültige Erststimmen

Tabelle 15: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2013, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2009 zu 2013 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Anteil der Erststimmen in %						Gewinne/Verluste 2013 gegenüber 2009 in Prozentpunkten		
		CDU		SPD		DIE LINKE				
Nr.	Name	2013	2009 ¹	2013	2009 ¹	2013	2009 ¹	CDU	SPD	DIE LINKE
Übergang von der CDU an die SPD										
20	Hamburg-Eimsbüttel .	33,3	31,2	37,5	23,8	X	X	+ 2,1	+ 13,7	X
22	Hamburg-Wandsbek .	37,2	36,5	40,0	34,8	X	X	+ 0,7	+ 5,2	X
27	Oldenburg – Ammer- land	36,8	35,5	37,4	31,3	X	X	+ 1,2	+ 6,1	X
82	Berlin-Neukölln	30,6	30,8	32,3	27,3	X	X	– 0,2	+ 5,0	X
132	Bielefeld – Güters- loh II	37,3	36,3	38,1	34,5	X	X	+ 1,0	+ 3,6	X
Übergang von der DIE LINKE an die CDU										
14	Rostock – Landkreis Rostock II	35,1	28,0	X	X	30,7	31,5	+ 7,1	X	– 0,8
57	Uckermark – Barnim I	38,9	25,9	X	X	26,0	32,0	+ 13,0	X	– 6,0
59	Märkisch-Oderland – Barnim II	34,0	23,6	X	X	32,9	37,0	+ 10,4	X	– 4,0
63	Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	33,9	22,4	X	X	28,0	32,3	+ 11,5	X	– 4,3
64	Cottbus – Spree- Neiße.....	35,9	24,1	X	X	20,0	30,0	+ 11,9	X	– 10,0
66	Altmark	42,1	31,2	X	X	30,3	33,4	+ 10,9	X	– 3,1
69	Magdeburg	36,3	30,8	X	X	25,2	32,1	+ 5,5	X	– 6,9
71	Anhalt	41,0	31,5	X	X	28,8	31,5	+ 9,5	X	– 2,7
72	Halle	36,3	30,9	X	X	25,5	33,7	+ 5,4	X	– 8,2
74	Mansfeld	41,9	32,2	X	X	27,6	35,2	+ 9,8	X	– 7,6
194	Gera – Jena – Saale- Holzland-Kreis	36,1	28,7	X	X	27,0	30,4	+ 7,4	X	– 3,4
197	Suhl – Schmalkalden- Meiningen – Hildburg- hausen	42,0	30,8	X	X	27,3	32,2	+ 11,2	X	– 4,8

1 In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 2013.

Die CDU gewann von ihren 191 Wahlkreisen 63 mit absoluter Mehrheit (siehe Tabelle 16). Im Wahlkreis 32 (Cloppenburg – Vechta) errang sie mit 66,3 % ihren höchsten Erststimmenanteil. 30 ihrer Wahlkreisgewinner/-innen konnten mit Stimmen von weniger als 40 % der Wählerinnen und Wähler ihr Mandat gewinnen. Mit nur 32,6 % der gültigen Erststimmen siegte die CDU-Kandidatin im Wahlkreis 61 (Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II). Insgesamt fielen 63,9 % aller Wahlkreise der CDU zu. In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg und dem Saarland gewann sie alle Wahlkreise, in Bremen dagegen keinen Wahlkreis.

Von ihren 58 Wahlkreisen hat die SPD zwei mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 123 (Gelsenkirchen) errang ihr Wahlkreisbewerber 50,5 % der gültigen Erststimmen. In 14 Wahlkreisen benötigten ihre Bewerber/-innen weniger als 40 % der gültigen Erststimmen für den Sieg im Wahlkreis. Im Wahlkreis 75 (Berlin-Mitte) genügten zur

Erringung des Wahlkreissitzes bereits 28,3 % der Erststimmen. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland konnte die SPD keinen Wahlkreis gewinnen; in Bremen gewann sie alle Wahlkreise, in Hamburg fünf von sechs.

Die CSU hat in Bayern alle 45 Wahlkreise gewonnen, davon 34 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 213 (Altötting) erreichte sie mit 65,8 % ihren höchsten Erststimmenanteil. Im Wahlkreis 244 (Nürnberg-Nord) errang die CSU mit 39,4 % das Direktmandat. Dies war ihr niedrigstes Ergebnis für einen Wahlkreisgewinn.

DIE LINKE gewann alle ihre vier Wahlkreise in Berlin. Ihr bestes Wahlkreisergebnis erzielte sie im Wahlkreis 84 (Berlin-Treptow – Köpenick) mit 42,2 %; im Wahlkreis 76 (Berlin-Pankow) reichten dem Kandidaten 28,3 % für das Wahlkreismandat.

Die GRÜNEN erhielten – wie seit 2002 – einen Wahlkreissitz, und zwar mit 39,9 % im Wahlkreis 83 (Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost).

Tabelle 16: Stimmenmehrheiten der in den Wahlkreisen Gewählten seit 1949

Wahljahr ¹	Anzahl der Wahlkreise	Zahl der Wahlkreissieger/-innen mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... %				
		< 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	≥ 70
Insgesamt						
1949	242	154	60	19	6	3
1953	242	46	81	71	34	10
1957	247	26	89	68	48	16
1961	247	19	131	53	34	10
1965	248	2	101	100	37	8
1969	248	1	84	117	44	2
1972	248	–	42	147	55	4
1976	248	–	92	98	52	6
1980	248	–	93	112	40	3
1983	248	–	84	101	56	7
1987	248	–	130	87	30	1
1990	328	30	180	105	12	1
1994	328	17	194	99	18	–
1998	328	38	172	105	13	–
2002	299	26	168	74	29	2
2005	299	54	151	81	13	–
2009	299	130	138	28	3	–
2013	299	48	152	88	11	–
CDU						
1949	91	36	29	17	6	3
1953	130	17	37	39	27	10
1957	147	12	45	51	27	12
1961	114	13	50	28	16	7
1965	118	1	41	54	16	6
1969	87	1	28	38	18	2
1972	65	–	20	33	10	2
1976	94	–	32	43	17	2
1980	81	–	39	35	5	2
1983	136	–	43	66	25	2
1987	124	–	72	45	6	1
1990	192	12	120	56	3	1
1994	177	8	120	46	3	–
1998	74	11	56	6	1	–
2002	82	9	57	15	1	–
2005	106	22	63	20	1	–
2009	173	73	91	8	1	–
2013	191	30	98	61	2	–

¹ 1949 und 1953 ohne das Saarland.

4 Gültige Erststimmen

Tabelle 16: Stimmenmehrheiten der in den Wahlkreisen Gewählten seit 1949

Wahljahr ¹	Anzahl der Wahlkreise	Zahl der Wahlkreissieger/-innen mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... %				
		< 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	≥ 70
SPD						
1949	96	75	20	1	–	–
1953	45	21	23	1	–	–
1957	46	10	31	5	–	–
1961	91	6	74	11	–	–
1965	94	1	56	35	2	–
1969	127	–	52	64	11	–
1972	152	–	22	102	27	1
1976	114	–	56	47	11	–
1980	127	–	49	69	9	–
1983	68	–	36	27	5	–
1987	79	–	49	26	4	–
1990	91	13	52	25	1	–
1994	103	8	60	31	4	–
1998	212	25	105	72	10	–
2002	171	14	103	47	7	–
2005	145	32	74	38	1	–
2009	64	38	24	2	–	–
2013	58	14	42	2	–	–
CSU						
1949	24	18	5	1	–	–
1953	42	1	13	21	7	–
1957	47	–	10	12	21	4
1961	42	–	7	14	18	3
1965	36	–	4	11	19	2
1969	34	–	4	15	15	–
1972	31	–	–	12	18	1
1976	40	–	4	8	24	4
1980	40	–	5	8	26	1
1983	44	–	5	8	26	5
1987	45	–	9	16	20	–
1990	43	3	8	24	8	–
1994	44	–	11	22	11	–
1998	38	–	9	27	2	–
2002	43	–	8	12	21	2
2005	44	–	10	23	11	–
2009	45	6	19	18	2	–
2013	45	1	10	25	9	–
Sonstige und Parteilose						
1949	31	25	6	–	–	–
1953	25	7	8	10	–	–
1957	7	4	3	–	–	–
1990	2 ²	2	–	–	–	–
1994	4 ³	1	3	–	–	–
1998	4 ³	2	2	–	–	–
2002	3 ⁴	3	–	–	–	–
2005	4 ⁵	–	4	–	–	–
2009	17	13 ⁶	4 ⁷	–	–	–
2013	5	3 ⁸	2 ⁶	–	–	–

1 1949 und 1953 ohne das Saarland.

2 1 FDP, 1 PDS.

3 PDS.

4 1 GRÜNE, 2 PDS.

5 1 GRÜNE, 3 DIE LINKE.

6 DIE LINKE.

7 1 GRÜNE, 3 DIE LINKE.

8 1 GRÜNE, 2 DIE LINKE.

4 Gültige Erststimmen

Für den Übergang des Wahlkreissitzes an eine andere Partei genügten oft wenige Stimmen, da es viele Wahlkreise gab, in denen die Erststimmen von SPD und CDU nicht weit auseinander lagen. In elf Wahlkreisen war bei der Bundestagswahl 2013 die Zahl der Erststimmen für den oder die Wahlkreissieger/-in um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für den unterlegenen Kandidaten bzw. die unterlegene Kandidatin. Von diesen knappen Wahlkreisen fielen sieben an die SPD, vier an die CDU. Weiterhin machte der Vorsprung in acht von der SPD und vier von der CDU gewonnenen Wahlkreisen bis zu 5 % aus, bis zu 10 % betrug er in weiteren zehn von der SPD und sechs von der CDU gewonnenen Wahlkreisen (siehe Tabelle 17). Dementsprechend würde in diesen 39 Wahlkreisen eine Abwanderung von bis zu 5 % der Wähler/-innen genügen, damit der Wahlkreis an eine andere Partei fällt. Würde dies in allen Fällen zugunsten der SPD passieren, könnte sie 14 Wahlkreisabgeordnete mehr stellen; ein entsprechender Stimmenumschwung im Sinne der CDU könnte dieser sogar 25 zusätzliche Wahlkreissitze einbringen.

Tabelle 17: Erststimmen für die Parteien 2013 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen

Abstand zwischen höchstem und zweithöchstem Ergebnis	Anzahl der Wahlkreise			
	Insgesamt	CDU	SPD	CSU
Relativ von ... bis unter ... %				
< 1	7	3	4	–
1 – 2	4	1	3	–
2 – 5	12	4	8	–
5 – 10	16	6	10	–
10 – 15	19	13	6	–
15 – 20	23 ¹	14	7	1
20 – 30	44	31	11	2
30 – 40	48 ¹	35	8	4
40 – 50	41 ²	32	1	6
50 – 60	42 ³	33	–	8
60 – 70	29	18	–	11
≥ 70	14	1	–	13
Insgesamt	299	191	58	45
Absolut von ... bis unter ... Stimmen				
< 1 000	9	4	5	–
1 000 – 2 000	9	3	6	–
2 000 – 5 000	16	4	12	–
5 000 – 10 000	35 ¹	21	13	–
10 000 – 15 000	31	19	10	2
15 000 – 20 000	37 ¹	27	7	2
20 000 – 30 000	55 ²	43	5	5
30 000 – 40 000	38 ³	29	–	8
40 000 – 50 000	38	28	–	10
50 000 – 60 000	17	11	–	6
≥ 60 000	14	2	–	12
Insgesamt	299	191	58	45

1 Darunter 1 DIE LINKE.

2 Darunter 2 DIE LINKE.

3 Darunter 1 GRÜNE.

4 Gültige Erststimmen

Tabelle 18: Die 34 Bundestagswahlkreise 2013 mit einem Abstand des höchsten zum zweithöchsten Erststimmenergebnis von < 5 000 Stimmen

Wahlkreis			Partei mit dem		Differenz	
Nr.	Name	Land	höchsten	zweit- höchsten		
			Erststimmenergebnis		Absolut	In %
150	Märkischer Kreis II	NW	SPD	CDU	53	0,1
120	Essen III	NW	CDU	SPD	93	0,2
167	Waldeck	HE	CDU	SPD	227	0,4
60	Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow- Fläming I	BB	SPD	CDU	333	0,8
93	Köln I	NW	SPD	CDU	400	0,8
52	Goslar – Northeim – Osterode	NI	SPD	CDU	486	0,8
28	Delmenhorst – Weser- marsch – Oldenburg-Land .	NI	CDU	SPD	576	0,9
61	Potsdam – Potsdam-Mittel- mark II – Teltow-Fläming II .	BB	CDU	SPD	730	1,3
133	Herford – Minden- Lübbecke II	NW	SPD	CDU	764	1,1
27	Oldenburg – Ammerland ..	NI	SPD	CDU	1 022	1,7
296	Saarbrücken	SL	CDU	SPD	1 038	2,0
135	Lippe I	NW	SPD	CDU	1 151	2,3
96	Bonn	NW	SPD	CDU	1 177	1,8
132	Bielefeld – Gütersloh II	NW	SPD	CDU	1 443	2,1
48	Hildesheim	NI	CDU	SPD	1 667	2,4
114	Krefeld II – Wesel II	NW	SPD	CDU	1 743	3,3
59	Märkisch-Oderland – Barnim II	BB	CDU	DIE LINKE	1 819	3,1
45	Gifhorn – Peine	NI	SPD	CDU	1 891	2,7
210	Kaiserslautern	RP	SPD	CDU	2 167	3,5
78	Berlin-Spandau – Charlott- tenburg Nord	BE	CDU	SPD	2 281	4,6
186	Darmstadt	HE	SPD	CDU	2 423	3,7
82	Berlin-Neukölln	BE	SPD	CDU	2 436	5,5
47	Hannover-Land II	NI	SPD	CDU	2 672	3,4
101	Leverkusen – Köln IV	NW	SPD	CDU	2 971	4,9
299	Homburg	SL	CDU	SPD	2 984	5,4
169	Werra-Meißner – Hersfeld- Rotenburg	HE	SPD	CDU	3 244	5,9
19	Hamburg-Altona	HH	SPD	CDU	3 309	7,1
53	Göttingen	NI	SPD	CDU	3 634	5,5
46	Hameln-Pyrmont – Holz- minden	NI	SPD	CDU	3 758	6,5
170	Schwalm-Eder	HE	SPD	CDU	3 782	6,5
22	Hamburg-Wandsbek	HH	SPD	CDU	4 027	6,9
56	Prignitz – Ostprignitz- Ruppin – Havelland I	BB	CDU	SPD	4 036	11,8
40	Nienburg II – Schaumburg .	NI	SPD	CDU	4 292	6,9
202	Kreuznach	RP	CDU	SPD	4 803	9,0

Wie aus Tabelle 19 hervorgeht, gewann die CDU in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland alle bzw. fast alle Wahlkreissitze. Die Wahlkreis-kandidatinnen und -kandidaten der SPD hatten die größten Erfolge in Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Brandenburg mit jeweils mindestens der Hälfte der Wahlkreissitze. DIE LINKE konnte vier Berliner Wahlkreise sowie die CSU alle 45 Wahlkreise Bayerns für sich gewinnen.

Tabelle 19: Wahlkreisabgeordnete des 18. Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien

Land	Wahlkreis- abgeord- nete ins- gesamt	Davon				
		CDU	SPD	DIE LINKE	GRÜNE	CSU
Schleswig-Holstein	11	9	2	–	–	–
Mecklenburg-Vorpom- mern	6	6	–	–	–	–
Hamburg	6	1	5	–	–	–
Niedersachsen	30	17	13	–	–	–
Bremen	2	–	2	–	–	–
Brandenburg	10	9	1	–	–	–
Sachsen-Anhalt	9	9	–	–	–	–
Berlin	12	5	2	4	1	–
Nordrhein-Westfalen	64	37	27	–	–	–
Sachsen	16	16	–	–	–	–
Hessen	22	17	5	–	–	–
Thüringen	9	9	–	–	–	–
Rheinland-Pfalz	15	14	1	–	–	–
Bayern	45	–	–	–	–	45
Baden-Württemberg	38	38	–	–	–	–
Saarland	4	4	–	–	–	–
Deutschland	299	191	58	4	1	45

5 Gültige Zweitstimmen

5.1 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern

Während die Wählerinnen und Wähler mit ihrer Erststimme für die 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, welche Kandidatin oder welcher Kandidat aus dem Wahlkreis sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend.

Bei der Bundestagswahl 2013 wurden 43 726 856 gültige Zweitstimmen abgegeben. Die auf die zum Zeitpunkt der Wahl im 17. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien entfallenden Zweitstimmen verteilten sich wie folgt:

Partei	Abgegebene Zweitstimmen	
	Absolut	In %
CDU	14 921 877	34,1
SPD	11 252 215	25,7
FDP	2 083 533	4,8
DIE LINKE	3 755 699	8,6
GRÜNE	3 694 057	8,4
CSU	3 243 569	7,4

Die weiteren 4 775 906 Zweitstimmen verteilen sich auf die folgenden Parteien:

Partei	Abgegebene Zweitstimmen	
	Absolut	In %
PIRATEN	959 177	2,2
NPD	560 828	1,3
Tierschutzpartei	140 366	0,3
REP	91 193	0,2
ÖDP	127 088	0,3
FAMILIE	7 449	0,0
Bündnis 21/RRP	8 578	0,0
RENTNER	25 134	0,1
BP	57 395	0,1
PBC	18 542	0,0
BüSo.....	12 814	0,0
DIE VIOLETTEN.....	8 211	0,0
MLPD	24 219	0,1
Volksabstimmung.....	28 654	0,1
PSG	4 564	0,0
AfD.....	2 056 985	4,7
BIG.....	17 743	0,0
Pro Deutschland.....	73 854	0,2
DIE RECHTE	2 245	0,0
DIE FRAUEN.....	12 148	0,0
FREIE WÄHLER	423 977	1,0
Partei der Nichtwähler	11 349	0,0
PARTEI DER VERNUNFT	24 719	0,1
Die PARTEI	78 674	0,2

Die CDU erreichte bei der Bundestagswahl 2013 einen Zweitstimmenanteil von 34,1 % und wurde damit stärkste Partei. Sie gewann gegenüber der Bundestagswahl 2009 6,9 Prozentpunkte. In allen Bundesländern (ohne Bayern) konnte sie Gewinne – zwischen 4,3 Prozentpunkten in Hamburg und 11,2 Prozentpunkten in Brandenburg sowie Baden-Württemberg – erzielen. Außer in Bremen und Hamburg wurde sie in allen Ländern stärkste Partei.

Die SPD erzielte bei der Bundestagswahl 2013 25,7 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, bei der ihr Zweitstimmenanteil 23,0 % betragen hatte, gewann sie 2,7 Prozentpunkte. Verglichen mit der Bundestagswahl 2009 gewann die SPD in den alten Bundesländern mit bis zu 6,3 Prozentpunkten mehr Zweitstimmenanteile als in den neuen Ländern (bis zu 1,3 Prozentpunkte). Die höchsten Gewinne erzielte die SPD in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin und dem Saarland. In Brandenburg und Thüringen hingegen verlor die SPD Zweitstimmen um 2,0 bzw. 1,5 Prozentpunkte.

Die FDP erreichte bei der Bundestagswahl 2013 nur 4,8 % der gültigen Zweitstimmen und nahm aufgrund der 5 %-Hürde daher erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nicht an der Verteilung der Sitze im Deutschen Bundestag teil. Die FDP erhielt bei dieser Wahl 9,8 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2009. Sie verlor in allen Ländern Zweitstimmenanteile – zwischen 6,8 Prozentpunkten in Brandenburg und 12,6 Prozentpunkten in Baden-Württemberg.

DIE LINKE gewann bei der Bundestagswahl 2013 8,6 % der gültigen Zweitstimmen; das ist gegenüber der Bundestagswahl 2009 ein Verlust um 3,3 Prozentpunkte. DIE LINKE verlor in allen Ländern Stimmenanteile, und zwar zwischen 1,7 Prozentpunkten (in Berlin) und 11,2 Prozentpunkten (im Saarland).

Die GRÜNEN erhielten 2013 8,4 % aller gültigen Zweitstimmen und verloren damit gegenüber der Bundestagswahl 2009 2,3 Prozentpunkte an Zweitstimmen. Auch die GRÜNEN hatten in allen Bundesländern Stimmeneinbußen zu verzeichnen, und zwar zwischen 1,1 Prozentpunkten im Saarland sowie Thüringen und 5,0 Prozentpunkten in Berlin.

Die CSU konnte bei der Bundestagswahl 2013 einen Gewinn an Zweitstimmen verbuchen; der Zweitstimmenanteil stieg von 42,5 % (2009) auf 49,3 % der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 2013 7,4 % aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet; ihr Zweitstimmenanteil stieg damit gegenüber der Bundestagswahl 2009 leicht um 0,9 Prozentpunkte.

5 Gültige Zweitstimmen

**Tabelle 20: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013
und der jeweils letzten Landtagswahl nach Ländern**

Bundestagswahl (BTW) Landtagswahl (LTW)	Stimmenanteile in %					
	CDU/CSU ¹	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
Schleswig-Holstein						
BTW 2009	32,2	26,8	16,3	7,9	12,7	4,2
LTW 2012 ²	30,8	30,4	8,2	2,3	13,2	15,2
BTW 2013	39,2	31,5	5,6	5,2	9,4	9,0
Mecklenburg-Vorpommern						
BTW 2009	33,1	16,6	9,8	29,0	5,5	5,9
LTW 2011 ²	23,0	35,6	2,8	18,4	8,7	11,5
BTW 2013	42,5	17,8	2,2	21,5	4,3	11,6
Hamburg						
BTW 2009	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7
LTW 2011	21,9	48,4	6,7	6,4	11,2 ³	5,5
BTW 2013	32,1	32,4	4,8	8,8	12,7	9,2
Niedersachsen						
BTW 2009	33,2	29,3	13,3	8,6	10,7	4,9
LTW 2013 ²	36,0	32,6	9,9	3,1	13,7	4,6
BTW 2013	41,1	33,1	4,2	5,0	8,8	7,8
Bremen						
BTW 2009	23,9	30,2	10,6	14,3	15,4	5,5
LTW 2011	20,4	38,6	2,4	5,6	22,5	10,6
BTW 2013	29,3	35,6	3,4	10,1	12,1	9,5
Brandenburg						
BTW 2009	23,6	25,1	9,3	28,5	6,1	7,4
BTW 2013	34,8	23,1	2,5	22,4	4,7	12,4
LTW 2014 ²	23,0	31,9	1,5	18,6	6,2	18,9
Sachsen-Anhalt						
BTW 2009	30,1	16,9	10,3	32,4	5,1	5,2
LTW 2011 ²	32,5	21,5	3,8	23,7	7,1	11,4
BTW 2013	41,2	18,2	2,6	23,9	4,0	10,0
Berlin						
BTW 2009	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9
LTW 2011 ²	23,3	28,3	1,8	11,7	17,6	17,2
BTW 2013	28,5	24,6	3,6	18,5	12,3	12,6
Nordrhein-Westfalen						
BTW 2009	33,1	28,5	14,9	8,4	10,1	5,0
LTW 2012 ²	26,3	39,1	8,6	2,5	11,3	12,1
BTW 2013	39,8	31,9	5,2	6,1	8,0	9,0
Sachsen						
BTW 2009	35,6	14,6	13,3	24,5	6,7	5,4
BTW 2013	42,6	14,6	3,1	20,0	4,9	14,8
LTW 2014 ²	39,4	12,4	3,8	18,9	5,7	19,8
Hessen						
BTW 2009	32,2	25,6	16,6	8,5	12,0	5,1
LTW 2013 ²	38,3	30,7	5,0	5,2	11,1	9,6
BTW 2013	39,2	28,8	5,6	6,0	9,9	10,5

Fußnoten siehe nächste Seite.

Tabelle 20: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 und der jeweils letzten Landtagswahl nach Ländern

Bundestagswahl (BTW) Landtagswahl (LTW)	Stimmenanteile in %					
	CDU/CSU ¹	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
Thüringen						
BTW 2009	31,2	17,6	9,8	28,8	6,0	6,7
BTW 2013	38,8	16,1	2,6	23,4	4,9	14,2
LTW 2014 ²	33,5	12,4	2,5	28,2	5,7	17,8
Rheinland-Pfalz						
BTW 2009	35,0	23,8	16,6	9,4	9,7	5,6
LTW 2011 ²	35,2	35,7	4,2	3,0	15,4	6,4
BTW 2013	43,3	27,5	5,5	5,4	7,6	10,6
Bayern						
BTW 2009	42,5	16,8	14,7	6,5	10,8	8,7
LTW 2013 ⁴	47,7	20,6	3,3	2,1	8,6	17,7
BTW 2013	49,3	20,0	5,1	3,8	8,4	13,5
Baden-Württemberg						
BTW 2009	34,4	19,3	18,8	7,2	13,9	6,4
LTW 2011	39,0	23,1	5,3	2,8	24,2	5,6
BTW 2013	45,7	20,6	6,2	4,8	11,0	11,7
Saarland						
BTW 2009	30,7	24,7	11,9	21,2	6,8	4,8
LTW 2012	35,2	30,6	1,2	16,1	5,0	11,8
BTW 2013	37,8	31,0	3,8	10,0	5,7	11,7
Deutschland						
BTW 2013	41,5	25,7	4,8	8,6	8,4	10,9

1 CSU nur in Bayern.

2 Zweitstimmen.

3 GRÜNE/GAL.

4 Gesamtstimmen.

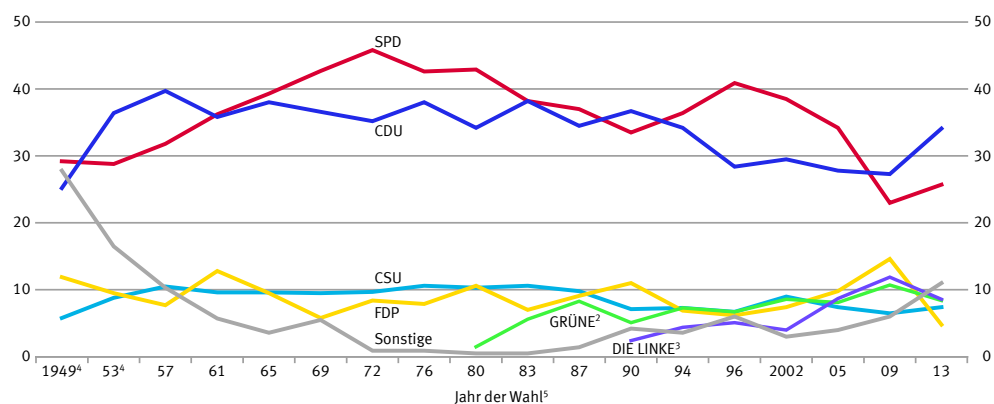
Mit der im 18. Deutschen Bundestag bestehenden Koalition von CDU, CSU und SPD umfasst der Anteil der Regierungsparteien mit 67,2 % mehr als zwei Drittel der bei der Wahl abgegebenen Zweitstimmen. Der Anteil der Oppositionsparteien DIE LINKE und GRÜNE beläuft sich auf 17 %. Somit besteht zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien eine Differenz von 50,2 Prozentpunkten. Bei der Bundestagswahl 2009 betrug die Differenz zwischen den späteren Regierungsparteien (CDU, CSU und FDP) und den Oppositionsparteien (SPD, GRÜNE und DIE LINKE) gerade einmal 2,8 Prozentpunkte (48,4 % zu 45,6 %). 15,7 % der gültigen Zweitstimmen sind bei der Bundestagswahl 2013 auf Parteien entfallen, die wegen der 5 %-Hürde nicht an der Sitzverteilung teilnehmen. Dies stellt im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, bei der der Anteil bei 6,0 % lag, einen mehr als doppelt so hohen Wert dar.

5 Gültige Zweitstimmen

Schaubild 6

Gültige Zweitstimmenanteile¹ seit 1949

in %



¹ Seit 1953 Zweitstimmen.

² 1990: Einschl. B90/Gr.

³ Bis 17. Juli 2005: PDS.

⁴ Ohne das Saarland.

⁵ Ab 1990: nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Der Bundeswahlleiter

Tabelle 21: Die 10 Wahlkreise 2013 mit dem jeweils höchsten Zweitstimmenanteil für CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Erststimmen in %
Nr.	Name		
Höchster Zweitstimmenanteil für die CDU			
32	Cloppenburg – Vechta	NI	63,2
292	Biberach	BW	56,3
31	Mittelems	NI	56,1
126	Borken II	NW	53,5
295	Zollernalb – Sigmaringen	BW	52,8
203	Bitburg	RP	52,2
276	Odenwald – Tauber	BW	51,9
285	Rottweil – Tuttlingen	BW	51,7
137	Paderborn – Gütersloh III	NW	51,3
280	Calw	BW	51,1
Höchster Zweitstimmenanteil für die SPD			
123	Gelsenkirchen	NW	44,1
141	Herne – Bochum II	NW	43,9
24	Aurich – Emden	NI	43,8
116	Duisburg II	NW	43,0
119	Essen II	NW	41,7
117	Oberhausen – Wesel III	NW	41,3
143	Dortmund II	NW	40,9
144	Unna I	NW	40,9
125	Bottrop – Recklinghausen III	NW	40,1
122	Recklinghausen II	NW	40,1

Tabelle 21: Die 10 Wahlkreise 2013 mit dem jeweils höchsten Zweitstimmenanteil für CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Erststimmen in %
Nr.	Name		
Höchster Zweitstimmenanteil für die FDP			
106	Düsseldorf I	NW	9,2
181	Main-Taunus	HE	8,6
222	München-Land	BY	8,5
96	Bonn	NW	8,3
258	Stuttgart I	BW	8,3
98	Rhein-Sieg-Kreis II	NW	8,3
218	München-Nord	BY	8,2
219	München-Ost	BY	8,2
94	Köln II	NW	8,1
264	Waiblingen	BW	7,8
Höchster Zweitstimmenanteil für die DIE LINKE			
86	Berlin-Lichtenberg	BE	34,6
85	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	BE	32,9
84	Berlin-Treptow-Köpenick	BE	29,5
59	Märkisch-Oderland – Barnim II	BB	26,3
74	Mansfeld	ST	25,7
71	Anhalt	ST	25,6
194	Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis	TH	25,6
76	Berlin-Pankow	BE	25,2
83	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	BE	25,1
197	Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen	TH	25,0
Höchster Zweitstimmenanteil für die GRÜNEN			
83	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	BE	20,8
281	Freiburg	BW	19,8
258	Stuttgart I	BW	17,5
75	Berlin-Mitte	BE	16,7
19	Hamburg-Altona	HH	16,5
94	Köln II	NW	15,7
221	München-West/Mitte	BY	15,6
20	Hamburg-Eimsbüttel	HH	15,6
42	Stadt Hannover II	NI	15,5
81	Berlin-Tempelhof-Schöneberg	BE	15,4
Höchster Zweitstimmenanteil für die CSU			
230	Rottal-Inn	BY	58,8
213	Altötting	BY	58,6
231	Straubing	BY	57,8
225	Traunstein	BY	57,3
227	Deggendorf	BY	56,3
217	Ingolstadt	BY	55,9
254	Donau-Ries	BY	55,5
257	Ostallgäu	BY	55,1
234	Schwandorf	BY	54,7
223	Rosenheim	BY	54,1

5 Gültige Zweitstimmen

Aus Tabelle 21 geht hervor, dass neun der zehn Wahlkreise mit dem höchsten Zweitstimmenanteil der SPD in Nordrhein-Westfalen sowie einer in Niedersachsen lagen. Die Wahlkreise mit dem höchsten Zweitstimmenanteil für die CDU lagen in fünf Fällen in Baden-Württemberg, in je zwei Fällen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie in einem Fall in Rheinland-Pfalz. Vier der zehn Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil der Zweitstimmen der FDP befanden sich in Nordrhein-Westfalen, drei in Bayern, zwei in Baden-Württemberg sowie einer in Hessen. Bei der DIE LINKE lagen fünf dieser Wahlkreise in Berlin, je zwei in Sachsen-Anhalt und Thüringen und einer in Brandenburg. Bei den GRÜNEN verteilten sich die Wahlkreise mit dem höchsten Zweitstimmenanteil auf Berlin (drei), Baden-Württemberg, Hamburg (je zwei), Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen (jeweils einer).

5.2 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen

Die CDU hat in 135 von 299 Wahlkreisen mehr als 40 % der Zweitstimmen erhalten, bei der SPD waren es 10. Die CDU erhielt in vier Wahlkreisen unter 25 % der Zweitstimmen, die SPD in 139.

Die Partei DIE LINKE erreichte in 64 Wahlkreisen mehr als 10 % der Zweitstimmen und lag in 110 Wahlkreisen unter 5 %. Die GRÜNEN hatten in 71 Wahlkreisen einen Zweitstimmenanteil von mehr als 10 %. Unter 5 % lagen sie in 48 Wahlkreisen. Die Anteile der CSU lagen in den bayerischen Wahlkreisen zwischen 58,8 % und 34,8 %, wobei 25 Wahlkreise einen Anteil an Zweitstimmen von mindestens 50 % hatten (siehe Tabelle 22).

Hatte die FDP 2009 noch in 270 Wahlkreisen mehr als 10 % der Zweitstimmen erhalten, lag sie bei der Bundestagswahl 2013 nur noch in 125 Wahlkreisen überhaupt über der 5 %-Marke.

Tabelle 22: Die 299 Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die zum Zeitpunkt der Wahl im 17. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

Anteil der Zweitstimmen von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehendem Stimmenanteil der ...											
	CDU		SPD		FDP		DIE LINKE ¹		GRÜNE		CSU	
	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009
60 – 65	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55 – 60	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	8	–
50 – 55	10	1	–	–	–	–	–	–	–	–	17	3
45 – 50	50	2	–	–	–	–	–	–	–	–	10	13
40 – 45	72	12	10	3	–	–	–	2	–	–	5	17
35 – 40	66	61	23	11	–	–	–	–	–	–	4	6
30 – 35	36	99	58	31	–	–	2	18	–	–	1	5
25 – 30	13	51	69	61	–	–	8	26	–	1	–	1
20 – 25	3	22	61	88	–	15	35	12	1	5	–	–
15 – 20	1	5	63	76	–	110	11	4	13	35	–	–
10 – 15	–	1	15	29	–	145	8	37	57	110	–	–
5 – 10	–	–	–	–	125	29	125	193	180	125	–	–
> 5	–	–	–	–	174	–	110	7	48	23	–	–

¹ Bis 17. Juli 2005: PDS.

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

6.1 Sitzverteilungsverfahren

Die Zahl der Sitze einer Partei im Deutschen Bundestag richtet sich grundsätzlich nach den für die Gesamtheit ihrer Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Weiterhin werden nur Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5 % der gültigen Zweitstimmen oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklausel“) (siehe Tabelle 23). Für die Verteilung der Sitze kamen daher nur CDU, SPD, DIE LINKE, GRÜNE und CSU in Betracht.

Zur Bundestagswahl 2013 fand erstmals das durch das 22. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1082) eingeführte Verfahren zur Berechnung der Sitzverteilung im Bundestag (§ 6 Bundeswahlgesetz) Anwendung. Beibehalten wurde das Wahlsystem der personalisierten Verhältniswahl, in dem die Personenwahl im Wahlkreis (Erststimme) nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl mit der Verhältniswahl nach Landeslisten der Parteien (Zweitstimme) kombiniert wird. Novelliert wurde hingegen die Umrechnung der Wählerstimmen in Mandate; diese erfolgt nunmehr in zwei Verteilungsstufen mit jeweils zwei Rechenschritten. Alle vier Rechenschritte werden mittels des Verfahrens Sainte-Laguë/Schepers durchgeführt, welches bereits zur Bundestagswahl 2009 eingesetzt wurde.

Schritt 1

In Schritt 1 wird das Sitzkontingent für jedes Bundesland in Abhängigkeit von der deutschen Bevölkerung dieses Landes bestimmt. Man teilt die Anzahl der Deutschen durch einen geeigneten Wert („Divisor“), sodass in Summe die Sitzkontingente der Bundesländer genau 598 Sitze ergeben.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

Der ermittelte Divisor ist 124 050. In Thüringen leben 2 154 202 Deutsche. Deswegen können in Thüringen genau 17,37 ($= 2\,154\,202 : 124\,050$) und somit (kaufmännisch gerundet) 17 Sitze auf die Landeslisten der in Thüringen angetretenen Parteien verteilt werden. Analog geht man für alle Bundesländer vor.

Schritt 2

Die in Schritt 1 ermittelten Sitzkontingente werden nun auf die Landeslisten der jeweiligen Parteien aufgeteilt. Hierfür sind die Zweitstimmen der Landeslisten relevant: Um die Anzahl der Sitze einer Landesliste zu ermitteln, teilt man die Zweitstimmen dieser Landesliste durch einen geeigneten Divisor. Dieser Divisor wird auch hier nach dem Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers ermittelt und – gesondert für jedes Bundesland – so bestimmt, dass sich in Summe über alle Landeslisten genau das aus Schritt 1 ermittelte Sitzkontingent ergibt.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

Thüringen steht aus Schritt 1 ein Sitzkontingent von 17 Sitzen zu. Für Thüringen hat der geeignete Divisor den Wert 60 000. Die CDU hat in Thüringen 477 283 Zweitstimmen erhalten, das heißt auf die Landesliste der CDU entfallen genau 7,95 ($= 477\,283 : 60\,000$) und somit (kaufmännisch gerundet) 8 Sitze.

Zwischenergebnis

Für jede Partei wird die bundesweite Mindestsitzzahl ermittelt; das heißt, am Ende des Sitzverteilungsverfahrens darf eine Partei bundesweit nicht weniger Sitze erhalten als ihr die Mindestsitzzahl garantiert. Für die Bestimmung der Mindestsitzzahl wird für jede Landesliste einer Partei das Maximum aus den in Schritt 2 ermittelten Sitzen nach Zweit-

stimmen und den gewonnenen Wahlkreissitzen festgestellt; das heißt der jeweils größere der beiden Werte wird berücksichtigt. Die so ermittelten Sitze je Land werden summiert und ergeben die garantierte Mindestsitzzahl der jeweiligen Partei auf Bundesebene.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

In Thüringen reichen die Zweitstimmen der CDU für 8 Sitze. Gleichzeitig hat die CDU 9 Wahlkreise gewonnen. Bei der Ermittlung der bundesweiten Mindestsitzzahl für die CDU müssen aus Thüringen folglich 9 Sitze berücksichtigt werden. Würde die Berechnung der Sitzzuteilung hier enden, so hätte die CDU in Thüringen $9 - 8 = 1$ sogenanntes „Überhangmandat“. Die Sitzzuteilung ist an dieser Stelle allerdings noch nicht beendet; es folgen noch zwei weitere Schritte, die auch durchgeführt werden, falls keine „Überhangmandate“ nach dem ersten Schritt anfallen. In den folgenden Schritten fließen die sogenannten „Überhangmandate“ in die Mindestsitzzahl ein. Addiert man die Werte aus allen Bundesländern, so ergibt sich für die CDU als Mindestsitzzahl der Wert 242. Die CDU darf am Ende des Sitzzuteilungsverfahrens nicht weniger als 242 Sitze erhalten.

Die CSU hat in Bayern 45 Wahlkreise gewonnen. Nach Zweitstimmen würden der Landesliste 56 Sitze zustehen. Für die CSU entsprechen die 56 Sitze aus Bayern der bundesweiten Mindestsitzzahl. Die CSU darf am Ende des Sitzzuteilungsverfahrens nicht weniger als 56 Sitze erhalten.

Analog geht man für die übrigen Parteien vor. Durch die garantierten Mindestsitzzahlen jeder Partei ergibt sich eine Bundestagsgröße von insgesamt mindestens 602 Sitzen. Im Ergebnis sind die Sitze im Bundestag im Verhältnis der Zweitstimmen zu verteilen. Jede Partei soll in etwa gleich viele Zweitstimmen benötigen, um einen Sitz im Bundestag zu erhalten. Hierzu werden im Folgenden zwei weitere Berechnungsschritte durchgeführt.

Schritt 3

Zunächst muss in der Regel die Bundestagsgröße erhöht werden, damit jede Partei bei der Verteilung der Sitze nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers ihre garantierte Mindestsitzzahl erhält. Erhöht wird so lange, bis jede Partei genau ihre garantierte Mindestsitzzahl erhält. Gleichzeitig werden die Sitze im Verhältnis der bundesweit erzielten Zweitstimmen der Parteien verteilt.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

Würde man 602 Sitze gemäß dem Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers im Verhältnis zu den jeweiligen Zweitstimmen auf die Parteien verteilen, erhielte nicht jede Partei ihre garantierte Mindestsitzzahl. Erst bei einer Gesamtzahl von 631 Sitzen entfällt auf alle Parteien die jeweils garantierte Mindestsitzzahl. Der geeignete Divisor ist 58 420. Die CSU bekommt bei dieser Rechnung $55,52 (= 3\,243\,569 : 58\,420)$ bzw. gerundet 56 Sitze (also gerade die Mindestsitzzahl). Die CDU bekommt $255,42 (= 14\,921\,877 : 58\,420)$ bzw. gerundet 255 Sitze, also 13 Sitze mehr als die Mindestsitzzahl.

Bei der CDU sind 13 Sitze mehr als die für sie festgestellte Mindestsitzzahl erforderlich, um die Bedingungen (Verteilung im Verhältnis der Zweitstimmen sowie Einhaltung der garantierten Mindestsitzzahl für jede Partei) zu erfüllen. Daraus ergibt sich die erhöhte Sitzzahl, damit jede Partei je Sitz in etwa die gleiche Anzahl Zweitstimmen benötigt.

Schritt 4

Nachdem für jede Partei die ihr bundesweit zustehende Anzahl Sitze bekannt ist, werden diese auf die jeweiligen Landeslisten verteilt. Dies erfolgt abermals durch Teilung der Zweitstimmen durch einen geeigneten Divisor. Für jede Partei wird ein eigener Divisor ermittelt. Man könnte den Divisor analog zu den in den Schritten 1 bis 4 durchgeführten Berechnungen so bestimmen, dass sich in Summe genau die geforderte Sitzzahl einer Partei ergibt. Jedoch ist zusätzlich die Bedingung einzuhalten, dass am Ende

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

des Sitzzuteilungsverfahrens jede Partei mindestens so viele Sitze erhält, wie sie Wahlkreise gewonnen hat. Das heißt, der Divisor ist so zu bestimmen, dass sich auch bei Einhaltung dieser Bedingung in Summe genau die geforderte Sitzzahl einer Partei ergibt. Diese Bedingung führt dazu, dass sich die Anzahl der Zweitstimmen, die je Sitz benötigt werden, zwischen den Landeslisten einer Partei stärker unterscheiden können als dies ohne Einhaltung dieser Bedingung der Fall wäre.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

Für die CDU ergibt sich für den Divisor der Wert 59 500. In Thüringen hat die CDU 9 Wahlkreise gewonnen und 477 283 Zweitstimmen erhalten. Über die Zweitstimmen würden ihr $8,02 (= 477\,283 : 59\,500)$ und somit 8 Sitze zustehen. Da sie aber 9 Wahlkreise gewonnen hat und auch nicht weniger Sitze erhalten darf, bekommt die CDU-Landesliste in Thüringen 9 Sitze.

In Hessen hat die CDU 17 Wahlkreise gewonnen und 1 232 994 Zweitstimmen erhalten. Über die Zweitstimmen würden ihr $20,72 (= 1\,232\,994 : 59\,500)$, also 21 Sitze zustehen. Das ist mehr als die Zahl der gewonnenen Wahlkreise. Die CDU-Landesliste in Hessen bekommt also 21 Sitze.

Letztlich ergaben sich bei der Sitzverteilung für den 18. Deutschen Bundestag folgende Sitzzahlen (Näheres in Tabellen 24 und 25):

CDU	255 Sitze,
SPD	193 Sitze,
DIE LINKE	64 Sitze,
GRÜNE	63 Sitze,
CSU	56 Sitze.

Weitere Einzelheiten zum Verfahren der Sitzzuteilung und eine ausführliche Darstellung der Berechnung, insbesondere auch bezüglich der Divisorermittlung, finden sich in der Veröffentlichung des Bundeswahlleiters in Heft 3, Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, im Abschnitt 8, S. 312 ff.

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

Tabelle 23: Erst- und Zweitstimmen nach Parteien bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009

	Erststimmen				Zweitstimmen			
	Absolut		In %		Absolut		In %	
	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West								
Wahlberechtigte	50 313 367	50 140 690			50 313 367	50 140 690		
Wähler/-innen	36 451 066	36 222 043	72,4	72,2	36 451 066	36 222 043	72,4	72,2
Ungültige Stimmen ..	541 373	605 572	1,5	1,7	459 018	497 568	1,3	1,4
Gültige Stimmen	35 909 693	35 616 471			35 992 048	35 724 475		
CDU	13 111 162	11 403 346	36,5	32,0	11 940 705	9 547 931	33,2	26,7
SPD	11 327 407	10 549 714	31,5	29,6	9 866 937	8 622 612	27,4	24,1
FDP	892 991	3 461 551	2,5	9,7	1 878 518	5 502 933	5,2	15,4
DIE LINKE	1 702 865	2 574 028	4,7	7,2	2 002 914	2 974 801	5,6	8,3
GRÜNE	2 818 799	3 495 117	7,8	9,8	3 296 767	4 123 750	9,2	11,5
CSU	3 544 079	3 191 000	9,9	9,0	3 243 569	2 830 238	9,0	7,9
PIRATEN	766 116	46 770	2,1	0,1	771 925	704 303	2,1	2,0
NPD	369 904	507 774	1,0	1,4	343 901	400 531	1,0	1,1
Tierschutzpartei	–	16 887	–	0,0	140 366	220 799	0,4	0,6
REP	26 375	30 061	0,1	0,1	84 427	175 125	0,2	0,5
ÖDP	124 349	103 714	0,3	0,3	115 628	125 848	0,3	0,4
FAMILIE	4 478	17 848	0,0	0,1	7 449	120 718	0,0	0,3
Bündnis 21/RRP	5 324	37 946	0,0	0,1	8 578	100 605	0,0	0,3
RENTNER	920	–	0,0	–	25 134	56 399	0,1	0,2
BP	28 430	32 324	0,1	0,1	57 395	48 311	0,2	0,1
PBC	2 081	10 762	0,0	0,0	18 542	40 370	0,1	0,1
BüSo	5 583	17 100	0,0	0,0	6 926	14 739	0,0	0,0
DIE VIOLETTEN	2 235	5 794	0,0	0,0	8 211	30 013	0,0	0,1
MLPD	8 985	12 503	0,0	0,0	14 613	14 859	0,0	0,0
Volksabstimmung ...	1 748	2 550	0,0	0,0	28 654	23 015	0,1	0,1
PSG	–	–	–	–	4 051	2 199	0,0	0,0
AfD	741 593	–	2,1	–	1 604 396	–	4,5	–
BIG	2 604	–	0,0	–	17 348	–	0,0	–
pro Deutschland	735	–	0,0	–	50 012	–	0,1	–
DIE RECHTE	–	–	–	–	2 245	–	0,0	–
DIE FRAUEN	–	–	–	–	12 148	–	0,0	–
FREIE WÄHLER	347 013	–	1,0	–	334 228	–	0,9	–
NICHTWÄHLER	–	–	–	–	11 349	–	0,0	–
PARTEI DER								
VERNUNFT	3 510	–	0,0	–	24 719	–	0,1	–
Die PARTEI	28 100	–	0,1	–	70 393	–	0,2	–
B	198	–	0,0	–	–	–	–	–
DKP	373	487	0,0	0,0	–	623	–	0,0
NEIN!	290	–	0,0	–	–	–	–	–
Übrige	41 446	99 195	0,1	0,3	–	43 753	–	0,1

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

**Tabelle 23: Erst- und Zweitstimmen nach Parteien bei den Bundestags-
wahlen 2013 und 2009**

	Erststimmen				Zweitstimmen			
	Absolut		In %		Absolut		In %	
	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009
Neue Länder und Berlin-Ost								
Wahlberechtigte	11 633 533	12 027 799			11 633 533	12 027 799		
Wähler/-innen	7 858 859	7 783 532	67,6	64,7	7 858 859	7 783 532	67,6	64,7
Ungültige Stimmen ..	143 510	152 003	1,8	2,0	124 051	136 817	1,6	1,8
Gültige Stimmen	7 715 349	7 631 529			7 734 808	7 646 715		
CDU	3 122 480	2 453 328	40,5	32,1	2 981 172	2 280 346	38,5	29,8
SPD	1 516 051	1 530 044	19,6	20,0	1 385 278	1 367 876	17,9	17,9
FDP	135 654	614 945	1,8	8,1	205 015	813 147	2,7	10,6
DIE LINKE	1 882 313	2 217 096	24,4	29,1	1 752 785	2 181 132	22,7	28,5
GRÜNE	361 500	482 008	4,7	6,3	397 290	519 522	5,1	6,8
PIRATEN	197 507	–	2,6	–	187 252	143 567	2,4	1,9
NPD	265 231	260 668	3,4	3,4	216 927	234 994	2,8	3,1
Tierschutzpartei	4 437	–	0,1	–	–	10 073	–	0,1
REP	924	–	0,0	–	6 766	18 271	0,1	0,2
ÖDP	3 860	1 939	0,1	0,0	11 460	6 401	0,1	0,1
PBC	–	1 290	–	0,0	–	–	–	–
BüSo	12 405	17 794	0,2	0,2	5 888	23 967	0,1	0,3
DIE VIOLETTEN	281	–	0,0	–	–	1 944	–	0,0
MLPD	3 919	5 009	0,1	0,1	9 606	14 402	0,1	0,2
PSG	–	–	–	–	513	758	0,0	0,0
AFD	69 322	–	0,9	–	452 589	–	5,9	–
BIG	76	–	0,0	–	395	–	0,0	–
pro Deutschland	4 080	–	0,1	–	23 842	–	0,3	–
FREIE WÄHLER	84 627	–	1,1	–	89 749	–	1,2	–
PARTEI DER								
VERNUNFT	351	–	0,0	–	–	–	–	–
Die PARTEI	11 288	–	0,1	–	8 281	–	0,1	–
B	426	–	0,0	–	–	–	–	–
BGD	1 431	–	0,0	–	–	–	–	–
DKP	1 326	442	0,0	0,0	–	1 271	–	0,0
Übrige	35 860	46 966	0,5	0,6	–	29 044	–	0,4

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

Tabelle 24: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009 nach Ländern

Wahljahr Sitze	Deutschland	Schleswig-Holstein	Mecklenburg- Vorpommern	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Berlin	Nordrhein-Westfalen	Sachsen	Hessen	Thüringen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Baden-Württemberg	Saarland
CDU																	
2013	255	11	6	5	31	2	9	9	9	63	17	21	9	16	–	43	4
Wahlkreis	191	9	6	1	17	–	9	9	5	37	16	17	9	14	–	38	4
Landesliste	64	2	–	4	14	2	–	–	4	26	1	4	–	2	–	5	–
2009	194	9	6	4	21	1	5	5	6	45	16	15	7	13	–	37	4
SPD																	
2013	193	9	3	5	25	2	5	4	8	52	6	16	3	10	22	20	3
Wahlkreis	58	2	–	5	13	2	1	–	2	27	–	5	–	1	–	–	–
Landesliste	135	7	3	–	12	–	4	4	6	25	6	11	3	9	22	20	3
2009	146	6	2	4	19	2	5	3	5	39	5	12	3	8	16	15	2
FDP																	
2013	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2009	93	4	1	2	9	1	2	2	3	20	4	8	2	5	14	15	1
DIE LINKE																	
2013	64	1	3	1	4	1	5	5	6	10	8	3	5	2	4	5	1
Wahlkreis	4	–	–	–	–	–	–	–	4	–	–	–	–	–	–	–	–
Landesliste	60	1	3	1	4	1	5	5	2	10	8	3	5	2	4	5	1
2009	76	2	4	1	6	1	6	6	5	11	8	4	5	3	6	6	2
GRÜNE																	
2013	63	3	1	2	6	1	1	1	4	13	2	5	1	3	9	10	1
Wahlkreis	1	–	–	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
Landesliste	62	3	1	2	6	1	1	1	3	13	2	5	1	3	9	10	1
2009	68	3	1	2	7	1	1	1	4	14	2	6	1	3	10	11	1
CSU																	
2013	56	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	56	–	–
Wahlkreis	45	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	45	–	–
Landesliste	11	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	11	–	–
2009	45	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	45	–	–
Insgesamt																	
2013	631 ¹	24	13	13	66	6	20	19	27	138	33	45	18	31	91	78	9
Wahlkreis	299	11	6	6	30	2	10	9	12	64	16	22	9	15	45	38	4
Landesliste	332	13	7	7	36	4	10	10	15	74	17	23	9	16	46	40	5
2009	622 ²	24	14	13	62	6	19	17	23	129	35	45	18	32	91	84	10

¹ Einschl. um 33 erhöhter Sitzzahl.

² Einschl. 16 Überhangmandaten: 9 für die SPD (1 in Hamburg, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt, 1 im Saarland), 7 für die CDU (4 in Sachsen, 3 in Baden-Württemberg).

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

Tabelle 25: Sitzverteilung bei Bundestagswahlen

Wahljahr ¹	Sitze ins- gesamt	Davon						
		CDU	SPD	FDP	DIE LINKE ²	GRÜNE	CSU	Sonstige
1949 ³	402 ⁴	115	131	52	–	–	24	80
1953 ³	487 ⁵	191	151	48	–	–	52	45
1957	497 ⁵	215	169	41	–	–	55	17
1961	499 ⁶	192	190	67	–	–	50	–
1965	496	196	202	49	–	–	49	–
1969	496	193	224	30	–	–	49	–
1972	496	177	230	41	–	–	48	–
1976	496	190	214	39	–	–	53	–
1980	497 ⁷	174	218	53	–	–	52	–
1983	498 ⁴	191	193	34	–	27	53	–
1987	497 ⁷	174	186	46	–	42	49	–
1990	662 ⁸	268	239	79	17	–	51	8 ⁹
1994	672 ¹⁰	244	252	47	30	49	50	–
1998	669 ¹¹	198	298	43	36	47	47	–
2002	603 ⁶	190	251	47	2	55	58	–
2005	614 ¹⁰	180	222	61	54	51	46	–
2009	622 ¹²	194	146	93	76	68	45	–
2013	631 ¹³	255	193	–	64	63	56	–

1 1949 bis 1987 ohne Abgeordnete aus Berlin-West.

2 Bis 17. Juli 2005: PDS.

3 Ohne das Saarland.

4 Einschl. 2 Überhangmandaten.

5 Einschl. 3 Überhangmandaten.

6 Einschl. 5 Überhangmandaten.

7 Einschl. 1 Überhangmandat.

8 Einschl. 6 Überhangmandaten.

9 B90/Gr.

10 Einschl. 16 Überhangmandaten.

11 Einschl. 13 Überhangmandaten.

12 Einschl. 24 Überhangmandaten.

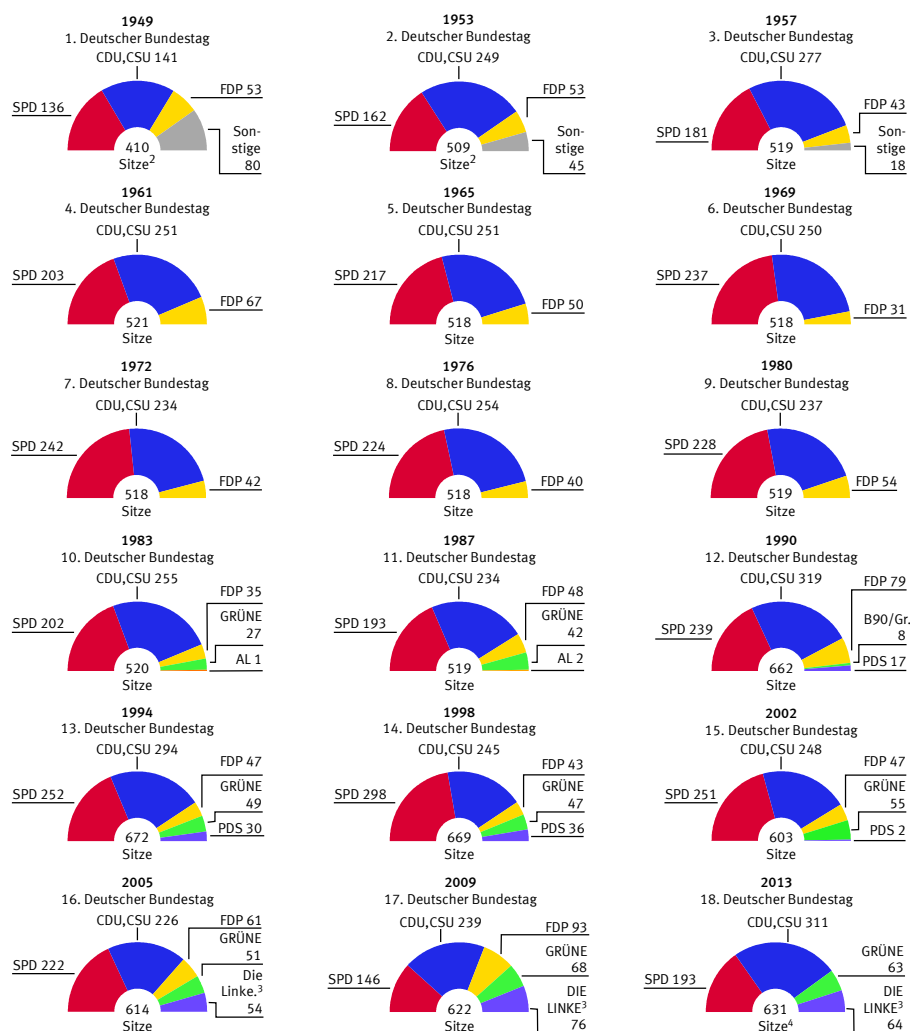
13 Einschl. um 33 erhöhter Sitzzahl.

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

Schaubild 7

Sitze der Parteien im Deutschen Bundestag seit 1949 ¹

Stand jeweils bei der Wahl



¹ Bis 2009 einschl. Übergangsmandate; 1949 - 1987 einschl. der Abgeordneten von Berlin-West; ab 1990: nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

² Ohne Saarland.

³ Bis 17. Juli 2005: PDS.

⁴ erhöhte Sitzzahl.

Der Bundeswahlleiter

6.2 Erfolgswert der Stimmen

Bei der Bundestagswahl 2013 sind nach Ermittlung der erhöhten Sitzzahl 631 Abgeordnete gewählt worden. Bei insgesamt 61 946 900 Wahlberechtigten kam zunächst im Durchschnitt eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter auf 98 173 Wahlberechtigte (siehe Tabelle 27).

Der Wahl ferngeblieben sind 17 636 975 bzw. 28,5 % der Wahlberechtigten. Geht man von der Durchschnittszahl der Wahlberechtigten je Abgeordneter bzw. Abgeordnetem (98 173) aus, hätten sie die Parteizugehörigkeit von 180 Abgeordneten bestimmen können. Von den für den Wahlgang entscheidenden Zweitstimmen waren 583 069 ungültig und blieben damit bei der Berechnung der Sitzverteilung ebenfalls unberücksichtigt. Diese ungültigen Stimmen entsprachen weiteren sechs Abgeordneten.

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

Von den gültigen Zweitstimmen blieb ein weiterer Teil für die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages ohne Bedeutung, weil sie für Parteien abgegeben wurden, die wegen der Sperrklausel nicht in die Sitzverteilung einbezogen werden durften. Es handelt sich dabei um insgesamt 6 859 439 Zweitstimmen, was nochmals 70 Abgeordneten entspräche. Die Sitzverteilung bestimmten daher ausschließlich die Wählerinnen und Wähler, die ihre Zweitstimme der CDU, SPD, DIE LINKE, GRÜNE und CSU gaben und 59,5 % der Wahlberechtigten ausmachten. In den einzelnen Ländern bewegten sich die Anteile der für die Sitzverteilung maßgeblichen Zweitstimmen zwischen 53,3 % in Sachsen-Anhalt (= 100 % – 46,7 %) und 63,9 % (= 100 % – 36,1 %) in Niedersachsen (vgl. Tabelle 26).

Tabelle 26: Wahlberechtigte ohne Einfluss auf die Sitzverteilung 2013

Land	Wahlberechtigte	Nichtwähler/-innen und Zweitstimmen, die nicht in die Sitzverteilung einbezogen wurden		Nichtwähler/-innen		Wähler/-innen mit ungültiger Zweitstimme		Wähler/-innen mit Zweitstimme für die nicht in die Sitzverteilung einbezogenen Parteien	
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Schleswig-Holstein	2 251 796	862 001	38,3	606 046	26,9	17 460	0,8	238 495	10,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 350 705	602 639	44,6	468 987	34,7	13 975	1,0	119 677	8,9
Hamburg	1 281 918	515 967	40,2	380 705	29,7	10 384	0,8	124 878	9,7
Niedersachsen	6 117 473	2 206 040	36,1	1 626 192	26,6	46 021	0,8	533 827	8,7
Bremen	483 823	196 862	40,7	150 801	31,2	3 610	0,7	42 451	8,8
Brandenburg	2 065 944	885 675	42,9	653 159	31,6	24 423	1,2	208 093	10,1
Sachsen-Anhalt	1 930 880	901 191	46,7	732 632	37,9	19 433	1,0	149 126	7,7
Berlin	2 505 718	1 006 444	40,2	690 303	27,5	27 694	1,1	288 447	11,5
Nordrhein-Westfalen	13 253 554	5 105 142	38,5	3 648 307	27,5	107 090	0,8	1 349 745	10,2
Sachsen	3 406 430	1 490 049	43,7	1 037 672	30,5	36 106	1,1	416 271	12,2
Hessen	4 413 271	1 771 582	40,1	1 182 788	26,8	82 392	1,9	506 402	11,5
Thüringen	1 834 259	809 136	44,1	582 856	31,8	19 710	1,1	206 570	11,3
Rheinland-Pfalz	3 092 424	1 235 149	39,9	840 445	27,2	37 482	1,2	357 222	11,6
Bayern	9 472 738	4 113 422	43,4	2 839 012	30,0	52 971	0,6	1 221 439	12,9
Baden-Württemberg	7 689 895	3 057 115	39,8	1 978 426	25,7	69 450	0,9	1 009 239	13,1
Saarland	796 072	321 069	40,3	218 644	27,5	14 868	1,9	87 557	11,0
Deutschland	61 946 900	25 079 483	40,5	17 636 975	28,5	583 069	0,9	6 859 439	11,1

Wenn man die durchschnittliche Zahl der für alle Parteien abgegebenen gültigen Zweitstimmen pro Abgeordneter bzw. Abgeordneter für alle 631 Sitze zusammen berechnet, kommt man grundsätzlich auf 69 298 Stimmen (siehe Tabelle 27). Die entsprechenden Durchschnittszahlen der in die Sitzverteilung einbezogenen Parteien CDU, SPD, DIE LINKE, GRÜNE und CSU weichen dabei nicht allzu sehr voneinander ab. Sie liegen im Bundesdurchschnitt für eine Abgeordnete bzw. einen Abgeordneten zwischen 57 921 bei der CSU und 58 683 bei der DIE LINKE.

Wesentlich größer sind die Unterschiede in den Ländern. Für das Land Bremen beispielsweise beträgt die Zahl der gültigen Zweitstimmen für die in die Sitzverteilung einbezogenen Parteien je Abgeordneter bzw. Abgeordneter nur 54 902, für Baden-Württemberg dagegen 72 334. Betrachtet man die Durchschnittszahlen der einzelnen Parteien, so ist festzustellen, dass sie für die Partei DIE LINKE immens große Länderunterschiede aufweisen. Sie bewegen sich zwischen 33 284 in Bremen und 84 177 in Schleswig-Holstein.

6 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

Es folgen die GRÜNEN mit Durchschnittswerten zwischen 31 998 im Saarland und 65.317 in Niedersachsen. Bei der SPD liegen die Durchschnittswerte zwischen 51 477 in Mecklenburg-Vorpommern und 66 238 in Thüringen. Bei der CDU sind die geringsten Unterschiede zwischen den Durchschnittswerten festzustellen. Sie liegen zwischen 48 230 in Bremen und 61 508 in Mecklenburg-Vorpommern.

Tabelle 27: Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und der Zweitstimmen je Abgeordneter bzw. Abgeordnetem 2013

Land	Wahlberechtigte	Gültige Zweitstimmen						
		Insgesamt	CDU, SPD, DIE LINKE, GRÜNE und CSU zusammen	CDU	SPD	DIE LINKE	GRÜNE	CSU
Schleswig-Holstein	93 825	67 845	57 908	58 069	57 081	84 177	51 046	–
Mecklenburg-Vorpommern	103 900	66 749	57 544	61 508	51 477	62 290	37 716	–
Hamburg	98 609	68 525	58 919	57 185	57 780	78 296	56 413	–
Niedersachsen	92 689	67 352	59 264	58 890	58 800	55 984	65 317	–
Bremen	80 637	54 902	47 827	48 230	58 602	33 284	40 014	–
Brandenburg	103 297	69 418	59 013	53 622	64 235	62 262	65 182	–
Sachsen-Anhalt	101 625	62 043	54 194	53 976	53 683	56 464	46 858	–
Berlin	92 804	66 212	55 529	56 516	54 923	55 085	55 184	–
Nordrhein-Westfalen	96 040	68 827	59 046	59 945	58 236	58 293	58 511	–
Sachsen	103 225	70 686	58 072	58 506	56 803	58 381	56 958	–
Hessen	98 073	69 958	58 704	58 714	56 682	62 885	62 627	–
Thüringen	101 903	68 427	56 951	53 031	66 238	57 723	60 511	–
Rheinland-Pfalz	99 756	71 435	59 912	59 916	60 891	60 169	56 457	–
Bayern	104 096	72 316	58 894	–	59 728	62 230	61 424	57 921
Baden-Württemberg	98 588	72 334	59 395	59 921	58 021	54 491	62 329	–
Saarland	88 452	62 507	52 778	53 092	58 197	56 045	31 998	–
Deutschland	98 173	69 298	58 427	58 517	58 302	58 683	58 636	57 921

7 Die Gewählten

Das Durchschnittsalter der 631 Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages beträgt 49,6 Jahre. Die Abgeordneten der SPD sind durchschnittlich 50,0, die der CDU 50,3 Jahre alt. Durchschnittlich am ältesten sind mit 50,6 Jahren die Abgeordneten der DIE LINKE. Die GRÜNEN haben mit einem Durchschnittsalter von 46,3 Jahren die jüngsten Abgeordneten, gefolgt von der CSU mit 47,5.

Der jüngste Abgeordnete (Geburtsjahr 1987) im 18. Deutschen Bundestag gehört der SPD, der älteste (Geburtsjahr 1935) der CDU an. Die Altersstruktur der neu gewählten Abgeordneten ergibt sich aus Tabelle 28.

Unter den durch die Bundestagswahl 2013 gewählten 631 Abgeordneten sind 229 Frauen. Von ihnen gehören 63 der CDU an, 81 der SPD, 36 der DIE LINKE, 35 den GRÜNEN sowie 14 der CSU. Ihr Anteil an allen Abgeordneten beträgt 36,3 % (Bundestagswahl 2009: 32,8 %). 62 Frauen haben bundesweit Direktmandate gewonnen; im Saarland erreichten sie dabei mit 2 von 4 Wahlkreisen den höchsten Anteil (50 %). In Bremen fiel Frauen keines der beiden zu vergebenden Direktmandate zu.

Tabelle 28: Abgeordnete im 18. Deutschen Bundestag nach Altersgruppen, Geschlecht und Partei

	Insgesamt	Alter Ende 2013 von ... bis ... Jahre									
		< 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 – 64	65 – 69	≥ 70
CDU											
Absolut	255	6	12	23	28	40	55	41	38	6	6
In %	100	2,4	4,7	9,0	11,0	15,7	21,6	16,1	14,9	2,4	2,4
Männlich ...	192	6	8	18	25	30	38	30	26	6	5
Weiblich	63	0	4	5	3	10	17	11	12	0	1
SPD											
Absolut	193	3	7	17	26	36	41	30	29	4	0
In %	100	1,6	3,6	8,8	13,5	18,7	21,2	15,5	15,0	2,1	0,0
Männlich ...	112	3	4	12	16	19	23	15	17	3	0
Weiblich	81	0	3	5	10	17	18	15	12	1	0
DIE LINKE											
Absolut	64	1	1	6	10	7	15	15	7	1	1
In %	100	1,6	1,6	9,4	15,6	10,9	23,4	23,4	10,9	1,6	1,6
Männlich ...	28	1	0	2	5	2	6	8	2	1	1
Weiblich	36	0	1	4	5	5	9	7	5	0	0
GRÜNE											
Absolut	63	4	8	7	8	12	7	9	6	1	1
In %	100	6,3	12,7	11,1	12,7	19,0	11,1	14,3	9,5	1,6	1,6
Männlich ...	28	1	4	4	5	5	1	3	3	1	1
Weiblich	35	3	4	3	3	7	6	6	3	0	0

Tabelle 28: Abgeordnete im 18. Deutschen Bundestag nach Altersgruppen, Geschlecht und Partei

	Insgesamt	Alter Ende 2013 von ... bis ... Jahre									
		< 30	30	35	40	45	50	55	60	65	≥ 70
			– 34	– 39	– 44	– 49	– 54	– 59	– 64	– 69	
CSU											
Absolut	56	4	3	13	7	5	4	10	9	1	0
In %	100	7,1	5,4	23,2	12,5	8,9	7,1	17,9	16,1	1,8	0,0
Männlich ...	42	1	3	8	6	5	3	7	8	1	0
Weiblich	14	3	0	5	1	0	1	3	1	0	0
Insgesamt											
Absolut	631	18	31	66	79	100	122	105	89	13	8
In %	100	2,9	4,9	10,5	12,5	15,8	19,3	16,6	14,1	2,1	1,3
Männlich ...	402	12	19	44	57	61	71	63	56	12	7
Weiblich	229	6	12	22	22	39	51	42	33	1	1

Anhangtabellen

- Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen
- Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl		Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand unter 1 000 Stimmen							
150	Märkischer Kreis II	NW	SPD	CDU	53	0,1	SPD	CDU	6 770	11,4
120	Essen III	NW	CDU	SPD	93	0,2	SPD	CDU	3 786	6,6
167	Waldeck	HE	CDU	SPD	227	0,4	SPD	CDU	3 323	6,4
060	Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I [...]	BB	SPD	CDU	333	0,8	SPD	DIE LINKE	5 473	13,4
093	Köln I	NW	SPD	CDU	400	0,8	SPD	CDU	1 743	4,0
052	Goslar - Northeim - Osterode	NI	SPD	CDU	486	0,8	SPD	CDU	5 656	9,4
028	Delmenhorst - Wesermarsch - Oldenburg-Land	NI	CDU	SPD	576	0,9	CDU	SPD	899	1,6
061	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	BB	CDU	SPD	730	1,3	SPD	DIE LINKE	205	0,4
133	Herford - Minden-Lübbecke II	NW	SPD	CDU	764	1,1	SPD	CDU	1 400	2,2
			Abstand von 1 000 bis unter 2 000 Stimmen							
027	Oldenburg - Ammerland	NI	SPD	CDU	1 022	1,7	CDU	SPD	6 590	11,9
296	Saarbrücken	SL	CDU	SPD	1 038	2,0	CDU	SPD	2 011	4,4
135	Lippe I	NW	SPD	CDU	1 151	2,3	SPD	CDU	4 241	8,4
096	Bonn	NW	SPD	CDU	1 177	1,8	SPD	CDU	3 577	6,5
132	Bielefeld - Gütersloh II	NW	SPD	CDU	1 443	2,1	CDU	SPD	3 216	5,0
048	Hildesheim	NI	CDU	SPD	1 667	2,4	SPD	CDU	4 179	6,5
114	Krefeld II - Wesel II	NW	SPD	CDU	1 743	3,3	SPD	CDU	5 730	11,3
059	Märkisch-Oderland - Barnim II	BB	CDU	DIE LINKE	1 819	3,1	DIE LINKE	CDU	22 685	36,2
045	Gifhorn - Peine	NI	SPD	CDU	1 891	2,7	SPD	CDU	5 538	8,6
			Abstand von 2 000 bis unter 5 000 Stimmen							
210	Kaiserslautern	RP	SPD	CDU	2 167	3,5	SPD	CDU	2 759	5,0
078	Berlin-Spandau - Charlottenburg Nord	BE	CDU	SPD	2 281	4,6	CDU	SPD	3 943	8,8
186	Darmstadt	HE	SPD	CDU	2 423	3,7	SPD	CDU	45	0,1
082	Berlin-Neukölln	BE	SPD	CDU	2 436	5,5	CDU	SPD	4 450	11,2
047	Hannover-Land II	NI	SPD	CDU	2 672	3,4	SPD	CDU	7 642	10,4
101	Leverkusen - Köln IV	NW	SPD	CDU	2 971	4,9	SPD	CDU	2 275	4,3
299	Homburg	SL	CDU	SPD	2 984	5,4	CDU	SPD	3 592	7,5
169	Werra-Meißner - Hersfeld-Rotenburg	HE	SPD	CDU	3 244	5,9	SPD	CDU	7 564	14,2
019	Hamburg-Altona	HH	SPD	CDU	3 309	7,1	SPD	CDU	7 995	16,9

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl		Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand von 2 000 bis unter 5 000 Stimmen							
053	Göttingen	NI	SPD	CDU	3 634	5,5	SPD	CDU	3 980	6,6
046	Hameln-Pyrmont - Holzminden	NI	SPD	CDU	3 758	6,5	SPD	CDU	6 055	10,8
170	Schwalm-Eder	HE	SPD	CDU	3 782	6,5	SPD	CDU	9 466	16,7
022	Hamburg-Wandsbek	HH	SPD	CDU	4 027	6,9	CDU	SPD	2 498	4,6
056	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin – Havelland I	BB	CDU	SPD	4 036	11,8	SPD	DIE LINKE	1 334	4,0
040	Nienburg II - Schaumburg	NI	SPD	CDU	4 292	6,9	SPD	CDU	5 935	10,1
202	Kreuznach	RP	CDU	SPD	4 803	9,0	CDU	SPD	23 835	39,0
			Abstand von 5 000 bis unter 10 000 Stimmen							
184	Groß-Gerau	HE	CDU	SPD	5 145	9,9	CDU	SPD	437	1,0
035	Rotenburg I - Heidekreis	NI	CDU	SPD	5 147	9,5	CDU	SPD	5 949	12,3
011	Lübeck	SH	SPD	CDU	5 223	10,4	SPD	CDU	7 648	17,2
171	Marburg	HE	SPD	CDU	5 299	9,5	SPD	CDU	4 390	8,5
026	Friesland - Wilhelmshaven - Wittmund	NI	SPD	CDU	5 903	10,1	SPD	CDU	9 640	18,6
102	Wuppertal I	NW	SPD	CDU	5 980	10,2	SPD	CDU	2 159	4,2
020	Hamburg-Eimsbüttel	HH	SPD	CDU	5 993	11,3	CDU	GRÜNE	7 280	16,7
129	Münster	NW	CDU	SPD	6 056	8,7	CDU	SPD	10 790	16,9
075	Berlin-Mitte	BE	SPD	CDU	6 095	15,5	SPD	CDU	5 183	15,3
145	Hamm - Unna II	NW	SPD	CDU	6 303	8,9	SPD	CDU	18 358	25,3
113	Wesel I	NW	CDU	SPD	6 463	9,8	CDU	SPD	351	0,6
014	Rostock - Landkreis Rostock II	MV	CDU	DIE LINKE	6 501	12,3	DIE LINKE	CDU	5 162	11,1
023	Hamburg-Bergedorf - Harburg	HH	SPD	CDU	6 823	12,0	SPD	CDU	8 662	15,8
087	Aachen I	NW	CDU	SPD	7 268	13,4	CDU	SPD	12 180	24,0
207	Worms	RP	CDU	SPD	7 389	12,0	SPD	CDU	2 363	4,4
168	Kassel	HE	SPD	CDU	7 504	12,1	SPD	CDU	11 978	20,1
076	Berlin-Pankow	BE	DIE LINKE	CDU	7 631	15,6	DIE LINKE	SPD	2 301	4,9
006	Plön - Neumünster	SH	CDU	SPD	7 748	14,1	CDU	SPD	6 453	13,4
063	Frankfurt (Oder) - Oder-Spree	BB	CDU	DIE LINKE	7 814	17,4	DIE LINKE	SPD	5 119	11,7
107	Düsseldorf II	NW	CDU	SPD	7 925	14,2	CDU	SPD	5 938	11,8
051	Helmstedt - Wolfsburg	NI	CDU	SPD	7 934	13,5	CDU	SPD	6 363	12,1
021	Hamburg-Nord	HH	CDU	SPD	8 038	12,5	CDU	SPD	8 404	13,6

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl		Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand von 5 000 bis unter 10 000 Stimmen							
281	Freiburg	BW	CDU	SPD	8 102	13,9	SPD	CDU	6 443	12,6
037	Lüchow-Dannenberg - Lüneburg	NI	CDU	SPD	8 153	15,5	CDU	SPD	2 818	6,5
134	Minden-Lübbecke I	NW	CDU	SPD	8 199	12,4	CDU	SPD	4 190	6,8
080	Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	BE	CDU	SPD	8 460	15,1	SPD	CDU	2 791	5,9
001	Flensburg - Schleswig	SH	CDU	SPD	8 517	12,5	CDU	SPD	9 654	15,6
139	Ennepe-Ruhr-Kreis II	NW	SPD	CDU	8 667	15,4	SPD	CDU	14 082	25,7
095	Köln III	NW	SPD	CDU	9 022	16,4	SPD	CDU	9 532	20,0
041	Stadt Hannover I	NI	SPD	CDU	9 061	16,3	SPD	CDU	7 971	15,8
183	Frankfurt am Main II	HE	CDU	SPD	9 150	16,1	CDU	SPD	9 953	18,1
118	Mülheim - Essen I	NW	SPD	CDU	9 254	15,8	SPD	CDU	12 894	22,4
182	Frankfurt am Main I	HE	CDU	SPD	9 303	17,7	CDU	SPD	6 719	14,6
034	Osterholz - Verden	NI	CDU	SPD	9 514	15,1	CDU	SPD	683	1,3
180	Hanau	HE	CDU	SPD	9 736	17,7	CDU	SPD	4 704	9,8
			Abstand von 10 000 bis unter 15 000 Stimmen							
043	Hannover-Land I	NI	CDU	SPD	10 069	13,0	SPD	CDU	867	1,3
275	Mannheim	BW	CDU	SPD	10 083	18,7	CDU	SPD	8 292	17,2
206	Mainz	RP	CDU	SPD	10 116	13,1	CDU	SPD	10 743	15,8
244	Nürnberg-Nord	BY	CSU	SPD	10 163	19,6	CSU	SPD	7 697	15,7
105	Mettmann II	NW	CDU	SPD	10 216	18,5	CDU	SPD	5 103	10,6
179	Wiesbaden	HE	CDU	SPD	11 155	19,8	CDU	SPD	10 665	20,0
009	Ostholstein - Stormarn-Nord	SH	CDU	SPD	11 434	19,1	CDU	SPD	5 598	11,3
208	Ludwigshafen/Frankenthal	RP	CDU	SPD	11 743	17,9	CDU	SPD	9 023	15,6
050	Braunschweig	NI	SPD	CDU	12 242	19,8	SPD	CDU	5 988	11,2
122	Recklinghausen II	NW	SPD	CDU	12 344	20,0	SPD	CDU	14 963	25,4
004	Rendsburg-Eckernförde	SH	CDU	SPD	12 378	18,5	CDU	SPD	11 266	19,1
042	Stadt Hannover II	NI	SPD	CDU	12 506	21,0	SPD	CDU	10 534	19,1
066	Altmark	ST	CDU	DIE LINKE	12 522	28,0	DIE LINKE	CDU	2 409	6,5
057	Uckermark - Barnim I	BB	CDU	DIE LINKE	12 721	33,1	DIE LINKE	SPD	5 100	15,6
140	Bochum I	NW	SPD	CDU	12 990	19,4	SPD	CDU	18 780	28,5
094	Köln II	NW	CDU	SPD	13 036	17,9	CDU	SPD	4 239	7,1

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl		Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand von 10 000 bis unter 15 000 Stimmen							
121	Recklinghausen I	NW	SPD	CDU	13 121	24,1	SPD	CDU	15 123	28,7
125	Bottrop - Recklinghausen III	NW	SPD	CDU	13 559	20,3	SPD	CDU	14 520	23,1
173	Gießen	HE	CDU	SPD	13 559	20,1	CDU	SPD	3 700	6,6
054	Bremen I	HB	SPD	CDU	13 963	20,2	SPD	CDU	9 333	14,9
029	Cuxhaven - Stade II	NI	CDU	SPD	14 036	22,1	CDU	SPD	1 173	2,3
116	Duisburg II	NW	SPD	CDU	14 105	31,5	SPD	CDU	19 934	41,9
003	Steinburg - Dithmarschen Süd	SH	CDU	SPD	14 193	25,0	CDU	SPD	12 502	25,1
148	Siegen-Wittgenstein	NW	CDU	SPD	14 323	20,2	CDU	SPD	3 717	5,8
153	Leipzig II	SN	CDU	DIE LINKE	14 327	27,5	CDU	DIE LINKE	4 984	12,1
005	Kiel	SH	SPD	CDU	14 346	23,0	SPD	CDU	11 665	21,4
049	Salzgitter - Wolfenbüttel	NI	SPD	CDU	14 360	20,5	SPD	CDU	19 112	27,4
297	Saarlouis	SL	CDU	SPD	14 391	21,6	CDU	SPD	7 104	12,2
245	Nürnberg-Süd	BY	CSU	SPD	14 577	27,2	CSU	SPD	10 360	21,8
271	Karlsruhe-Stadt	BW	CDU	SPD	14 586	25,0	CDU	SPD	16 027	29,8
064	Cottbus - Spree-Neiße	BB	CDU	SPD	14 791	33,4	DIE LINKE	SPD	2 695	7,2
			Abstand von 15 000 bis unter 20 000 Stimmen							
194	Gera - Jena - Saale-Holzland-Kreis	TH	CDU	DIE LINKE	15 074	25,2	DIE LINKE	CDU	2 754	5,6
072	Halle	ST	CDU	DIE LINKE	15 200	29,7	DIE LINKE	CDU	3 842	8,3
081	Berlin-Tempelhof - Schöneberg	BE	CDU	SPD	15 267	25,1	CDU	GRÜNE	10 465	19,0
039	Stadt Osnabrück	NI	CDU	SPD	15 357	23,8	CDU	SPD	7 543	13,8
144	Unna I	NW	SPD	CDU	15 854	23,2	SPD	CDU	14 936	23,8
088	Aachen II	NW	CDU	SPD	15 986	21,7	CDU	SPD	9 306	14,7
298	St. Wendel	SL	CDU	SPD	15 997	26,3	CDU	SPD	12 817	23,0
198	Neuwied	RP	CDU	SPD	16 332	20,5	CDU	SPD	4 670	7,1
062	Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III - O. [...]	BB	CDU	SPD	16 409	26,7	SPD	DIE LINKE	10 036	18,8
058	Oberhavel - Havelland II	BB	CDU	SPD	16 413	25,2	SPD	CDU	2 533	5,2
007	Pinneberg	SH	CDU	SPD	16 477	20,5	CDU	SPD	15 508	22,0
128	Steinfurt III	NW	CDU	SPD	16 599	23,9	CDU	SPD	2 765	4,5
071	Anhalt	ST	CDU	DIE LINKE	16 799	29,7	DIE LINKE	CDU	77	0,2
069	Magdeburg	ST	CDU	DIE LINKE	16 815	30,5	DIE LINKE	CDU	1 914	4,0

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl		Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand von 15 000 bis unter 20 000 Stimmen							
211	Pirmasens	RP	CDU	SPD	17 021	29,8	CDU	SPD	15 693	31,4
192	Gotha - Ilm-Kreis	TH	CDU	SPD	17 135	33,0	CDU	SPD	3 031	7,6
274	Heidelberg	BW	CDU	SPD	17 211	25,3	CDU	SPD	10 280	17,7
115	Duisburg I	NW	SPD	CDU	17 302	31,0	SPD	CDU	13 085	26,0
085	Berlin-Marzahn - Hellersdorf	BE	DIE LINKE	CDU	17 314	34,0	DIE LINKE	CDU	35 673	59,2
103	Solingen - Remscheid - Wuppertal II	NW	CDU	SPD	17 338	24,7	CDU	SPD	7 455	12,0
018	Hamburg-Mitte	HH	SPD	CDU	18 244	28,1	SPD	CDU	12 819	22,8
218	München-Nord	BY	CSU	SPD	18 305	27,3	CSU	SPD	1 470	2,6
119	Essen II	NW	SPD	CDU	18 434	35,7	SPD	CDU	20 055	40,9
008	Segeberg - Stormarn-Mitte	SH	CDU	SPD	18 473	22,4	CDU	SPD	16 225	23,1
117	Oberhausen - Wesel III	NW	SPD	CDU	18 553	28,4	SPD	CDU	25 188	38,6
138	Hagen - Ennepe-Ruhr-Kreis I	NW	SPD	CDU	18 715	27,5	SPD	CDU	14 087	22,0
074	Mansfeld	ST	CDU	DIE LINKE	18 723	34,2	DIE LINKE	CDU	4 037	8,6
197	Suhl - Schmalkalden-Meiningen - Hildburghausen	TH	CDU	DIE LINKE	18 832	34,9	DIE LINKE	CDU	1 761	4,3
012	Schwerin - Ludwigslust-Parchim I - Nordwestm. I	MV	CDU	SPD	19 102	33,5	CDU	DIE LINKE	2 811	6,4
010	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	SH	CDU	SPD	19 205	23,4	CDU	SPD	17 801	25,1
177	Wetterau I	HE	CDU	SPD	19 313	32,1	CDU	SPD	10 879	20,4
030	Stade I - Rotenburg II	NI	CDU	SPD	19 434	28,4	CDU	SPD	15 184	24,5
172	Lahn-Dill	HE	CDU	SPD	19 453	28,3	CDU	SPD	12 317	20,5
238	Coburg	BY	CSU	SPD	19 524	35,3	CSU	SPD	26 292	47,7
143	Dortmund II	NW	SPD	CDU	19 700	31,1	SPD	CDU	18 519	31,3
033	Diepholz - Nienburg I	NI	CDU	SPD	19 795	29,6	CDU	SPD	4 286	8,1
091	Rhein-Erft-Kreis I	NW	CDU	SPD	19 922	23,8	CDU	SPD	6 358	9,1
			Abstand von 20 000 bis unter 30 000 Stimmen							
077	Berlin-Reinickendorf	BE	CDU	SPD	20 252	34,4	CDU	SPD	15 014	29,7
193	Erfurt - Weimar - Weimarer Land II	TH	CDU	SPD	20 298	35,6	CDU	DIE LINKE	2 886	6,3
065	Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II	BB	CDU	DIE LINKE	20 317	42,8	CDU	DIE LINKE	749	2,1
036	Harburg	NI	CDU	SPD	20 550	30,0	CDU	SPD	14 655	24,6
175	Main-Kinzig - Wetterau II - Schotten	HE	CDU	SPD	20 850	33,7	CDU	SPD	11 184	21,1
191	Kyffhäuserkreis - Sömmerda - Weimarer Land I	TH	CDU	DIE LINKE	21 111	38,8	CDU	DIE LINKE	3 101	7,3

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl		Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand von 20 000 bis unter 30 000 Stimmen							
196	Sonneberg - Saalfeld-Rudolstadt - Saale-Orla-Kreis	TH	CDU	DIE LINKE	21 245	35,9	CDU	DIE LINKE	906	1,9
142	Dortmund I	NW	SPD	CDU	21 709	32,4	SPD	CDU	20 216	33,2
258	Stuttgart I	BW	CDU	GRÜNE	21 943	34,6	CDU	GRÜNE	6 402	13,2
185	Offenbach	HE	CDU	SPD	21 946	31,4	CDU	SPD	17 739	28,5
044	Celle - Uelzen	NI	CDU	SPD	22 132	29,4	CDU	SPD	18 465	26,9
055	Bremen II - Bremerhaven	HB	SPD	CDU	22 209	34,6	SPD	CDU	19 693	33,4
152	Leipzig I	SN	CDU	DIE LINKE	22 643	41,5	CDU	DIE LINKE	8 689	20,3
187	Odenwald	HE	CDU	SPD	22 737	28,3	CDU	SPD	18 394	26,6
104	Mettmann I	NW	CDU	SPD	22 796	30,1	CDU	SPD	15 981	24,1
141	Herne - Bochum II	NW	SPD	CDU	22 803	37,6	SPD	CDU	30 638	47,6
079	Berlin-Steglitz - Zehlendorf	BE	CDU	SPD	22 920	31,2	CDU	SPD	20 384	30,8
220	München-Süd	BY	CSU	SPD	22 942	34,5	CSU	SPD	15 014	25,5
002	Nordfriesland - Dithmarschen Nord	SH	CDU	SPD	22 964	35,5	CDU	SPD	20 109	35,4
090	Düren	NW	CDU	SPD	23 054	32,1	CDU	SPD	22 007	33,5
073	Burgenland - Saalekreis	ST	CDU	DIE LINKE	23 244	42,6	CDU	DIE LINKE	1 671	4,0
195	Greiz - Altenburger Land	TH	CDU	DIE LINKE	23 386	45,8	CDU	DIE LINKE	9 316	21,7
259	Stuttgart II	BW	CDU	SPD	23 532	40,4	CDU	SPD	10 477	23,8
024	Aurich - Emden	NI	SPD	CDU	23 611	35,6	SPD	CDU	24 170	41,8
162	Chemnitz	SN	CDU	DIE LINKE	23 917	42,8	CDU	DIE LINKE	8 443	18,4
086	Berlin-Lichtenberg	BE	DIE LINKE	CDU	23 944	43,6	DIE LINKE	SPD	37 846	61,2
200	Koblenz	RP	CDU	SPD	23 952	35,7	CDU	SPD	21 773	36,4
188	Bergstraße	HE	CDU	SPD	24 032	34,3	CDU	SPD	19 569	30,4
221	München-West/Mitte	BY	CSU	SPD	24 242	32,9	CSU	SPD	15 974	25,3
204	Trier	RP	CDU	SPD	24 402	36,3	CDU	SPD	26 941	43,5
190	Eisenach - Wartburgkreis - Unstrut-Hainich-Kreis II	TH	CDU	DIE LINKE	25 000	45,3	CDU	DIE LINKE	9 237	20,6
252	Augsburg-Stadt	BY	CSU	SPD	25 477	43,5	CSU	SPD	30 376	53,6
123	Gelsenkirchen	NW	SPD	CDU	25 507	43,3	SPD	CDU	33 612	52,0
151	Nordsachsen	SN	CDU	DIE LINKE	26 063	52,2	CDU	DIE LINKE	16 387	37,1
219	München-Ost	BY	CSU	SPD	26 694	35,7	CSU	SPD	16 495	26,9
070	Dessau - Wittenberg	ST	CDU	DIE LINKE	27 033	51,0	CDU	DIE LINKE	6 615	15,2

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	%	Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	%
			2013				2009			
			Abstand von 20 000 bis unter 30 000 Stimmen							
110	Krefeld I - Neuss II	NW	CDU	SPD	27 053	37,0	CDU	SPD	19 552	31,2
013	Ludwigslust-Parchim II - Nordwestmecklenb. II [...]	MV	CDU	DIE LINKE	27 105	46,8	CDU	DIE LINKE	5 234	11,5
109	Mönchengladbach	NW	CDU	SPD	27 178	42,6	CDU	SPD	21 932	39,3
146	Soest	NW	CDU	SPD	27 267	33,1	CDU	SPD	27 142	36,3
205	Montabaur	RP	CDU	SPD	27 790	37,1	CDU	SPD	20 799	31,9
131	Gütersloh I	NW	CDU	SPD	27 838	33,2	CDU	SPD	20 640	27,8
149	Olpe - Märkischer Kreis I	NW	CDU	SPD	28 200	36,7	CDU	SPD	28 432	40,2
176	Hochtaunus	HE	CDU	SPD	28 350	42,4	CDU	SPD	27 491	43,8
112	Kleve	NW	CDU	SPD	28 438	35,0	CDU	SPD	30 190	39,5
084	Berlin-Treptow - Köpenick	BE	DIE LINKE	CDU	28 625	46,4	DIE LINKE	CDU	33 756	53,7
136	Höxter - Lippe II	NW	CDU	SPD	28 723	37,4	CDU	SPD	22 664	31,6
165	Zwickau	SN	CDU	DIE LINKE	29 010	44,7	CDU	DIE LINKE	15 340	27,6
124	Steinfurt I - Borken I	NW	CDU	SPD	29 394	38,8	CDU	SPD	20 387	32,3
288	Waldshut	BW	CDU	SPD	29 650	45,6	CDU	SPD	15 941	31,3
067	Börde - Jerichower Land	ST	CDU	SPD	29 772	48,1	CDU	DIE LINKE	5 646	12,1
242	Erlangen	BY	CSU	SPD	29 774	45,7	CSU	SPD	28 416	46,8
038	Osnabrück-Land	NI	CDU	SPD	29 814	39,1	CDU	SPD	17 147	27,1
068	Harz	ST	CDU	DIE LINKE	29 919	50,0	CDU	DIE LINKE	2 718	5,8
159	Dresden I	SN	CDU	DIE LINKE	29 938	41,3	CDU	DIE LINKE	19 569	34,5
			Abstand von 30 000 bis unter 40 000 Stimmen							
130	Warendorf	NW	CDU	SPD	30 216	37,6	CDU	SPD	25 191	33,5
106	Düsseldorf I	NW	CDU	SPD	30 475	39,0	CDU	SPD	23 624	34,4
209	Neustadt - Speyer	RP	CDU	SPD	31 128	40,2	CDU	SPD	31 077	43,5
239	Hof	BY	CSU	SPD	31 157	48,0	CSU	SPD	23 869	41,4
108	Neuss I	NW	CDU	SPD	32 093	40,8	CDU	SPD	27 173	38,4
016	Meckl. Seenplatte I - Vorpommern-Greifswald II	MV	CDU	DIE LINKE	32 097	47,9	CDU	DIE LINKE	6 554	12,4
212	Südpfalz	RP	CDU	SPD	32 363	42,7	CDU	SPD	19 707	31,8
263	Göppingen	BW	CDU	SPD	32 449	50,6	CDU	SPD	21 133	38,4
201	Mosel/Rhein-Hunsrück	RP	CDU	SPD	32 512	48,1	CDU	SPD	29 951	50,2
017	Mecklenb. Seenplatte II - Landkreis Rostock III	MV	CDU	DIE LINKE	32 568	51,8	CDU	DIE LINKE	6 727	14,1

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl		Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand von 30 000 bis unter 40 000 Stimmen							
099	Oberbergischer Kreis	NW	CDU	SPD	33 027	42,5	CDU	SPD	30 594	42,6
089	Heinsberg	NW	CDU	SPD	33 205	47,0	CDU	SPD	34 032	52,2
261	Esslingen	BW	CDU	SPD	33 446	50,8	CDU	SPD	18 433	34,2
097	Rhein-Sieg-Kreis I	NW	CDU	SPD	34 285	40,5	CDU	SPD	31 391	42,4
277	Rhein-Neckar	BW	CDU	SPD	34 547	47,8	CDU	SPD	24 329	40,7
237	Bayreuth	BY	CSU	SPD	34 592	54,1	CSU	SPD	34 928	59,4
203	Bitburg	RP	CDU	SPD	34 639	53,1	CDU	SPD	25 663	47,8
092	Euskirchen - Rhein-Erft-Kreis II	NW	CDU	SPD	35 056	39,5	CDU	SPD	25 255	33,5
247	Aschaffenburg	BY	CSU	SPD	35 283	52,2	CSU	SPD	31 348	55,5
083	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg - Prenzl. Berg Ost	BE	GRÜNE	SPD	36 257	54,9	GRÜNE	DIE LINKE	46 101	62,4
163	Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II	SN	CDU	DIE LINKE	36 374	55,8	CDU	DIE LINKE	20 932	38,7
236	Bamberg	BY	CSU	SPD	36 929	56,2	CSU	SPD	36 504	58,4
178	Rheingau-Taunus - Limburg	HE	CDU	SPD	37 337	44,2	CDU	SPD	30 097	40,0
166	Vogtlandkreis	SN	CDU	SPD	37 571	57,1	CDU	DIE LINKE	21 542	39,1
199	Ahrweiler	RP	CDU	SPD	38 308	49,5	CDU	SPD	28 158	45,3
246	Roth	BY	CSU	SPD	38 418	45,4	CSU	SPD	34 816	46,2
181	Main-Taunus	HE	CDU	SPD	38 426	48,4	CDU	SPD	36 051	49,6
160	Dresden II - Bautzen II	SN	CDU	DIE LINKE	38 639	54,2	CDU	DIE LINKE	25 722	46,4
251	Würzburg	BY	CSU	SPD	38 640	47,8	CSU	SPD	34 745	47,1
278	Bruchsal - Schwetzingen	BW	CDU	SPD	38 692	52,3	CDU	SPD	32 134	49,7
025	Unterems	NI	CDU	SPD	38 827	43,0	CDU	SPD	25 924	35,3
283	Emmendingen - Lahr	BW	CDU	SPD	39 025	49,5	CDU	SPD	26 088	42,5
235	Weiden	BY	CSU	SPD	39 049	60,1	CSU	SPD	30 630	55,8
243	Fürth	BY	CSU	SPD	39 061	44,9	CSU	SPD	32 392	42,1
269	Backnang - Schwäbisch Gmünd	BW	CDU	SPD	39 075	55,2	CDU	SPD	24 590	44,3
290	Tübingen	BW	CDU	SPD	39 194	56,5	CDU	GRÜNE	24 628	44,6
147	Hochsauerlandkreis	NW	CDU	SPD	39 270	46,8	CDU	SPD	37 677	48,5
189	Eichsfeld - Nordhausen - Unstrut-Hainich-Kreis I	TH	CDU	DIE LINKE	39 693	60,3	CDU	DIE LINKE	24 877	43,0

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	%	Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	%
			2013				2009			
			Abstand von 40 000 bis unter 50 000 Stimmen							
249	Main-Spessart	BY	CSU	SPD	40 189	55,1	CSU	SPD	46 883	62,1
111	Viersen	NW	CDU	SPD	40 566	46,2	CDU	SPD	37 668	47,5
262	Nürtingen	BW	CDU	SPD	40 697	50,4	CDU	SPD	29 206	44,2
098	Rhein-Sieg-Kreis II	NW	CDU	SPD	40 960	48,2	CDU	SPD	40 874	50,9
282	Lörrach - Müllheim	BW	CDU	SPD	41 303	50,9	CDU	SPD	8 691	14,9
240	Kulmbach	BY	CSU	SPD	41 316	60,0	CSU	SPD	67 941	78,4
267	Heilbronn	BW	CDU	SPD	41 546	47,3	CDU	SPD	31 824	43,4
279	Pforzheim	BW	CDU	SPD	41 678	53,6	CDU	SPD	27 280	43,8
293	Bodensee	BW	CDU	SPD	42 228	61,8	CDU	SPD	30 582	56,5
156	Bautzen I	SN	CDU	DIE LINKE	42 342	56,6	CDU	DIE LINKE	26 084	40,6
227	Deggendorf	BY	CSU	SPD	42 366	74,1	CSU	SPD	34 062	69,0
294	Ravensburg	BW	CDU	SPD	42 403	61,2	CDU	SPD	34 401	60,4
272	Karlsruhe-Land	BW	CDU	SPD	43 113	51,4	CDU	SPD	29 930	43,4
127	Coesfeld - Steinfurt II	NW	CDU	SPD	43 451	52,2	CDU	SPD	35 785	48,6
286	Schwarzwald-Baar	BW	CDU	SPD	44 294	66,6	CDU	SPD	32 337	59,7
250	Schweinfurt	BY	CSU	SPD	44 358	57,9	CSU	SPD	38 459	58,0
273	Rastatt	BW	CDU	SPD	44 368	57,0	CDU	SPD	35 373	51,5
154	Leipzig-Land	SN	CDU	DIE LINKE	44 408	58,2	CDU	DIE LINKE	27 925	45,8
157	Görlitz	SN	CDU	DIE LINKE	44 654	60,2	CDU	DIE LINKE	26 552	42,6
158	Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	SN	CDU	DIE LINKE	45 073	62,0	CDU	DIE LINKE	34 297	54,8
233	Regensburg	BY	CSU	SPD	45 107	54,6	CSU	SPD	40 446	53,5
161	Mittelsachsen	SN	CDU	DIE LINKE	45 130	60,8	CDU	DIE LINKE	28 835	46,8
126	Borken II	NW	CDU	SPD	45 385	52,8	CDU	SPD	41 930	52,9
268	Schwäbisch Hall - Hohenlohe	BW	CDU	SPD	45 699	56,1	CDU	SPD	32 868	50,2
234	Schwandorf	BY	CSU	SPD	46 124	57,1	CSU	SPD	38 470	52,8
230	Rottal-Inn	BY	CSU	SPD	46 129	73,5	CSU	SPD	36 984	67,4
229	Passau	BY	CSU	SPD	46 583	67,1	CSU	FDP	32 206	59,3
291	Ulm	BW	CDU	SPD	46 663	54,3	CDU	SPD	31 927	47,1
266	Neckar-Zaber	BW	CDU	SPD	46 731	50,4	CDU	SPD	31 176	44,2
292	Biberach	BW	CDU	SPD	46 754	66,3	CDU	SPD	22 387	46,0

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl		Ge- wählten	Erstunter- legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand von 40 000 bis unter 50 000 Stimmen							
164	Erzgebirgskreis I	SN	CDU	DIE LINKE	46 846	59,1	CDU	DIE LINKE	26 045	41,2
265	Ludwigsburg	BW	CDU	SPD	46 958	58,0	CDU	SPD	26 610	43,4
289	Reutlingen	BW	CDU	SPD	47 011	61,2	CDU	SPD	29 354	48,3
287	Konstanz	BW	CDU	SPD	47 568	63,0	CDU	SPD	29 543	49,9
264	Waiblingen	BW	CDU	SPD	48 174	55,3	CDU	SPD	25 504	36,7
231	Straubing	BY	CSU	SPD	48 179	71,3	CSU	SPD	36 650	59,5
241	Ansbach	BY	CSU	SPD	49 591	56,4	CSU	SPD	43 106	53,7
174	Fulda	HE	CDU	SPD	49 911	57,2	CDU	SPD	41 912	54,1
			Abstand von 50 000 bis unter 60 000 Stimmen							
031	Mittelems	NI	CDU	SPD	50 802	51,0	CDU	SPD	47 875	52,4
284	Offenburg	BW	CDU	SPD	51 221	64,0	CDU	SPD	38 284	58,6
155	Meißen	SN	CDU	DIE LINKE	51 387	67,0	CDU	DIE LINKE	32 867	52,8
214	Erding - Ebersberg	BY	CSU	SPD	51 758	65,5	CSU	SPD	43 116	63,9
270	Aalen - Heidenheim	BW	CDU	SPD	52 829	57,2	CDU	SPD	30 648	43,4
215	Freising	BY	CSU	SPD	54 564	66,8	CSU	GRÜNE	45 869	63,9
280	Calw	BW	CDU	SPD	54 622	65,4	CDU	SPD	36 553	56,4
295	Zollernalb - Sigmaringen	BW	CDU	SPD	55 282	70,0	CDU	SPD	41 163	65,5
254	Donau-Ries	BY	CSU	SPD	55 666	70,9	CSU	SPD	48 201	69,8
232	Amberg	BY	CSU	SPD	55 995	64,2	CSU	SPD	40 561	57,0
100	Rheinisch-Bergischer Kreis	NW	CDU	SPD	56 123	57,3	CDU	SPD	38 531	46,7
285	Rottweil - Tuttlingen	BW	CDU	SPD	56 473	69,3	CDU	FDP	41 709	63,1
213	Altötting	BY	CSU	SPD	56 994	78,2	CSU	SPD	50 560	75,1
015	Vorpommern-Rügen - Vorpommern-Greifswald I	MV	CDU	DIE LINKE	57 295	65,7	CDU	DIE LINKE	30 248	43,0
260	Böblingen	BW	CDU	SPD	57 732	56,4	CDU	SPD	45 794	55,6
276	Odenwald - Tauber	BW	CDU	SPD	57 928	63,9	CDU	SPD	45 360	60,2
248	Bad Kissingen	BY	CSU	SPD	58 347	65,6	CSU	SPD	57 087	66,7
			Abstand von 60 000 Stimmen und mehr							
222	München-Land	BY	CSU	SPD	61 390	61,3	CSU	SPD	49 783	57,2
137	Paderborn - Gütersloh III	NW	CDU	SPD	62 438	60,7	CDU	SPD	45 634	51,4

Anhangtabelle 1: Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wkr. Nr.	Wahlkreis	Land	Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
			Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl		Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	
						%				%
			2013				2009			
			Abstand von 60 000 Stimmen und mehr							
255	Neu-Ulm	BY	CSU	SPD	62 541	68,0	CSU	SPD	57 069	69,6
225	Traunstein	BY	CSU	SPD	63 028	72,0	CSU	SPD	55 335	72,1
224	Starnberg	BY	CSU	SPD	65 705	67,5	CSU	SPD	69 878	71,3
216	Fürstenfeldbruck	BY	CSU	SPD	66 329	63,8	CSU	SPD	55 224	61,1
256	Oberallgäu	BY	CSU	SPD	66 772	71,4	CSU	GRÜNE	63 088	75,8
032	Cloppenburg - Vechta	NI	CDU	SPD	68 593	67,9	CDU	SPD	63 633	69,4
228	Landshut	BY	CSU	SPD	71 166	72,1	CSU	SPD	59 616	70,2
223	Rosenheim	BY	CSU	SPD	73 735	78,5	CSU	SPD	59 264	72,0
226	Weilheim	BY	CSU	SPD	74 217	71,2	CSU	SPD	68 408	72,5
257	Ostallgäu	BY	CSU	SPD	74 324	74,8	CSU	SPD	62 570	73,2
253	Augsburg-Land	BY	CSU	SPD	74 962	70,8	CSU	SPD	65 081	70,4
217	Ingolstadt	BY	CSU	SPD	78 107	73,2	CSU	SPD	71 912	73,0

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		60 bis unter 70 Prozent				
001	032	Cloppenburg - Vechta	NI	CDU	66,3	62,3
002	213	Altötting	BY	CSU	65,8	60,7
003	225	Traunstein	BY	CSU	62,6	54,6
004	217	Ingolstadt	BY	CSU	61,5	57,2
005	227	Deggendorf	BY	CSU	61,4	52,9
006	231	Straubing	BY	CSU	61,2	55,4
007	230	Rottal-Inn	BY	CSU	61,1	53,6
008	256	Oberallgäu	BY	CSU	60,7	53,0
009	295	Zollernalb - Sigmaringen	BW	CDU	60,7	49,4
010	254	Donau-Ries	BY	CSU	60,6	52,6
011	253	Augsburg-Land	BY	CSU	60,6	53,0
		50 bis unter 60 Prozent				
012	229	Passau	BY	CSU	59,8	46,5
013	257	Ostallgäu	BY	CSU	59,8	51,1
014	276	Odenwald - Tauber	BW	CDU	59,1	50,3
015	137	Paderborn - Gütersloh III	NW	CDU	59,1	52,1
016	031	Mittelems	NI	CDU	59,0	54,6
017	292	Biberach	BW	CDU	59,0	42,7
018	280	Calw	BW	CDU	58,5	46,3
019	100	Rheinisch-Bergischer Kreis	NW	CDU	58,5	50,0
020	232	Amberg	BY	CSU	58,4	47,3
021	174	Fulda	HE	CDU	58,3	50,7
022	223	Rosenheim	BY	CSU	58,1	51,5
023	228	Landshut	BY	CSU	58,1	50,5
024	248	Bad Kissingen	BY	CSU	57,9	53,7
025	285	Rottweil - Tuttlingen	BW	CDU	57,8	48,0
026	234	Schwandorf	BY	CSU	57,7	51,3
027	270	Aalen - Heidenheim	BW	CDU	57,6	45,0
028	255	Neu-Ulm	BY	CSU	57,5	50,7
029	126	Borken II	NW	CDU	57,4	54,2
030	226	Weilheim	BY	CSU	57,2	52,0
031	240	Kulmbach	BY	CSU	56,9	68,1

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		50 bis unter 60 Prozent				
032	286	Schwarzwald-Baar	BW	CDU	56,7	47,4
033	015	Vorpommern-Rügen - Vorpommern-Greifswald I	MV	CDU	56,2	46,4
034	147	Hochsauerlandkreis	NW	CDU	56,1	51,7
035	127	Coesfeld - Steinfurt II	NW	CDU	56,1	50,8
036	284	Offenburg	BW	CDU	56,1	47,2
037	203	Bitburg	RP	CDU	56,0	46,1
038	237	Bayreuth	BY	CSU	55,9	50,9
039	216	Fürstenfeldbruck	BY	CSU	55,6	48,9
040	199	Ahrweiler	RP	CDU	55,5	45,5
041	214	Erding - Ebersberg	BY	CSU	55,4	48,9
042	269	Backnang - Schwäbisch Gmünd	BW	CDU	55,4	44,7
043	235	Weiden	BY	CSU	55,1	44,9
044	239	Hof	BY	CSU	55,1	46,5
045	250	Schweinfurt	BY	CSU	54,8	46,4
046	025	Unterems	NI	CDU	54,7	45,2
047	260	Böblingen	BW	CDU	54,3	45,1
048	224	Starnberg	BY	CSU	54,1	54,3
049	293	Bodensee	BW	CDU	53,9	45,0
050	201	Mosel/Rhein-Hunsrück	RP	CDU	53,6	47,7
051	155	Meißen	SN	CDU	53,6	45,2
052	273	Rastatt	BW	CDU	53,5	48,0
053	089	Heinsberg	NW	CDU	53,4	50,4
054	241	Ansbach	BY	CSU	53,3	47,4
055	272	Karlsruhe-Land	BW	CDU	53,3	45,2
056	266	Neckar-Zaber	BW	CDU	53,2	42,0
057	038	Osnabrück-Land	NI	CDU	53,1	44,2
058	111	Viersen	NW	CDU	53,0	48,9
059	215	Freising	BY	CSU	52,9	47,0
060	181	Main-Taunus	HE	CDU	52,5	47,5
061	222	München-Land	BY	CSU	52,5	45,7
062	247	Aschaffenburg	BY	CSU	52,4	42,7
063	098	Rhein-Sieg-Kreis II	NW	CDU	52,4	50,3

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		50 bis unter 60 Prozent				
064	283	Emmendingen - Lahr	BW	CDU	52,3	42,1
065	268	Schwäbisch Hall - Hohenlohe	BW	CDU	52,3	43,3
066	099	Oberbergischer Kreis	NW	CDU	52,2	48,4
067	236	Bamberg	BY	CSU	52,2	49,1
068	178	Rheingau-Taunus - Limburg	HE	CDU	52,1	46,1
069	291	Ulm	BW	CDU	52,1	42,8
070	124	Steinfurt I - Borken I	NW	CDU	52,0	44,5
071	161	Mittelsachsen	SN	CDU	51,9	43,6
072	289	Reutlingen	BW	CDU	51,9	42,7
073	287	Konstanz	BW	CDU	51,9	43,1
074	278	Bruchsal - Schwetzingen	BW	CDU	51,8	46,9
075	249	Main-Spessart	BY	CSU	51,7	52,4
076	149	Olpe - Märkischer Kreis I	NW	CDU	51,7	47,4
077	294	Ravensburg	BW	CDU	51,6	44,8
078	108	Neuss I	NW	CDU	51,6	47,8
079	264	Waiblingen	BW	CDU	51,4	43,0
080	288	Waldshut	BW	CDU	51,4	41,5
081	267	Heilbronn	BW	CDU	51,4	44,2
082	130	Warendorf	NW	CDU	51,3	49,0
083	154	Leipzig-Land	SN	CDU	51,3	41,7
084	261	Esslingen	BW	CDU	51,3	43,5
085	262	Nürtingen	BW	CDU	51,0	43,3
086	092	Euskirchen - Rhein-Erft-Kreis II	NW	CDU	50,9	43,6
087	112	Kleve	NW	CDU	50,9	48,9
088	109	Mönchengladbach	NW	CDU	50,8	45,6
089	246	Roth	BY	CSU	50,6	44,6
090	123	Gelsenkirchen	NW	SPD	50,5	54,3
091	265	Ludwigsburg	BW	CDU	50,4	39,9
092	090	Düren	NW	CDU	50,4	46,4
093	024	Aurich - Emden	NI	SPD	50,2	44,4
094	131	Gütersloh I	NW	CDU	50,3	44,7
095	164	Erzgebirgskreis I	SN	CDU	50,2	40,3

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		50 bis unter 60 Prozent				
096	158	Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	SN	CDU	50,2	45,1
097	282	Lörrach - Müllheim	BW	CDU	50,1	37,9
098	238	Coburg	BY	CSU	50,1	48,4
099	136	Höxter - Lippe II	NW	CDU	50,0	46,1
		40 bis unter 50 Prozent				
100	189	Eichsfeld - Nordhausen - Unstrut-Hainich-Kreis I	TH	CDU	49,8	43,0
101	002	Nordfriesland - Dithmarschen Nord	SH	CDU	49,8	43,2
102	146	Soest	NW	CDU	49,8	45,8
103	277	Rhein-Neckar	BW	CDU	49,7	42,3
104	097	Rhein-Sieg-Kreis I	NW	CDU	49,6	44,9
105	157	Görlitz	SN	CDU	49,6	42,4
106	163	Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II	SN	CDU	49,6	41,2
107	104	Mettmann I	NW	CDU	49,5	44,5
108	279	Pforzheim	BW	CDU	49,5	40,7
109	205	Montabaur	RP	CDU	49,3	43,2
110	156	Bautzen I	SN	CDU	49,2	42,3
111	243	Fürth	BY	CSU	49,2	43,3
112	110	Krefeld I - Neuss II	NW	CDU	49,1	42,3
113	263	Göppingen	BW	CDU	49,0	43,1
114	251	Würzburg	BY	CSU	48,9	44,0
115	175	Main-Kinzig - Wetterau II - Schotten	HE	CDU	48,8	40,9
116	212	Südpfalz	RP	CDU	48,8	40,7
117	204	Trier	RP	CDU	48,8	45,8
118	176	Hochtaunus	HE	CDU	48,8	45,2
119	141	Herne - Bochum II	NW	SPD	48,7	51,3
120	242	Erlangen	BY	CSU	48,5	45,1
121	044	Celle - Uelzen	NI	CDU	48,5	44,2
122	233	Regensburg	BY	CSU	48,5	44,7
123	188	Bergstraße	HE	CDU	48,3	44,4
124	119	Essen II	NW	SPD	48,3	46,1
125	166	Vogtlandkreis	SN	CDU	48,3	40,9
126	172	Lahn-Dill	HE	CDU	48,1	41,6

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		40 bis unter 50 Prozent				
127	200	Koblenz	RP	CDU	48,0	44,1
128	128	Steinfurt III	NW	CDU	47,9	43,3
129	209	Neustadt - Speyer	RP	CDU	47,9	44,6
130	106	Düsseldorf I	NW	CDU	47,9	43,5
131	030	Stade I - Rotenburg II	NI	CDU	47,6	44,2
132	033	Diepholz - Nienburg I	NI	CDU	47,5	37,5
133	091	Rhein-Erft-Kreis I	NW	CDU	47,3	39,4
134	138	Hagen - Ennepe-Ruhr-Kreis I	NW	SPD	47,1	43,0
135	177	Wetterau I	HE	CDU	47,1	41,4
136	017	Mecklenburgische Seenplatte II - Landkreis Rostock III	MV	CDU	47,0	35,2
137	187	Odenwald	HE	CDU	46,9	40,4
138	290	Tübingen	BW	CDU	46,9	38,9
139	198	Neuwied	RP	CDU	46,9	39,2
140	029	Cuxhaven - Stade II	NI	CDU	46,8	38,6
141	143	Dortmund II	NW	SPD	46,7	42,4
142	144	Unna I	NW	SPD	46,7	42,6
143	115	Duisburg I	NW	SPD	46,6	42,5
144	049	Salzgitter - Wolfenbüttel	NI	SPD	46,6	44,9
145	134	Minden-Lübbecke I	NW	CDU	46,3	42,5
146	068	Harz	ST	CDU	46,0	33,0
147	016	Mecklenburgische Seenplatte I - Vorpommern-Greifswald II	MV	CDU	45,9	35,3
148	211	Pirmasens	RP	CDU	45,9	39,4
149	009	Ostholstein - Stormarn-Nord	SH	CDU	45,9	38,6
150	125	Bottrop - Recklinghausen III	NW	SPD	45,8	42,8
151	148	Siegen-Wittgenstein	NW	CDU	45,8	41,5
152	039	Stadt Osnabrück	NI	CDU	45,7	38,4
153	122	Recklinghausen II	NW	SPD	45,7	42,6
154	151	Nordsachsen	SN	CDU	45,6	40,9
155	088	Aachen II	NW	CDU	45,6	40,2
156	105	Mettmann II	NW	CDU	45,6	39,8
157	185	Offenbach	HE	CDU	45,5	40,2
158	142	Dortmund I	NW	SPD	45,4	41,2

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		40 bis unter 50 Prozent				
159	008	Segeberg - Stormarn-Mitte	SH	CDU	45,4	39,8
160	298	St. Wendel	SL	CDU	45,4	40,1
161	003	Steinburg - Dithmarschen Süd	SH	CDU	45,4	39,8
162	007	Pinneberg	SH	CDU	45,4	40,8
163	036	Harburg	NI	CDU	45,2	40,6
164	010	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	SH	CDU	45,2	39,9
165	121	Recklinghausen I	NW	SPD	45,2	43,1
166	004	Rendsburg-Eckernförde	SH	CDU	45,2	40,2
167	117	Oberhausen - Wesel III	NW	SPD	45,1	44,6
168	077	Berlin-Reinickendorf	BE	CDU	45,0	39,0
169	195	Greiz - Altenburger Land	TH	CDU	44,9	37,4
170	073	Burgenland - Saalekreis	ST	CDU	44,8	33,0
171	035	Rotenburg I - Heidekreis	NI	CDU	44,8	40,2
172	051	Helmstedt - Wolfsburg	NI	CDU	44,7	39,4
173	040	Nienburg II - Schaumburg	NI	SPD	44,6	41,4
174	219	München-Ost	BY	CSU	44,6	36,4
175	070	Dessau - Wittenberg	ST	CDU	44,6	36,0
176	067	Börde - Jerichower Land	ST	CDU	44,6	32,7
177	165	Zwickau	SN	CDU	44,6	38,8
178	297	Saarlouis	SL	CDU	44,5	37,5
179	252	Augsburg-Stadt	BY	CSU	44,4	42,2
180	173	Gießen	HE	CDU	44,4	36,7
181	245	Nürnberg-Süd	BY	CSU	44,4	38,6
182	103	Solingen - Remscheid - Wuppertal II	NW	CDU	44,3	39,0
183	043	Hannover-Land I	NI	CDU	44,3	38,2
184	180	Hanau	HE	CDU	44,3	38,4
185	140	Bochum I	NW	SPD	44,2	43,3
186	026	Friesland - Wilhelmshaven - Wittmund	NI	SPD	44,1	39,9
187	034	Osterholz - Verden	NI	CDU	44,0	37,1
188	055	Bremen II - Bremerhaven	HB	SPD	43,9	38,7
189	259	Stuttgart II	BW	CDU	43,8	34,5
190	171	Marburg	HE	SPD	43,7	38,9

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		40 bis unter 50 Prozent				
191	006	Plön - Neumünster	SH	CDU	43,7	38,6
192	050	Braunschweig	NI	SPD	43,6	38,8
193	179	Wiesbaden	HE	CDU	43,6	40,8
194	041	Stadt Hannover I	NI	SPD	43,5	39,0
195	113	Wesel I	NW	CDU	43,5	38,5
196	220	München-Süd	BY	CSU	43,4	38,2
197	047	Hannover-Land II	NI	SPD	43,4	40,4
198	191	Kyffhäuserkreis - Sömmerda - Weimarer Land I	TH	CDU	43,3	33,8
199	208	Ludwigshafen/Frankenthal	RP	CDU	43,3	38,4
200	190	Eisenach - Wartburgkreis - Unstrut-Hainich-Kreis II	TH	CDU	43,3	34,8
201	045	Gifhorn - Peine	NI	SPD	43,2	40,5
202	218	München-Nord	BY	CSU	43,2	36,5
203	116	Duisburg II	NW	SPD	43,2	46,6
204	145	Hamm - Unna II	NW	SPD	43,2	43,9
205	169	Werra-Meißner - Hersfeld-Rotenburg	HE	SPD	43,1	40,4
206	005	Kiel	SH	SPD	43,0	38,3
207	013	Ludwigslust-Parchim II - Nordwestmecklenburg II - Landkreis Rostock I	MV	CDU	43,0	33,5
208	042	Stadt Hannover II	NI	SPD	42,8	39,6
209	159	Dresden I	SN	CDU	42,6	36,6
210	221	München-West/Mitte	BY	CSU	42,6	36,8
211	001	Flensburg - Schleswig	SH	CDU	42,5	38,8
212	079	Berlin-Steglitz - Zehlendorf	BE	CDU	42,5	38,8
213	052	Goslar - Northeim - Osterode	NI	SPD	42,4	39,1
214	170	Schwalm-Eder	HE	SPD	42,3	40,3
215	046	Hameln-Pyrmont - Holzminden	NI	SPD	42,3	39,6
216	139	Ennepe-Ruhr-Kreis II	NW	SPD	42,3	40,9
217	048	Hildesheim	NI	CDU	42,3	36,5
218	184	Groß-Gerau	HE	CDU	42,2	36,3
219	118	Mülheim - Essen I	NW	SPD	42,2	41,4
220	084	Berlin-Treptow - Köpenick	BE	DIE LINKE	42,2	44,8
221	066	Altmark	ST	CDU	42,1	31,2
222	207	Worms	RP	CDU	42,0	36,0

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		40 bis unter 50 Prozent				
223	197	Suhl - Schmalkalden-Meiningen - Hildburghausen	TH	CDU	42,0	30,8
224	258	Stuttgart I	BW	CDU	42,0	34,4
225	074	Mansfeld	ST	CDU	41,9	32,2
226	160	Dresden II - Bautzen II	SN	CDU	41,8	36,4
227	150	Märkischer Kreis II	NW	SPD	41,7	41,0
228	162	Chemnitz	SN	CDU	41,7	34,1
229	167	Waldeck	HE	CDU	41,5	35,3
230	114	Krefeld II - Wesel II	NW	SPD	41,5	39,6
231	202	Kreuznach	RP	CDU	41,4	47,0
232	101	Leverkusen - Köln IV	NW	SPD	41,3	37,1
233	133	Herford - Minden-Lübbecke II	NW	SPD	41,3	38,5
234	196	Sonneberg - Saalfeld-Rudolstadt - Saale-Orla-Kreis	TH	CDU	41,1	31,9
235	135	Lippe I	NW	SPD	41,1	40,2
236	071	Anhalt	ST	CDU	41,0	31,5
237	274	Heidelberg	BW	CDU	40,9	36,1
238	065	Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II	BB	CDU	40,9	28,9
239	107	Düsseldorf II	NW	CDU	40,7	37,7
240	087	Aachen I	NW	CDU	40,7	39,4
241	102	Wuppertal I	NW	SPD	40,7	35,8
242	011	Lübeck	SH	SPD	40,7	36,7
243	023	Hamburg-Bergedorf - Harburg	HH	SPD	40,4	39,0
244	053	Göttingen	NI	SPD	40,4	36,8
245	086	Berlin-Lichtenberg	BE	DIE LINKE	40,3	47,4
246	182	Frankfurt am Main I	HE	CDU	40,2	35,2
247	206	Mainz	RP	CDU	40,1	36,3
248	152	Leipzig I	SN	CDU	40,0	33,3
		30 bis unter 40 Prozent				
249	168	Kassel	HE	SPD	40,0	38,0
250	022	Hamburg-Wandsbek	HH	SPD	40,0	34,8
251	094	Köln II	NW	CDU	40,0	34,9
252	083	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg - Prenzlauer Berg Ost	BE	GRÜNE	39,9	46,7
253	037	Lüchow-Dannenberg - Lüneburg	NI	CDU	39,8	33,3

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		30 bis unter 40 Prozent				
254	275	Mannheim	BW	CDU	39,8	36,5
255	299	Homburg	SL	CDU	39,8	33,4
256	028	Delmenhorst - Wesermarsch - Oldenburg-Land	NI	CDU	39,7	35,3
257	021	Hamburg-Nord	HH	CDU	39,7	38,4
258	120	Essen III	NW	CDU	39,5	36,1
259	271	Karlsruhe-Stadt	BW	CDU	39,5	38,1
260	244	Nürnberg-Nord	BY	CSU	39,4	36,6
261	095	Köln III	NW	SPD	39,3	35,9
262	078	Berlin-Spandau - Charlottenburg Nord	BE	CDU	39,2	36,4
263	018	Hamburg-Mitte	HH	SPD	39,2	34,7
264	012	Schwerin - Ludwigslust-Parchim I - Nordwestmecklenburg I	MV	CDU	39,0	30,3
265	085	Berlin-Marzahn - Hellersdorf	BE	DIE LINKE	38,9	47,7
266	057	Uckermark - Barnim I	BB	CDU	38,9	25,9
267	129	Münster	NW	CDU	38,8	39,3
268	210	Kaiserslautern	RP	SPD	38,5	34,6
269	096	Bonn	NW	SPD	38,2	33,3
270	132	Bielefeld - Gütersloh II	NW	SPD	38,1	34,5
271	054	Bremen I	HB	SPD	37,9	33,7
272	020	Hamburg-Eimsbüttel	HH	SPD	37,5	23,8
273	058	Oberhavel - Havelland II	BB	CDU	37,5	27,7
274	027	Oldenburg - Ammerland	NI	SPD	37,4	31,3
275	192	Gotha - Ilm-Kreis	TH	CDU	37,3	29,1
276	186	Darmstadt	HE	SPD	37,3	35,0
277	193	Erfurt - Weimar - Weimarer Land II	TH	CDU	37,1	30,8
278	080	Berlin-Charlottenburg - Wilmersdorf	BE	CDU	37,1	30,2
279	062	Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III - Oberspreewald-Lausitz I	BB	CDU	37,0	24,8
280	093	Köln I	NW	SPD	37,0	35,0
281	296	Saarbrücken	SL	CDU	36,9	31,8
282	069	Magdeburg	ST	CDU	36,3	30,8
283	183	Frankfurt am Main II	HE	CDU	36,3	35,8
284	072	Halle	ST	CDU	36,3	30,9
285	194	Gera - Jena - Saale-Holzland-Kreis	TH	CDU	36,1	28,7

Anhangtabelle 2: Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den Wahlkreissieger

Lfd. Nr.	Wkr. Nr.	Name	Land	Parteizugehörig- keit des gewählten Bewerbers	Anteil der gültigen Erststimmen	
					2013	2009
		30 bis unter 40 Prozent				
286	064	Cottbus - Spree-Neiße	BB	CDU	35,9	24,1
287	014	Rostock - Landkreis Rostock II	MV	CDU	35,1	28,0
288	081	Berlin-Tempelhof - Schöneberg	BE	CDU	35,0	32,5
289	019	Hamburg-Altona	HH	SPD	34,9	35,8
290	281	Freiburg	BW	CDU	34,9	28,8
291	153	Leipzig II	SN	CDU	34,3	28,8
292	059	Märkisch-Oderland - Barnim II	BB	CDU	34,0	23,6
293	063	Frankfurt (Oder) - Oder-Spree	BB	CDU	33,9	22,4
294	056	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	BB	CDU	33,5	21,9
295	060	Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I	BB	SPD	33,1	32,9
296	061	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	BB	CDU	32,6	24,0
297	082	Berlin-Neukölln	BE	SPD	32,3	27,3
		unter 30 Prozent				
298	076	Berlin-Pankow	BE	DIE LINKE	28,3	28,8
299	075	Berlin-Mitte	BE	SPD	28,3	26,0



Der
Bundeswahlleiter